Nr. 99 Montag, den 2. Mai 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wocherbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der 1. Mai wurde im ganzen Deutschen Reiche mit bisher kaum erreichter Beteiligung der Arbeiterschaft gefeiert.

•

In der letzten Sitzung des Reichstags suchte Staatssekretär Dernburg seine bedrohte Position mit der Erflehung kaiserlicher Gnade zu retten.

•

Eine Vorlage zum Vetorecht des englischen Oberhauses wurde veröffentlicht.

•

Die Albanesen sollen nach türkischen Meldungen aus dem Engpaß Katschanik zurückgewichen sein.

Die Maifeier.

Leipzig, 2. Mai.

Im Deutschen Reiche wurde die Maifeier mit einem bisher unerreichten Massenaufgebot der revolutionären Truppen des Proletariats begangen. Die Sonntagsruhe änderte nichts an dem Kampfcharakter der gewaltigen Demonstration, wenn auch die Arbeit infolge der Sonntagsruhe ohnehin ruhte, die mächtig angeschwollene Zahl der Teilnehmer gab der diesjährigen Maifeier ihr überwältigendes Gepräge. In Preußen gaben die Arbeiter dem Rufe nach dem freien Wahlrecht entschlossen Ausdruck und der Ruf fand Widerhall im weiten Reiche. So hat die Maifeier zur Erhöhung der proletarischen Solidarität in diesem Kampfe tätig an der Verbreitung der Erkenntnis mitgeschafft, daß Preußens Schmach die Schmach des Reichsvolkes ist so hat sie zur Unterhöhlung der Fundamente des preußisch-deutschen Junkerstaates nützlich beigetragen. Und weit über die Tagesziele hinaus hat die Maifeier Kraftbewußtsein und Klassenbewußtsein für die Endziele der Sozialdemokratie erweckt und bestärkt.

In manchen Städten wurde die Maifeier oder einzelne Punkte der Feier verboten. Trotzdem erzwang sich die Arbeiterschaft das Recht auf die Straße und ohnmächtig mußte die Polizeigewalt das herzliche Gelächter der Arbeiter ertragen. Zu ernsteren Zusammenstößen kam es nur in Halle und Magdeburg, wo sich die Polizei mit dem Los des Besiegten nicht zufriedengeben wollte. Daß die Anstrengungen der Polizei die Maifeier auch in diesen Städten nur noch wirkungsvoller und denkwürdiger gestalteten, liegt auf der Hand. Und das gilt nicht nur für die großen Städte. Bis in kleine und kleinste Dörfer, Flecken und Städtchen ist der Gedanke der Maifeier gedrungen und mit ihm der unbeugsame Wille, trotz aller Polizeibüttelei das Recht des Proletariats zu behaupten und zu erringen.

Neben den Zusammenstößen in Magdeburg und Halle muß besonders des Freisinnsskandals von Hagen gedacht werden. Dort führt bekanntlich der freisinnige Bürgermeister Cuno ein strenges Regiment gegen die Sozialdemokratie, das sich gewöhnlich in echt liberaler Beeinträchtigung der proletarischen Koalitionsfreiheit bekundigt. Gestern hat es der tapfere Cuno bis zur tatsächlichen Organisierung des Belagerungszustandes gebracht und es ist keinesfalls seiner freisinnigen Menschenliebe zu danken, wenn es dabei nicht zu blutigen Straßenschlachten gekommen ist. Im Ausland hat Herr Cuno übrigens eine mitfühlende Freisinnsseele gefunden: den Exrevolutionär Briand.

In Paris und in andern Städten Frankreichs wurden die Arbeiter bei der Maifeier von den Reisigen der Republik an die Grenzen der kapitalistisch-republikanischen Freiheit erinnert. In Paris hat Herr Briand persönlich für das Vertrauensvotum quittiert, das ihm die französische Bourgeoisie gegenüber seinen radikalereren Widersachern in den letzten Wahlen zuteil werden ließ. Er antwortete den Arbeitervertretern, die sich an ihn um die Erlaubnis für die Maifeier wandten, mit brüsker Ablehnung. Aus Brüssel, Genf, London liegen bereits Meldungen über machtvolle Kundgebungen zum 1. Mai vor.

Während noch ein Teil der Berichte aussteht, muß und kann schon festgestellt werden, daß die Maifeier neue Massen angezogen hat, die Zahlen der Teilnehmer aus den einzelnen Städten drücken das deutlich aus, auch wenn die Sonntagsruhe in Rechnung gezogen wird. Das bedeutet, daß in den folgenden Jahren, wenn die Maifeier wieder mit Arbeitseinstellung verbunden sein wird, eine größere Zahl Proletarier und damit eine stärkere Sozialdemokratie den Kampf um die Maifeier fortsetzen wird. Uebung zum Kampf bietet die unmittelbare Gegenwart in reichem Maße und wenn der Feind die Truppen des Proletariats am gestrigen Tage zählte, so hat die Sozialdemokratie auch schon eine Schlacht geschlagen. Siegeszuversicht des Proletariats, erkennendes Entsetzen in den Reihen des Feindes, das ist das wohlbegründete Ergebnis des gestrigen Maitages. Denn wo das Volk zu Hunderttausenden aus freien Stücken zur Sache steht, dort ist der Sieg.

•

Der Festtag der Arbeiter in Leipzig.

Der Maientag war angebrochen, der Maientag der Arbeit. Wer es nicht wußte, brauchte nur in die Arbeiterviertel zu schauen, dort herrschte schon am Morgen reges Leben. War dieser 1. Mai doch ein Sonntag. Konnten an diesem 1. Mai doch Tausende und Abertausende Klassen- und Leidensgenossen den Maientag der Arbeit wirklich feiern, indes sie sonst, in Kapitales Banden festgeschmiedet, nur mit der Seele bei den Maifestfeiernden zu sein vermochten. Wie manchem mag es wohl bitter angekommen sein, wenn er die Jahre her fronen mußte, während Tausende in goldener Maienluft für ihre Menschenrechte demonstrierten. Standen doch neben ihm noch so viele Arbeitsbrüder, die entweder noch nicht begriffen hatten, daß sie an die Seite ihrer Klassengenossen gehören, oder denen es trotz ihrer Erkenntnis noch nicht möglich war, ihrem Ausbeuter zum Trotz wenigstens an einem Tage frei zu sein, wenigstens an einem Tage die Fesseln abzuschütteln und den herrschenden Gewalten zuzurufen: wir sind da, wir fordern von Euch! Heut' aber war Sonntag, heut' war man frei der Fron, heut' konnte man die Massen schwellen helfen, die dem Ausbeutertum zeigen sollten: das ist die Armee des Proletariats, die trotz Bedrückung, trotz Entrechtung an ihrem Ziele festhält, an der Beseitigung der fluchwürdigen kapitalistischen Produktionsweise. Heut' konnten sie alle kommen, denen die Erkenntnis ihrer Klassenlage auch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit gebracht hatte, diese Erkenntnis öffentlich kund zu geben. Ist doch die öffentliche Betätigung einer Anschauung die beste Agitation für diese. Heute hieß es also zu marschieren, mit verdoppeltem Eifer nachzuholen, was die Jahre her versäumt worden war. Eine gewaltige Massenkundgebung sollte es werden, dieses Maienfest der Arbeit. Das war die Stimmung in den Leipziger Arbeitervierteln, das der Gedanke, von dem jung und alt beseelt war.

In den frühesten Morgenstunden schaute der Himmel noch gar verdrießlich aus. Im Laufe des Vormittags steckte er aber ein freundlicheres Gesicht auf und als die Massen nach dem König-Albert-Park strömten, um dort den Demonstrationszug zu bilden, da hatte er sich entschlossen, auch das seinige zu tun, um der Arbeit Maienfest zu verschönen. So lagerte denn auch eine frohe Stimmung über der Menge, die Freude am goldigen Maientag, vor allem aber die Freude an dem sichtbaren Ausdruck des proletarischen Willens, an der Demonstration. In den Vorversammlungen, in denen kurz auf die Zugordnung der Demonstration hingewiesen wurde, war alles froher Erwartung. In vielen Lokalen fanden die Zuströmenden nicht Platz, was auch verschuldete, daß ein großer Teil der Demonstranten keine Kontrollkarte ausgefüllt hat. Ein noch größerer Teil Maifeiernder hatte sich überhaupt nicht nach den Sammellokalen begeben, sondern schloß sich den nach dem Sammelplatz marschierenden Kolonnen an oder begab sich geradewegs zum Sammelpunkt im König-Albert-Park. Ein nicht unbeträchtlicher Teil hatte in völliger Verkennung des Zweckes der Maifeier es leider auch vorgezogen, an den Vorversammlungen und an der Demonstration selbst gar nicht teilzunehmen, sondern gleich nach Stötteritz in den Brauereigarten zu fahren, so daß beim Eintreffen des Zuges der Platz schon stark besetzt war.

Die Vorversammlungen waren nach folgenden zwölf Lokalen einberufen worden: Volkshaus, Tivoli, Sans-

Arbeiter! Gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Feuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempsky.

74] Nachdruck verboten.

III.

Presleys Zimmer im Ranchhause von Los Muertos lag im ersten Stock. Es war ein Eckzimmer mit zwei Fenstern, von denen das eine nach Süden, das andre nach Osten ging. Die Einrichtung war äußerst einfach. In einer Ecke stand das schmale, weißlackierte eiserne Bett, über das eine weiße Decke gebreitet war. Besonders hell und freundlich wurde das Zimmer durch die weiße, mit einem Netzwerk lichtgrüner Blätter gemusterte Tapete. Der Fußboden war mit einer feingeflochtenen Strohmatte bedeckt. Halbgardinen von weißem Musselin hingen vor den Fenstern; auf den Fensterbrettern standen längliche, grüngestrichene Blumenkästen, in denen Pflanzen, deren Namen Presley nicht kannte, mit roten, wachsartigen Blüten wuchsen . Die Wände zeigten keinerlei Schmuck, mit Ausnahme von zwei Bildern; das eine war eine Wiedergabe der „Vorlesung aus Homer", das andre eine von Presley entworfene Kohlezeichnung der Mission San Juan de Guadalajara. An dem Ostfenster stand ein schlichter Tisch aus Kiefernholz ohne jeden Bezug oder Decke, wie er in jeder Küche am Platz gewesen wäre. Er diente Presley als Schreibtisch; allerlei Papiere, angefangene Manuskripte, Entwürfe von Gedichten, Notizbücher, Schreibfedern, halbgerauchte Zigaretten und manches andre lag darauf umher. Auf einem nahen Wandbrett standen Presleys Bücher. Stühle waren nur zwei vorhanden; ein geradlehniger, eckiger und unbequemer Holzstuhl, auf dem man schlechterdings nicht hätte ausruhen können, stand vor dem Tisch, während der langausgezogene bequeme Schiffsstuhl aus Korbgeflecht dicht an das Südfenster gerückt war. Presley liebte sein Zimmer ungemein. Es beschäftigte ihn und machte ihm Freude, auf die Schlichtheit und Nettigkeit dieses Raumes zu halten. Umhergestreuter Kleinkram und bedeutungsloser kunstgewerblicher Zimmerschmuck waren ihm ein Greuel. Von Zeit zu Zeit unterzog er sein Zimmer einer scharfen Musterung; er räumte dann auf, beseitigte alles Ueberflüssige und behielt nur wenige, ihm liebgewordene Gegenstände, die gleichsam einen Teil seines Daseins bildeten.

Mit seiner Schreiberei hatte er in der letzten Zeit eine ganz andre Richtung eingeschlagen. Die Notizen für den Sang vom Westen, jenes große Epos, das er einst zu dichten gehofft, hatte er beiseite geworfen. Eine Menge flüchtig niedergeschriebener Verse hatte er zerrissen, und nur ein halbvollendetes Gedicht, das er „Die Mühseligen" nannte, verschont. Dieses Gedicht hatte die soziale Frage zum Vorwurf; es war von einem Gemälde in Cedarquists Sammlung angeregt worden. Zu seiner Vollendung fehlte nur noch die letzte Strophe.

Als er unlängst das Gespräch zwischen Dyke und Caraher in dessen Kneipe angehört und so Kenntnis von der ungeheuerlichen Willkür in der Aufstellung des neuen Frachtsatzes genommen hatte, war Presley bleich und zitternd und in einer Aufregung, wie sie sich seiner noch nie bemächtigt hatte, nach Los Muertos zurückgekehrt. Seine Wut gab der Carahers kaum etwas nach. Auch er „sah rot"; wilde Empörung tobte in ihm. Es schien ihm unmöglich, daß dieser Frevel weitergehen konnte. Die Bedrückung war unglaublich; der einfache, wahrheitsgemäße Bericht über diese Gewaltmaßregel würde tatsächlich bei der Außenwelt keinen Glauben gefunden haben.

Er ging hinauf in sein Zimmer und schritt mit geballten Fäusten und glühendem Gesicht ruhelos in dem kleinen Raume auf und ab. Der Widerstreit in ihm kämpfender Gedanken erstickte ihn fast; er warf sich auf den Stuhl vor seinem Arbeitstisch und begann zu schreiben. Seine Feder schien von selbst über das Papier zu eilen; ungesucht flogen ihm die Worte zu, die sich zu Satzteilen fügten, aus denen sich wiederum wuchtige Sätze von überzeugender Beredsamkeit und feuriger Leidenschaft aufbauten. Presleys immer erhabener werdende Prose wandelte sich unvermerkt zu gebundener Sprache. Der Tonfall seiner Sätze ging über in die festgefügte Ordnung rhythmischer Maße; hastig schob Presley sein Tagebuch zur Seite und schrieb wieder einmal Verse.

Er griff nach seinem unvollendeten Gedicht „Die Mühseligen" und las es einige Male hastig durch, um sich ganz in seine Stimmung zu versetzen; plötzlich blitzte der Gedanke für die letzte Strophe — der Gedanke, den er solange vergeblich gesucht hatte — in seinem Hirn auf. Ohne die Feder noch einmal einzutauchen, schrieb er diese Strophe nieder und fügte ihr noch eine weitere hinzu, in der er die ganze, seiner Schöpfung zugrunde liegende Idee noch einmal aufnahm, um dann mit einem erhabenen Gedanken zu enden, der in seiner edeln Schlichtheit und Würde unbedingt überzeugte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

souci, Gasthof Thonberg, Drei Mohren, Salon Germania, Gasthof Neustadt, Drei Lilien, Felsenkeller, Turnhalle (Calvisiusstraße), Terrasse, Friedrichshallen und Drachenfels. Entsprechend der Entfernung vom Sammelpunkte im König-Albert-Park erfolgte der Abmarsch aus den entferntesten Lokalen gegen ½1 Uhr, aus den näheren später. Gegen 1 Uhr konnte sich der Demonstrationszug in Bewegung setzen, voran die Besucher der Vorversammlung aus dem Volkshaus, denen sich dann die Scharen aus den anderen Bezirken anschlossen. Die Proletariertruppen des Westens hatten in ihrer Mitte den bekannten Kleinzschocherschen Männerchor, der bis zum Sammelpunkt im Albertpark einige Marschlieder sang.

Der Zug bewegte sich zunächst die Karl-Tauchnitz-Straße, die „vornehmste" Straße Leipzigs, entlang, in der die geschwollensten der Leipziger Pfeffersäcke ihre Paläste erbaut haben. Kein Fenster war offen, außer hier und da in den Dachgeschossen, wo junge Proletariermädchen auf das Gewimmel herabschauten. Vielleicht sehnten sie sich hinunter zu ihren Klassengenossen und -genossinnen, die da für ihre Menschenrechte demonstrierten; vielleicht legte diese gewaltige Kundgebung auch wohl das erste Samenkorn der Erkenntnis in den noch unbeackerten Boden ihres Denkens. Die Pfeffersäcke und ihre Sippe hatten sich durch herabgelassene Jalousien und Rolladen vor der Kundgebung verbarrikadiert. Doch hinter den Barrikaden standen sie, das verrieten die sich bewegenden Schatten hinter den Vorhängen, die durch Spalten und Schlitze schielenden Augen.

Daß sich das verfluchte Pack auch erfrecht, ausgerechnet an ihren Herrschaftssitzen vorbeizumarschieren. Konnten doch in ihren dreckigen Vierteln der Vorstädte bleiben und den Herrschaften nicht die schönen Mittagsstunden verekeln . . . .

Ueber die Karl-Tauchnitz-Brücke bewegte sich sodann der Zug den Obstmarkt hinauf am Neuen Rathaus vorbei die Promenade entlang. Wer sich hier oben am Rathaus einen erhöhten Posten gewählt hatte, dem mußte das Herz aufgehen beim Anblick der unabsehbaren Menge der Arbeiterbataillone, die immerfort aus dem König-Albert-Park hervorquollen und in der nordöstlichen Biegung der Promenade dem Auge entschwanden. Vom Rathausturm war das Bild überwältigend. Der König-Albert-Park schwarz von Menschen, die Karl-Tauchnitz-Straße, der Obstmarkt, die Promenade entlang eine riesige schwarze Schlange — das war eine Demonstration, von deren Anblick jedem Proletarier das Herz schwellen mußte und die selbst einen hartgesottenen Bourgeois nachdenklich zu stimmen geeignet war. Volle ein und eine Viertelstunde brauchte der Zug, ehe er diese Stelle passiert hatte. Und trotz der gewaltigen Menge von Demonstranten wickelte sich der Verkehr an allen Punkten, so auch am verkehrsreichen Königsplatz glatt und ohne jeden Aufenthalt ab. Die Polizei war nicht stärker vertreten als sonst. Sie überließ es unsern Ordnern, die notwendigen Anordnungen zu treffen und tat damit das Gescheiteste, was sie tun konnte. Im andern Falle wäre die Demonstration schwerlich so ohne Zwischenfälle verlaufen.

Auf dem ganzen Wege des Zuges, der sich von der Promenade ab durch die König-, Tal- und die Hospitalstraße nach Thonberg und Stötteritz bewegte, erschallten aus den Reihen der Demonstranten Arbeiterlieder. Teilweise hatten sich die Mitglieder der Arbeitergesangvereine in größeren oder kleineren Trupps zusammengefunden und belebten die Herzen durch frische Marschlieder. Allen Demonstranten konnte man aber die frohe Genugtuung über das Gelingen der mächtigen Kundgebung am Gesicht ablesen. Wie mag es wohl den Kranken im alten Johannishospitale zu Mute gewesen sein, die Kopf an Kopf gedrängt an den Fenstern standen? Wie viel lieber wären sie wohl da unter der Menge gewesen, als sie vor sich vorüber marschieren zu lassen. Und die Schwestern, die da in der Frauenklinik in der Königstraße und in dem Krankenhaus des Johannishospitals auf die Menge schauten, welche Gedanken und Empfindungen mögen wohl die demonstrierenden Massen in ihrem auf Entsagen und Dulden gedrillten Gemüt geweckt haben. Da unten die Tausende von Frauen, die für ihre Rechte demonstrieren, die nichts wissen wollen von Entsagung und Duldung, und da oben die bleichen Gestalten der Schwestern, die durch Pfaffenünste an wahrer Lebensfreude verhindert werden...

Im sogenannten „Reichen Spittel" drängten sich auch die Insassen Kopf an Kopf am Fenster. Alte Leute, die sich „eingekauft" haben mit ihrem letzten Vermögen, die ihre Tage dort beschließen wollen. Manch altes Gesicht schaute gar verwundert auf die Demonstranten und mancher Graukopf wackelte ganz bedenklich und konnte sich nicht zurechtfinden in der Welt, die „so ganz anders geworden ist"...

So erreichte denn kurz vor 3 Uhr der Zug, der sicher 50000 bis 60000 Personen zählte, sein Ziel, den Brauereigarten in Stötteritz, der schon zum großen Teil besetzt war.

Auf der Wiese waren Bierzelte, Würstchenbuden, Obst- und Kuchenstände aufgeschlagen. Im Saal und auf der Wiese spielten zwei Kapellen. Der Platz konnte die ungeheure Menge gar nicht fassen, sie verteilte sich zum großen Teil in die umliegenden Lokale. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß Stötteritz gestern einem riesigen Ameisenhaufen geglichen habe. Auf der großen Wiese waren vier Rednertribünen aufgeschlagen worden, die fünfte befand sich in der Halle. Um 5 Uhr verkündeten Trompetensignale den Beginn der Massenversammlungen und nun drängte sich eine vieltausendköpfige Menge auf der großen Wiese. Von der ersten Tribüne sprach Genosse Dißmann-Hanau, von der zweiten Genosse Lüttich-Leipzig, von der dritten Genosse Dittmann-Solingen, von der vierten Genosse Koch-Leipzig und in der Festhalle Genosse Lange-Leipzig. Sämtlichen Rednern wurde lebhafter Beifall gespendet. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die herrschenden Klassen versuchen gegenwärtig mehr wie je, die Forderungen der Arbeiterschaft nach politischen Rechten, nach einem vermehrten und verbesserten Schutz der Arbeiter, der Frauen und der Kinder durch reaktionäre Gesetze zu vereiteln. Von Jahr zu Jahr schwillt in allen Ländern das Heer der für den Kulturaufstieg der unteren Volksschichten tätigen Streiter an. Die alten Herrschafts- und Ausbeutungsgesellschaften fühlen sich in ihrer Existenz bedroht und können sich nur noch durch die nackte Gewalt halten. Immer erbitterter werden die Kämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Unternehmer wenden brutal die Aussperrungswaffe auch wegen der winzigsten und noch so berechtigten Forderungen an; die Staatsgewalt stellt sich auf ihre Seite und so werden diese Kämpfe auch zugleich politische. Die Versammelten geloben nun aufs neue, den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen neue Streiter zuzuführen, bis die Organisationen so mächtig sind, daß sie die Kapitalsburgen stürzen können.

Die Versammelten geloben weiter, den Kampf um die politischen Rechte in Staat und Gemeinde unablässig bis zur Erreichung des Zieles, der völligen politischen Gleichberechtigung aller Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechts zu führen.

Um die Arbeiterbevölkerung vor Degeneration zu bewahren, wird die alte Kulturforderung des internationalen Proletariats: der Achtstundentag, erhoben, wird ein wirksamer Arbeiterschutz, wird das Koalitionsrecht für alle Arbeiter verlangt.

Der Redner auf der Tribüne I, Genosse Dißmann-Hanau, führte etwa folgendes aus:

Der Maigedanke marschiert, hoch die Internationale — das ist die Ueberzeugung und die Gewißheit, von der heute Millionen Proletarier beherrscht sind. Einheitlich ist der Gedanke, einheitlich ist auch der Wille des Proletariats, soweit der Kapitalismus seine Fittiche ausstreckt; Achtstundentag, Arbeiterschutz, Völkerfrieden und, als Krönung des ganzen, Sozialisierung der Gesellschaft — das sind die Forderungen, die millionenstimmig am heutigen Tage erhoben werden. Wir halten heute Ausschau über das Kampffeld, das vor uns liegt, und wir können mit freudiger Genugtuung konstatieren, daß ein frischer Wind über die Erde weht. Im Kampfe sind wir gereift, wir scheuen den Sturmwind nicht, der reinigend über die Gesellschaft hinwegbraust. 20 Jahre sind verflossen, seitdem die Maifeier zum erstenmal begangen wurde — für die menschliche Geschichte gewiß eine kurze Zeit und noch viel mehr für eine Klasse, die sehnsüchtig den Tag der endgültigen Abrechnung herbeisehnt. Und doch: schauen wir zurück! Wo vor 20 Jahren sich der Gedanke des Sozialismus noch kaum zu regen begann, sehen wir heute ungezählte Arbeiterbataillone aufmarschieren. Der wirtschaftliche Kampf zeigt immer gigantischere Formen. Während wir noch in Deutschland den Gedanken des Generalstreiks diskutierten, setzten ihn die schwedischen Preisfechter des internationalen Kapitalismus kurz entschlossen in die Tat um, und in Deutschland selbst können wir gerade jetzt die Verschärfung der Klassengegensätze an einem lehrreichen Beispiele studieren. Der Kampf im Baugewerbe ist ein äußerst schwerer und fordert große Opfer. Aber wir wissen, daß der Appell an die Solidarität, der heute an das deutsche Proletariat für seine kämpfenden Brüder ergeht, nicht unverhört verhallen wird; die Arbeiterschaft, die in ungezählten Schlachten ihren Opfermut bewährt hat, wird auch diesmal nicht versagen.

Wie auf dem wirtschaftlichen, so spitzen sich die Gegensätze auch auf dem politischen Kampffelde immer schärfer zu. Der preußische Wahlrechtskampf, der die Welt seit Monaten in Atem hält, ist nicht bloß ein Kampf um das Wahlrecht, er ist ein Kampf um die politische Macht. Das verrät uns, wenn wir es nicht selbst schon wüßten, das wütende Toben unsrer Feinde, denen die bleiche Furcht vor den nächsten Reichstagswahlen die Wut noch erhöht. Was an uns liegt, soll geschehen, um diese Furcht in Erfüllung gehen zu lassen; die Wahlen müssen zu einem Tage der glänzenden Abrechnung werden.

So erfüllt uns der 1. Mai erneut mit froher Siegeszuversicht und wir erheben mit neuer Kraft unsre alten Kulturforderungen. Der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, die Zahlen der Statistik zeigen uns, daß die Theorien unsrer großen Lehrmeister zutreffend waren und daß wir auf dem rechten Wege sind. Wir werden den Sieg erringen — das ist die Gewißheit, die uns alle durchdringt. Sorgen wir durch Schärfung unsrer Waffen im Klassenkampfe, durch Ausbau der Organisationen und Aufrüttelung der Indifferenten, daß dieser Sieg nicht mehr ferne sei!

Nach dem mit großer Begeisterung aufgenommenen Referat richtete noch Genosse Dietz einen kurzen Appell an die Zuhörer zur Agitation für den Sozialdemokratischen Verein und die Arbeiterpresse sowie zur Unterstützung der Bauarbeiter.

•

Von der Tribüne II sprach Genosse Lüttich; er führte aus:

Der Pariser Kongreß hatte eine einheitliche Kundgebung aller Völker am 1. Mai beschlossen. Als die wuchtigste Demonstration wurde die allgemeine Arbeitsruhe erkannt. Mehr als 20 Jahre sind seitdem vergangen, manche Stürme sind gegen die Maifeier angebraust, und doch haben sie ihr nichts anhaben können. Sie ist von Jahr zu Jahr stärker geworden. Der erste Mai ist ein bedeutungsvoller Tag; an ihm geloben wir, nicht zu rasten, damit die unheilvollen wirtschaftlichen und politischen Zustände geändert werden. Von Jahr zu Jahr haben wir immer mehr Gründe für die Maidemonstration gefunden. Im vorigen Jahre wirkte lähmend die Krise, und die Frage warf sich auf: Muß das so sein? Die herrschende kapitalistische Produktionsweise muß durch vernünftige Formen abgelöst, vor allem aber muß die Arbeitszeit verkürzt werden, auch aus Gründen der Hygiene, der Kultur und in Rücksicht auf die technischen Fortschritte. Nur durch Verkürzung der Arbeitszeit können den Arbeitern die Genüsse und Freuden der Erde zugänglich gemacht werden. Für dieses Ziel muß Stunde um Stunde gekämpft werden. Je mehr der Arbeiterschaft die Bildungsmöglichkeit gegeben wird, um so höher steigt die Kultur. Wir haben den Kampf gegen den Fusel aufgenommen, weil gerade dort, wo die Arbeiter den meisten Schnaps trinken, auch die längsten Arbeitszeiten bestehen. Der Riesenkampf, den unsere Gegner jetzt im Baugewerbe inszeniert haben, zeigt, mit welch schäbigen Mitteln die Arbeiter bekämpft werden von denen, die vorgeben, für die Kultur einzutreten. Die wirtschaftlichen Gegner wissen, daß mit dem Fortschritt der Arbeiter ihre Herrschaft weggefegt wird, aber es geht vorwärts, trotz alledem! Wir verlangen am ersten Mai erhöhten Arbeiterschutz, damit nicht Tausende und Abertausende im Dienste des Kapitals auf blutigem Schlachtfeld bleiben. Die Gegner freilich behaupten, unsere Forderungen seien frivol; es wäre zu wünschen, daß die Herren nur einige Tage einmal am eignen Leibe ihre Härte zu kosten bekämen. Den Herren muß durch die Energie der Arbeiter wirtschaftliche Einsicht eingeimpft werden. Für die sozialen Gesetze, die das gute Herz der Regierenden zeigen sollen, bedanken wir uns, besonders fordert die geplante Reichsversicherungsgesetzgebung den schärfsten Protest der Arbeiter heraus. Die heutige Sozialreform kennzeichnet sich durch die Förderung der kapitalistischen Interessen und der Knechtung der Arbeiter. Wir protestieren gegen die Entrechtung, die fortgesetzte Belastung der Arbeiter und gegen die Absicht, ihr Koalitionsrecht zu zertrümmern.

Heute haben wir eine echte Wahlrechtsmaifeier. Daß wir die Absicht haben, nicht stehen zu bleiben, beweisen die Demonstrationen, wir wollen und müssen immer vorwärts. Wir protestieren auch gegen die fortdauernden Steuererhöhungen, die eine Katastrophe heraufführen müssen. Wir geloben, rastlos für die Aufklärung der noch Indifferenten tätig zu sein, damit wir immer schlagfertiger und kampfbereiter werden. Wir feiern heute auch ein Fest des Völkerfriedens. Die Völker sollen sich austauschen und nicht niedermetzeln. Sie sollen nicht die hassen, die jenseits der Grenzpfähle leben. Der Gedanke hebt uns hoch, daß mit uns heute Millionen vom gleichen Gedanken beseelt sind. Die Einheit des Gedankens, die Siegeszuversicht, macht die Maifeier für die Gegner so furchtbar und verhaßt, und die Maßregelungen von Arbeitern sind das Zeichen der Angst des Kapitalismus. Für dieses Mal kann das Unternehmertum keine Maßregelungen vornehmen, statt dessen wünscht es, daß ein kräftiges Donnerwetter dazwischen fahre. Aber wir haben einmal Schweineglück, auch heute! Uns leitet der Maigedanke: Organisation, Agitation. Jeder Einzelne muß seine Schuldigkeit tun, damit Hoffnung und Zuversicht die Massen erfülle. Darum: Auf die Blicke, auf die Herzen! Reicht die Hände euch, die freien, daß dem Sturmgebraus des Märzen folgt die Blütenpracht des Maien!

•

Von Tribüne III sprach Genosse Dittmann-Solingen.

Millionen und Abermillionen strömen heute zusammen, um im Geiste gemeinsam in allen Kulturländern ihre Stimmen zu

---

Presley legte die Feder aus der Hand und lehnte sich in seinem Stuhle zurück, durchdrungen von der Gewißheit, einen Augenblick auf unbetretenen Höhen geweilt zu haben. Seine Hände waren kalt, sein Kopf brannte und stürmisch pochte ihm das Herz in der Brust.

Jetzt endlich hatte er Großes vollbracht. Er sah, warum ihm die Eingebung für seinen großartig gedachten, unklaren, unpersönlichen Sang vom Westen versagt geblieben war. Damals, als er tastend umhersuchte, waren Ueberzeugungen in ihm noch nicht lebendig geworden; er hatte noch kein Herz für das Volk gehabt. Sein Mitgefühl war noch nicht erwacht. Kein Wunder, daß die Eingebung nicht kam. Jetzt aber fühlte er sich als ein Mann aus dem Volke; seine Seel war in ihren Tiefen aufgerüttelt worden; und die sie erfüllende glühende Leidenschaft grenzte fast an Raserei. Presley glaubte, und so vermochte er sofort alles.

Aber schon machte der Künstler in ihm sich wieder geltend. Sein Gedicht als solches zog ihn mehr an als die Sache, die ihn dazu begeistert hatte. Er las es von neuem durch und feilte sorgfältig daran, änderte hier und da ein Wort und beseitigte rhythmische Härten. Darüber vergaß er das Volk, er vergaß seine Wut und die Aufregung der letzten Stunde; er war sich nur noch bewußt, ein großes Gedicht gemacht zu haben.

Dann befielen ihn Zweifel. War es wirklich etwas Großes? Streifte es in seiner Erhabenheit vielleicht nicht ans Lächerliche? Hatte er auch richtig gesehen? Sollte ihm der große Wurf wieder nicht gelungen sein? Von neuem prüfte er Zeile für Zeile; das Gedicht schien ihm plötzlich an Kraft verloren zu haben.

Presley hätte jetzt nicht mehr sagen können, ob er ein dichterisches Kunstwerk geschaffen oder Knittelverse geschrieben hatte. Gegen sein eignes Urteil war er höchst mißtrauisch. Er mußte jemand hören, der fähig war, ein Urteil abzugeben. Darauf zu warten, bis morgen womöglich, vermochte er nicht. Gewißheit mußte er haben, sonst war es um seine Nachtruhe geschehen. Er schrieb das Gedicht sorgfältig ab, zog seine Schnürstiefel an, nahm seinen Hut und ging hinunter. Ueber den Rasenplatz hinweg schritt er geradeswegs dem Stalle zu. Dort traf er Phelps, der gerade den Buckboard wusch.

„Wissen Sie, wo Vanamee heute ist?" fragte er.

Phelps blickte von seiner Arbeit auf. „Fragen Sie mich was Leichteres," antwortete er. „Vanamee ist vielleicht in Guadalajara, vielleicht auch auf Ostermans Ranch — er kann aber auch schon hundert Meilen weit weg sein. Ich weiß, wo er sein sollte, Herr Presley, aber damit ist nicht gesagt, daß der verdrehte Kerl auch wirklich dort ist. Er müßte im Osten auf Nummer vier sich ums Vieh kümmern, da wo die Quelle vom Missionsbach ist."

„Ich will versuchen, ob ich ihn finde," entgegnete Presley. „Sollten Sie Harran sehen, wenn er nach Hause kommt, so sagen Sie ihm, daß ich möglicherweise zum Abendbrot noch nicht zurück bin."

Er holte sich den Ponny (allgemein gebrauchte Bezeichnung für Reitpferde leichten Schlags) aus dem Corral (Einzäunung), legte ihm den Sattel auf und jagte auf dem Unteren Wege in östlicher Richtung davon. Als er an Hoovens Pachtfarm vorbeikam, sah er Minna mit ihrem bandagierten Fuß in einer Hängematte unter der mächtigen Lebenseiche liegen. Im Weiterreiten, während er über die Brücke des Bewässerungsgrabens galoppierte, kam ihm der Gedanke, was wohl aus der hübschen Minna werden und ob sie schließlich den portugiesischen Vormann heiraten würde, der die Erdarbeiter unter sich hatte. Er wünschte ihr, daß sie sich dazu entschließen möchte, und zwar bald. Auf den Ranchos wurde viel über Minna Hooven geredet. Sie war gewiß ein braves Mädchen, aber man konnte sie zu allen Zeiten hier und dort, in Bonneville und Guadalajara, mit den portugiesischen Arbeitern von Quien Sabe und Los Muertos ihren Spaß treiben sehen. Sehr hübsch war sie. Die Männer wurden ihrethalben zu Narren. Presley hoffte, daß sie nicht mal von ihnen zum Narren gehalten würde. Gleich jenseits des Bewässerungsgrabens verließ Presley den Unteren Weg und ritt, den Missionsbach zu seiner Linken lassend, auf einem nach Südwesten abzweigenden Pfade über die Abteilung vier von Los Muertos. Einige Meilen weiter passierte er ein Tor in dem Stacheldrahtzaune; jetzt begann ein fortwährender Wechsel von kleinen Talmulden und niedrigen leichtgewellten Hügeln, die allmählich höher und steiler wurden. Dieses stetig ansteigende Gelände, die Viehtrift von Los Muertos, bildete den Uebergang zu den Vorbergen der Sierra. Auf den breiten Hügelrücken standen in weiten Zwischenräumen vereinzelte Lebenseichen; Bärentrauben- und Stecheichensträucher bildeten in den Talmulden und Schluchten Dickichte von dunkelm Olivengrün. Wie eine Honigwabe war der Boden von den Röhren der Erdeichhörnchen durchlöchert; die kleinen Tierchen waren überall zu sehen, und hin und wieder rannte ein Präriehase in langen Sätzen und mit steifaufgerichteten Ohren über den freien Raum von einem Dickicht zu dem andern. Hoch in den Lüften schwebte, wie ein an der Ankerkette sich wiegendes Schiff, ein Falke, und aus dem Gebüsch zur Seite des Pfades flog mit schwirrendem Flügelschlag ein Volk Wachteln auf.

An den Hügelhängen graste das Vieh in kleinen weit auseinandergezogenen Gruppen und strebte dabei langsam und bedächtig den Wasserlöchern für den Abendtrunk zu. Die Pferde blieben unter sich; kleine Füllen saugten schweifwedelnd und mit den unbeschlagenen Hufen auf den Boden stampfend an den Eutern ihrer Mütter. Eine Strecke Wegs weiter stieß Presley auf den ungeheuern, prachtvollen Durhambullen mit dem kurzen, gekräuselten Stirnhaar, den kleinen blutunterlaufenen Augen und dem muskelgeschwellten Nacken; in einsamer Größe, finsterblickend und unnahbar hielt sich der königliche Beherrscher der Weide streng abgesondert von seinen Untertanen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

erheben für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie. Ein gemeinsamer Wille beherrscht Hirn und Herz der Proletarier: das Joch des Kapitalismus abzuschütteln und bessere Zustände zu erkämpfen. Noch niemals haben die Ereignisse in so beredter Weise Zeugnis abgelegt für die Notwendigkeit des Klassenkampfes wie diesmal. Sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet sind die Klassengegensätze noch nie so schroff in Erscheinung getreten, wie gegenwärtig. Der Kampf um eine bessere Lebenshaltung findet immer mehr den erbitterten Widerstand des koalierten Unternehmertums, die die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern trachten. Die jetzige Bauarbeiteraussperrung ist ein typisches Beispiel dafür. Die Taktik der Baugewaltigen, die Arbeiter als Friedensstörer erscheinen zu lassen, ist von den Arbeitern durchkreuzt worden, den Unternehmern wurde die Maske vom Gesicht gerissen. Notwendig ist aber jetzt, daß die gesamte Arbeiterschaft geschlossen hinter den Bauarbeitern steht. Ebenso wie den Bauarbeitern hämmert man auch den Arbeitern in anderen Berufen ins Hirn, daß alle Versuche, die Klassengegensätze zu vertuschen und zu verkleistern, an den realen Tatsachen scheitern: Die Sozialpolitik ist auf dem toten Gleis angelangt, durch die Reichsversicherungsordnung sollen alte Rechte der Arbeiter beseitigt werden. Daraus entspringt die Notwendigkeit, wenn die Verhältnisse gebessert werden sollen, daß auch die Arbeiter politisch zusammen gehören, daß sie sich politisch organisieren müssen. Marinismus und Militarismus, die Vampyre am Volkskörper, bewirken, daß dem Volke immer neue Lasten auferlegt werden. Wenn die Arbeiterschaft heute gegen die fortgesetzten wahnsinnigen Rüstungen demonstriert, so bezweckt sie damit, daß die dafür aufgewandten ungeheuren Mittel frei werden für die großen Kulturaufgaben. In allen Ländern ist eine revolutionäre Gärung zu beobachten; überall will man freiere Zustände schaffen, im größten deutschen Bundesstaat wird ein heftiger Kampf geführt zur Erringung politischer Rechte. Die Grundrechte des Staatsbürgers werden den Männern der Arbeit verweigert, in frivolem Uebermut messen die herrschenden Schichten sich selbst ein vielfaches Wahl- und Bestimmungsrecht zu. Zu den Kämpfen gegen diese Machthaber gilt es gerüstet zu sein. Die Organisationen müssen ausgebaut werden, Aufklärung muß in die weitesten Kreise getragen werden. Steht auch der letzte Mann des Volkes zu uns, dann werden alle Künste der feindlichen Gewalten zerschellen an dem ehernen Machtwort der Arbeiterschaft: Bis hierher und nicht weiter!

•

Von der Tribüne IV sprach der Genosse Richard Koch:

Willkommen im Mai, willkommen im schönen Monat Mai! So klang's schon in früheren Zeiten an diesem Tage, und so klingt's heute wieder in der ganzen Kulturwelt, so weit die Arbeiter sich ihrer Klassenlage bewußt geworden sind. Und gerade heute, am Sonntag, da alle Hände ruhen können, dringt er mit verdoppelter Kraft an die Ohren der Unterdrückten, die sonst in Gruben und Werkstätten, auf Bauten und sonstigen Werkplätzen fronen müssen. Die aber heute einmal frei atmen können in frischer Maienluft, Seite an Seite mit ihren Klassengenossen, sie werden die Kette um so schwerer empfinden, die sie sonst an der Feier verhinderte. Sie werden nun fester denn je mit ihren Klassengenossen vereint stehen in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und den Kampf um das hohe Ziel der Arbeiterklasse kämpfen. Denn die Arbeiterklasse will zum Licht empor, sie kämpft für ihre Befreiung, für die kulturelle Entwicklung der Menschheit, um die Beseitigung all der scheußlichen Zustände, unter denen jetzt das Menschengeschlecht seufzt. Sie kämpft um einen wirklichen Arbeiterschutz, damit das Blutmeer nicht weiter steige, damit nicht jährlich 10000 Tote, 140000 Schwer- und rund 700000 Leichtverletzte auf dem Schlachtfelde der Arbeit bleiben. Sie kämpft für die Beseitigung der wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, daß nicht Milliarden auf Milliarden dem Moloch Militarismus und Marinismus geopfert werden. Sie kämpft für den Achtstundentag, der selbst von bürgerlichen Wissenschaftlern und Sozialpolitikern als dringend notwendig bezeichnet wird, um die hastende und nervenzerrüttende Arbeitsweise der kapitalistischen Produktionsweise einigermaßen zu paralysieren. Sie kämpft für die Erweiterung der politischen Rechte, um die Gesetzgebung im Sinne der Arbeiterklasse, als der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, auszugestalten. Wie notwendig die Durchführung all dieser Forderungen ist, das zeigt die gegenwärtige Wahlrechtsschmach in Preußen, das zeigt die brutale Aussperrung der Bauarbeiter. Wie aber hier der Hunger den uns noch Fernstehenden zeigen wird, wo ihre Interessen gewahrt werden, wird dort jeder Tropfen Arbeiterblut, der in den Wahlrechtskämpfen geflossen ist, ein Samenkorn sein, das in den Massen der Indifferenten aufgehen und uns reiche Früchte tragen wird. So erwächst für uns auch heute wieder die Pflicht, aufklärend zu wirken, damit der Kampf zur Beseitigung der herrschenden Zustände noch energischer als bisher geführt werden kann. So geht auch heute an jeden einzelnen der Ruf: Sei ein Helfer, sei ein Kämpfer für die gerechte Sache des Proletariats.

•

In der Festhalle referierte der Genosse Heinrich Lange: Die Gedanken, die uns heute beseelen — so führte der Redner aus — sind überall, soweit die Kultur mit ihren Licht- und Schattenseiten reicht, bei den Arbeitern dieselben. Die Klassenscheidung der bürgerlichen Gesellschaft drückt sich nicht nur in den ungleichen Besitzverhältnissen aus, sondern auch in der Teilnahme an der Kunst usw. Dem Arbeiter bleibt keine Zeit, um an den Kulturerrungenschaften teilzunehmen, er muß schaffen früh und spät, in Jugend wie im Alter. Zu diesem traurigen Los kommt noch seine Entrechtung. Auf der anderen Seite genießt die besitzende Klasse die durch die Arbeit der Proletarier geschaffenen Früchte. Ohne Licht, ohne Luft, ohne Lebensfreude wachsen die Proletarierkinder in den Hinterhäusern heran, werden bald hierhin, bald dorthin gestoßen. In Leipzig verziehen jährlich mit ihren Eltern etwa 12000 Schulkinder. Von der Natur bekommen diese Kinder kaum etwas zu sehen. Und wie steht es in den Familien aus? Der Vater und oft auch die Mutter sind von früh bis spät auf Arbeit, die Kinder sind also ganz auf sich selbst angewiesen. Dann kommen unsere satten Moralisten und zetern über die verderbte Jugend, wie es kürzlich der sächsische Kultusminister im Landtage getan hat. Dieselben Moralisten sind aber nicht dafür zu haben, daß die Verhältnisse geändert werden, denen solch verderbte Jugend entsprießt. Vor zwanzig Jahren wurde in der Botschaft Wilhelms II. die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse versprochen und heute, nach zwanzig Jahren, müssen wir noch den Achtstundentag fordern. 1897 hat Wilhelm II. in seiner Rede in Bielefeld die Gesetzesvorlage angekündigt, die den mit schwerer Strafe bedroht, der andere an der freiwilligen Arbeit hindert. Die Bauunternehmer kehren sich daran nicht, sie werfen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße. Statt Rechte zu gewähren, entrechtet man die Arbeiter immer weiter, statt sozialpolitische fortschrittliche, rückschrittliche Gesetze, statt Lohnerhöhung, volksauspowernde Finanzpolitik. Nicht nur die Privatunternehmer strafen die Arbeiter mit der Hungerpeitsche, auch der Staat verfährt in gleicher Weise, wie die Entlassung der Eisenbahnarbeiter in Engelsdorf und Chemnitz beweist. Ebenso schlimm wie es mit den politischen Rechten des Volkes steht es mit den Arbeiterschutzgesetzen. Hunderttausende verunglücken noch jährlich, weil der Kapitalismus völlig ungehindert mit den Menschenleben schalten kann. Der Redner schloß mit den Dichterworten:

„Neue Säfte sehn wir sprühen,
Neue Kräfte sehn wir glühen;
Lichtwarm steigt die neue Welt:
Das Gemeine weicht von Erden,
Was nie war, nun will es werden
Und das Sklavenschiff zerschellt."

Nach einem eindringlichen Appell an die Demonstranten, für die politische und Gewerkschaftsorganisation sowie für die Gewinnung von Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung rege tätig zu sein, verlas der Vorsitzende, Genosse Börner, die Telegramme, die von Leipziger Genossen, die sich in den Heilstätten befinden, an die Demonstration gesandt waren.

Im Geiste bei Euch! Hoch der erste Mai! Hoch die Solidarität! Die Genossen im Erholungsheim Naunhof.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen. Nun wohlan, der Wahlrechts-Maifeier wünscht guten Erfolg.
Die Pfleglinge der Heilstätte Augustusbad.

Als freudigen Beweis unserer lebhaften Anteilnahme zum Weltfeiertag senden ein begeistertes Hoch
Die Leipziger Parteigenossen Heilstätte Adorf.

Die organisierten Leipziger Genossen, zur Zeit Heilstätte Hohwald, senden brüderliche Grüße zum heutigen Tage.

Herzliche Grüße zur Maifeier senden
Genossen von Görbersdorf.

* * *

Umgebung.

Markranstädt. Trotz des Regenwetters setzte sich der Zug, der 800 Demonstranten zählte, unter Begleitung zweier Musikkapellen in Bewegung. Die Versammlung war überfüllt. Sie wurde mit einem begeisterten Hoch auf die Niedergeritten zu Ende geführt. Die Sänger und Turner sorgten für Unterhaltung. Die Polizei war nirgends zu sehen.

Taucha. Am Umzuge durch die Stadt nahmen über 500 Personen teil, auch die darauf folgende Versammlung im Schützenhause war sehr gut besucht.

Naunhof. Die hiesigen Genossen hielten ihre Maiversammlung, die von 180 Personen besucht war, im benachbarten Erdmannshain ab. Referent war Genosse Herbst aus Leipzig. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Rötha. Die hiesige Arbeiterschaft veranstaltete eine imposante Maidemonstration. 350 Mann zogen mit Musik durch die Straßen nach Deuben. Dort schloß sich eine Volksversammlung an, in der Genosse Mylau referierte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute im Gasthof Deuben tagende Maiversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Die Anwesenden protestieren gegen die Entrechtung der unteren Volksschichten. Sie geloben, alles zu tun, bis auch der letzte Mann für unsere Ideen gewonnen ist, damit in nicht allzuferner Zeit der Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende gemacht werden kann. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Schkeuditz. In der Vormittagsversammlung, die von über 500 Personen besucht war, referierte Genosse Schuchardt aus Leipzig über Die Bedeutung des 1. Mai. Die Mairesolution wurde einstimmig angenommen.

Gleisen. Vor etwa 200 Personen sprach Genosse Kürbs aus Halle. Nach der Versammlung wurde ein Spaziergang unternommen; abends fand ein Kränzchen statt.

Zwenkau. Die Maifeier nahm einen würdigen Verlauf. Vormittags 11 Uhr hatten sich im Adlergarten 200 Personen versammelt, um den Ausführungen des Genossen Gaup aus Leipzig mit Interesse zu folgen. Nach einstimmiger Annahme der Resolution wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen. Darauf durchzogen die Versammlungsteilnehmer die Straßen der Stadt bis zum Gasthof Goldner Löwe in Kotzschbar, wo der Demonstrationszug sich auflöste. Uebertraf auch die Zahl der Demonstranten die früherer Jahre um das Anderthalbfache, so war die Zahl derjenigen, die sich durch nichts hinter dem Ofen hervorlocken lassen, noch sehr groß. Abends 8 Uhr fand im dichtbesetzten Saale des Gasthofs Goldner Adler ein wohlgelungener Festkommers statt.

Brucha-Brandis. An der Maifeier nahmen 600 Personen teil. Der Demonstrationszug wurde von zwei Musikkapellen begleitet und bewegte sich durch die Orte Brucha, Kleinsteinberg und Brandis. Die allgemeine Versammlung wurde in Brandis abgehalten. Die Festrede hielt Genosse Panzer aus Leipzig.

* * *

Sachsen.

Dresden. Hier gestaltete sich die Maifeier zu einer gewaltigen eindrucksvollen Kundgebung des Proletariats für den Weltfeiertag. Von der Behörde war ein Festumzug genehmigt und zur Veranstaltung vom Rat großes städtisches Areal zur Verfügung gestellt worden. In drei großen Zügen marschierten die Teilnehmer des 4. sächs. Reichstagswahlkreises (Dresden-Neustadt), des 5. Kreises (Dresden-Altstadt) und des 6. Kreises (Dresden-Land) mittags nach dem Festplatz. Die ganze Veranstaltung war von herrlichem Wetter begünstigt. Auf dem Festplatz wurden an mehreren Stellen Ansprachen gehalten, und auch sonst war für musikalische und sängerische Darbietungen gesorgt. Das Massenmeeting verlief in großartiger Weise. Alles in allem war die diesjährige Maifeier eine solche, wie sie Dresden kaum gesehen haben dürfte. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 80000 geschätzt.

Chemnitz. Einheitlich und großartig wie nie zuvor, wuchtig und eindrucksvoll wie noch keine andere Massenveranstaltung war in der alten sächsischen Arbeiterstadt Chemnitz die diesjährige Maifeier. Zum ersten Male war von der Polizeibehörde geschlossener Zug mit Musik durch die Stadt genehmigt worden, an dem sich die Partei und die Gewerkschaften korporativ und zahlreich beteiligten. Ueber 40000 Teilnehmer befanden sich im Zuge, dessen Anmarsch auf dem Festplatze über zwei Stunden in Anspruch nahm. Etwa 45000 Teilnehmer befanden sich auf dem Platz, auf dem von vier Tribünen die Redner sprachen. Bemerkenswert war die zahlreiche Beteiligung der organisierten Frauen und Mädchen. Nach kurzen Ansprachen wurde eine gleichlautende Resolution zur Abstimmung gebracht und mit einem Hoch auf den Sozialismus wurde die für Chemnitz beispiellose Demonstration geschlossen. Den Ordnungsdienst versahen Ordner, die die Partei und die Gewerkschaften gestellt hatten. Polizei war weder bei der Aufstellung des Zuges, noch auf dem Platze anwesend; sie verhielt sich völlig passiv. In musterhafter Ordnung hielten die Massen während des Marsches und auf dem Platze aus, ohne Störung erfolgte die Auflösung. Eine herrliche Demonstration!

Zwickau. Die Maifeier im Bezirk Zwickau gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Vormittags bewegte sich ein 3½tausendl Menschen umfassender Festzug von der Ortschaft Planitz aus durch die Straßen der Stadt Zwickau nach dem Belvedere, woselbst zwei Versammlungen tagten. Es referierten die Genossen Breslauer-Zwickau und Heyer-Leipzig. Nachmittags fand ein Familienausflug nach Pöhlen statt, der ebenfalls eine starke Beteiligung aufwies. Abends wurden sechs Kommerse abgehalten, die insgesamt von 5000 Personen besucht waren. Alles verlief in bester Ordnung. Die Polizeiorgane verhielten sich reserviert.

Crimmitschau. Am Festzug beteiligten sich 2600 Personen. Die unter freiem Himmel abgehaltene Versammlung vereinigte 3000 Personen. Ebensoviele hatten sich zu den vier Abendkommersen eingefunden.

Werdau. Zu dem Morgenspaziergang hatten sich 400 Teilnehmer eingefunden. In den drei Abendversammlungen wurden über 900 Personen gezählt.

Plauen. Hier nahm die diesjährige Maifeier einen imposanten Verlauf. Am Festzuge nahmen 5000 Personen teil. Die Versammlung im Schillergarten war überfüllt. Viele mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz fanden.

Oelsnitz. Die Maifeier wurde mit einem Morgenspaziergang eingeleitet, an dem sich 500 Personen beteiligten. Zu der Festversammlung und dem darauf folgenden Umzug hatten sich 1000 Personen eingefunden.

In den Städten Mylau, Netzschkau, Lengenfeld und Falkenstein war die Beteiligung überaus stark.

In Wilkau sprach Genosse Lensch aus Leipzig in einer starkbesuchten Versammlung im Freien.

In Niederhaßlau nahmen die Veranstaltungen einen imposanten Verlauf. Sowohl der Festzug als auch die Versammlung wies eine überaus starke Beteiligung auf.

Trebsen. An der Maifestversammlung, in der Genosse Frölich referierte, beteiligten sich 200 Personen.

Hermsdorf. Die Maiversammlung war von 180 Personen besucht. Referent war Genosse Seiferth aus Leipzig.

Lausigk. Die Maiversammlung fand im Grauen Wolf statt. Es hatten sich über 400 Personen eingefunden. Referent war Genosse Sängerlaub aus Leipzig.

Wurzen. In der Vormittagsversammlung waren über 400 Personen anwesend. Das Referat hatte Genosse Lipinski. Die Feier am Nachmittag war noch stärker besucht.

Strehla. Die diesjährige Maifeier wurde mit einem Frühausflug der Genossen eingeleitet. Die Nachmittagsversammlung, in der Genosse H. Müller-Leipzig referierte, war von 150 Personen besucht.

Mutzschen. Die Versammlung, die hier zur Maifeier einberufen war und in der Genosse Lipinski referierte, war von etwa 80 Personen besucht.

Borna. An dem Morgenspaziergange durch die Stadt beteiligten sich 120 Personen. 450—500 Personen nahmen an dem Nachmittagskommers teil und hörten die Festrede des Genossen Mucker-Wurzen.

Groitzsch-Pegau. Die Maifeier hatte eine äußerst starke Beteiligung aufzuweisen. In dem großen Saale der Wiprechtsburg sprach vormittags der Genosse Nyssel-Leipzig vor starkbesuchter Versammlung unter großem Beifall der Anwesenden. Punkt 2½ Uhr bewegte sich der Festzug, an welchem etwa 1000 Personen teilnahmen, vom Alten Schützenhaus, Groitzsch, mit zwei Musikchören nach dem Festlokal, der Börsenhalle in Pegau, wo von 4 Uhr an der Festkommers stattfand. Die weiten Räume der Börsenhalle vermochten die Teilnehmer kaum zu fassen.

Frohburg. Die Maifeier am hiesigen Orte wurde durch einen Kommers am Sonnabend eingeleitet. In der Grünen Aue hatten sich etwa 600 Personen eingefunden. Das Referat hatte Genosse v. Lojewski. Der Ausflug am Sonntag wies ebenfalls eine starke Teilnehmerzahl auf.

Grimma. An der Feier beteiligten sich etwa 500 Personen. Die Festrede hielt Genosse Seyferth-Leipzig.

* * *

Deutsches Reich.

Im einzelnen liegen folgende Nachrichten vor:

Die Maifeier in Groß-Berlin. In Berlin und den Vororten fanden 82 Versammlungen statt und zwar in Berlin selbst 23, im Wahlkreis Teltow-Beeskow 20, im Wahlkreis Nieder-Barnim 30. Einige Versammlungen in den Vororten waren unter freiem Himmel. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt und größtenteils schon sehr frühzeitig abgesperrt. Es herrschte selbstverständlich überall große Begeisterung, die allgemeine Resolution wurde überall angenommen und Störungen waren nirgends zu verzeichnen. Neben diesen 82 Versammlungen der politischen Organisation fanden in Berlin die Versammlungen der Gewerkschaften in ihren einzelnen Branchen statt. Auch diese Versammlungen waren überfüllt.

Brandenburg. Vormittagsausflug nach einem Nachbarort, Beteiligung 12 000 Personen, nachmittags 8 überfüllte Versammlungen.

Halle a. S. An einem Frühausflug beteiligten sich 2000 Personen. Gegen Mittag fanden 7 Versammlungen statt, die 7—8000 Teilnehmer zählten. Nach Schluß derselben kam es an einer Stelle zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die mehrere Verhaftungen vornahm. Auch 2 Kompagnien Infanterie waren bereitgehalten. Im Regierungsbezirk Merseburg fanden insgesamt 78 gutbesuchte Versammlungen statt. In 6 Städten wurden polizeilich genehmigte Umzüge veranstaltet, einige waren nachträglich verboten worden.

Gera (Reuß). Vormittag fanden 3 Versammlungen statt, an denen zirka 3500 Personen teilnahmen. In 6 Nachmittagsversammlungen wurden 14 000 Teilnehmer geschätzt.

Greiz. Der Umzug zählte 1200 Personen, die Versammlung 1600 Teilnehmer.

Mühlhausen (Thür.). Vormittags fand ein Ausflug mit 1500 Teilnehmern statt. Nachmittagsversammlungen waren überfüllt. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend, obgleich die Versammlungen nicht genehmigt waren.

Langensalza. Hier hatte der Magistrat den städtischen Schützenplatz für eine Versammlung unter freiem Himmel hergegeben. Die Versammlung war von zirka 800 Personen besucht.

Saalfeld. Der Nachmittagsfestzug durch die Stadt zählte 900 Teilnehmer. Auf dem Festplatz sammelten sich 2800 Personen an.

Erfurt. An einem Vormittagsspaziergang durch die Stadt beteiligten sich 3000 Teilnehmer. Abends fanden zwei Versammlungen statt, die die Säle und den Garten mit Teilnehmern überfüllten. Die Polizei hatte ein ungeheures Aufgebot gestellt.

Magdeburg. Statt des wieder verbotenen Maiumzugs unternahmen die Genossen in Magdeburg einen Massenspaziergang in den städtischen Parkanlagen. Beim Rückweg durch die Stadt nach den Versammlungslokalen Luisenpark, in dessen Garten 4 Redner sprechen sollten, nahm die Polizei verschiedene Absperrungen vor. Das gleiche geschah, als die Massen, etwa 12—15 000 Personen, nach Schluß der Versammlung den Heimweg antraten. War bis dahin die Polizei verhältnismäßig ruhig gewesen, so wurde sie jetzt nervös. Am Ulrichstor wurde niemand hindurchgelassen und die Menge in die Glacisanlage abgedrängt. In der Wilhelmstraße zogen mehrere Schutzleute, berittene und unberittene, blank, trieben eine Menge von etwa 300 Personen vor sich her und hieben mit der Waffe in die Fliehenden ein. Auch an andern Stellen zog die Polizei mehrfach blank, jedoch ist über ernstliche Verletzungen bisher nichts bekannt geworden. In der inneren Stadt wurden noch längere Zeit hindurch die Absperrungen aufrecht erhalten. Es scheint der Polizei darum zu tun zu sein, unter allen Umständen eine Ansammlung der Maifeiernden in der Hauptstraße der Stadt, dem Breiten Weg, zu verhindern.

Braunschweig. Vormittags fand ein Ausflug nach dem Walde bei einer Teilnehmerzahl von 25—30 000 statt. Daselbst gruppierte sich die Teilnehmerzahl in 2 Versammlungen. Die Nachmittagsfeier wurde in 7 Lokalen begangen. Im Herzogtum fanden weiter 27 Maifeierversammlungen statt.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Oeffentliche politische Versammlungen!

Arbeiter, Ortskrankenkassenmitglieder, Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Eine neue Entrechtung der Arbeiter plant die deutsche Reichsregierung mit der Reichsversicherungs-Ordnung.

Der vom Reichsamt des Innern vorgelegte Entwurf, eine Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung herbeizuführen, läuft auf die völlige Vernichtung des den Arbeitern gewährleisteten Selbstverwaltungsrechts hinaus. Der weitere Ausbau der Unfall- und Invalidenversicherung fehlt. Die vorgeschlagene Hinterbliebenen-Versicherung der Witwen und Waisen muß als völlig ungenügende Armenunterstützung auf Kosten der Arbeiter angesprochen werden. Auch die übrigen im Entwurf behandelten Versicherungszweige genügen auf keinen Fall.

Gegen diese arbeiterfeindlichen Anschläge gilt es Stellung zu nehmen.

Dienstag, den 3. Mai, abends 8½ Uhr

Oeffentl. Volks-Versammlungen

im Volkshaus, Leipzig, Grüne Schänke, Anger, Schloss Lindenfels, Lindenau

Referenten sind die Genossen **R. Lipinski, O. Pollender, A. Lüttich-Leipzig.**

Arbeiter! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen. Es muß bekundet werden, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht gewillt ist, eine weitere Verhunzung der Arbeiterversicherung über sich ergehen zu lassen.

Das Gewerkschaftskartell und das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei Leipzig.

8245*] J. A.: Karl Schröers, Leipzig, Brandvorwerkstraße 51, III.

Bauhilfsarbeiter.

Dienstag, den 3. Mai, abends 7 Uhr

Versammlung im Pantheon, Dresdner Str.

Tagesordnung: **Bericht der gegenwärtigen Lage.**

Ein jeder Kollege muß anwesend sein. Ohne Buch oder Legitimationskarte kein Zutritt.

8071] **Die Leitung.**

Zur gefälligen Beachtung!

Nach einstimmigen Beschluß der Innungsversammlung vom 21. März 1910 schließen wir unsere Geschäftslokale vom 2. Mai 1910 ab an den Wochentagen **von Montag bis mit Freitag bereits abends ½9 Uhr.** Wir ersuchen unsere geehrte Kundschaft um gefällige Kenntnisnahme und um rechtzeitigen Besuch unserer Geschäfte.

Unsere Mitglieder ersuchen wir um genaue Einhaltung dieses Beschlusses unter Hinweis auf § 9 des Innungsstatuts.

8063] Hochachtungsvoll

Die Barbier- und Friseur-Zwangs-Innung zu Leipzig und Umgegend.

J. A. des Vorstandes: G. Klemm, Obermeister.

Wie neu

werden Damen- u. Herrengarderobe durch chemische Reinigung bei

Otto Beck

Leipzig, Lange Strasse 18

Reudnitz, Borgstrasse 3

den Drei Lilien gegenüber

Th., Reitzenhain. Str. 57.

Reparaturen billigst! Lieferzeit 2—3 Tage. *

Ortsverein L.-Ost

Dienstag, den 3. Mai

Beginn der Kinderspiele.

Die Spiele finden unter Leitung der Spielkommission in den Sommermonaten jeden

Dienstag und Freitag, nachm. von 3 bis 5 Uhr auf dem **freien Platze zwischen Spichern- und Karl-Krause-Straße** in L.-Anger statt.

Rege Beteiligung der Kinder unserer Mitglieder wünscht

*8395] **Der Vorstand.**

NB. Den 2. Pfingstfeiertag: Ausflug mit Musik nach Portitz.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telephon 3784.

Gelbmetallarbeiter. **Freitag, den 6. Mai,** abends ½9 Uhr, **Vertrauensmännersitzung** im **Volkshaus.** [8947

Gürtler, Gelbgiesser und Schraubstockarbeiter.

Donnerstag (Himmelfahrt), den 5. Mai, **Ausflug nach Taucha.** Treffpunkt, **früh 8 Uhr,** Endstation der roten Straßenbahn Mockau. [8948

Reparaturen an Uhren jed. Art; nur streng solide Ausführ. u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss

Uhrmacher, **Tauchaer Str. 6.**

Verwenden Sie nur

Lipsia-Senf-Essig

überall zu haben.

Anerkannt beste Marke, vorzüglich im Geschmack. *

Familienanzeigen.

Nach kurzem aber schwerem Leiden verschied am Sonnabend unser lieber Sohn, Bruder und Enkel [8961

Erich

im Alter von 10 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Thonberg, Krugstr. 2, IV.

Otto Friedrich u. Frau nebst Geschwistern.

Beerdigung Mittwoch vorm. 9 Uhr auf dem Südfriedhof.

Töpfer

Himmelfahrt, 5. Mai

Ausflug nach Schkeuditz und Masslauer Eiche.

Treffpunkt vormittags ½9 Uhr in der **Burgaue, Leutzsch.**

Abmarsch Punkt 9 Uhr. [8027] **D. V.**

Wagenbauerkrankenkasse

Filiale Lindenau.

Donnerstag, 5. Mai (Himmelfahrt), vorm. ½10 Uhr, **Besichtigung d. Krematoriums.** Treffp.: **Restaurant Stadt Lützen.** Abfahrt ½9 Uhr mit der Straßenbahn. **Kinder keinen Zutritt.**

Sonnabend, den 7. Mai, abends ½9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Zahllokal **Restaurant Stadt Lützen,** Lützner Str. 85. — Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Abrechnung vom Wintervergnügen, 3. Verschiedenes. [8942

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Thonberg-Kleinzschocher.

Mittwoch, 4. Mai **PROBE**

Punkt ½9 Uhr

im TIVOLI, früher Flora, Windmühlenstr.

Erscheinen Pflicht. Die Obmänner.

Neuer Gasthof

Gohliser Str. 42

Jeden Sonntag und Dienstag

Gr. Instrumental- u. Sänger-Konzerte.

Darauf: **Ball-Fest.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines so unvergeßlichen Gatten, unseres lieben Vaters, ist es mir Herzensbedürfnis, allen Freunden und Bekannten, welche mir während seiner Krankheit so hilfreich zur Seite standen, meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank auch für die zahlreichen Geld- und Blumenspenden.

Die tieftrauernde Witwe

8951] **Marie Schwügerl nebst Kindern.**

Friedenfels

Gesellschaftshaus I. Ranges.

3000 Personen fassend

Eröffnung: Pfingsten.

[8932

Hierdurch gestatte ich mir den geehrten Einwohnern von **Sellerhausen und Umgegend** die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich **L.-Sellerhausen, Schützenhausstrasse 1,** eine [8960*

Fleischerei mit feinen Wurstwaren

am Mittwoch, den 4. Mai, eröffne. Es wird mein eifriges Bestreben sein, nur gute, solide Ware zum Verkauf zu bringen und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll **Wilhelm Rudolph.**

Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß unser lieber Vater [8943

Karl Bruno Heyn

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 52 Jahren verschieden ist.

Leutzsch, Leibnizstraße 3, den 2. Mai 1910.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Donnerstag ½11 Uhr vom Trauerhause aus.

Danksagung.

Für die vielfachen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sowie für die zahlreichen Blumenspenden sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden unsern herzlichsten Dank.

Friedrich Rast

8930] **nebst allen Hinterbliebenen.**

Restaurant Drei Grenzen Plagwitz Jahnstr.

Morgen Dienstag: **Grosses Abend-Schlachtfest.**

Von 7 Uhr an **Wellfleisch,** später **Bratwurst** und **frische Wurst.**

Hierzu ladet freundlichst ein [8933] **Albin Simon.**

L.-Volkm. Borgstr. 29. Fernspr. 2861 **„Heimkehr“** **Leipzig** Matthäikirchhof 13. Fernspr. 599.

Beerdigungs- und Feuerbestattungs-Anstalt

Inh.: **Berger & Meyer.** [2189*

Am Freitag, den 29. April, verschied nach längerem Krankenlager unser Kollege, der Portefeuiller

Adolf Ziesche

im Alter von 30 Jahren.

Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft!“ nach.

Verband der Sattler u. Portefeuiller.

8953] **Filiale Leipzig.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Das neue Kabinett und sein Programm.

Das Kabinett Luzzatti-Sacchi hat mit großer Mehrheit, mit 393 gegen 17 Stimmen, ein Vertrauensvotum davongetragen, das ihm parlamentarisch freie Bahn gibt, an die Verwirklichung seines Programms zu gehen. Zweifel über die augenblickliche parlamentarische Lebensfähigkeit des Ministeriums bestanden schon vor der Wiederaufnahme der Kammerarbeiten nicht mehr, da man ja wußte, daß die alte Giolittianische Mehrheit für Luzzatti stimmen würde.

Wie steht es aber um das Programm selbst, das die Kammer am vorigen Donnerstag mit unverkennbarem Wohlwollen aufgenommen hat? Vor allem befremdet die große Unklarheit und Nebelhaftigkeit. Während Sonnino mit pedantischer Detailliertheit alles haarklein auseinandersetzte, deutet Luzzatti nur in großen Zügen an und läßt es vor allem an jeder Zeitangabe für die versprochenen Reformen fehlen. Wenn die Aufnahme trotzdem auch auf der äußersten Linken nicht ungünstig war, so liegt das vor allem daran, daß man den beiden radikalen Ministern die Fähigkeit zuschreibt, die Versprechungen Luzzattis aus den Wolken in das Reich der Wirklichkeit herunter zu holen.

Vom vorigen Kabinett wird der Gesetzentwurf über die Volksschulreform übernommen, ebenso die Erhöhung der Fabrikationstaxe für den Zucker. Im Sinne der Finanzmaßregeln Sonninos, die den Preis der Zigaretten erhöhten, schreitet das neue Kabinett nun auch zu einer Verteuerung des Schnupftabaks, von der man sich einige Millionen verspricht.

Was den Arbeiterschutz betrifft, der in Italien sehr im argen liegt, so hat Luzzatti endlich die gesetzliche Abschaffung des Trucksystems für die Bergwerksarbeiter in Aussicht gestellt und auch die Ausdehnung der obligatorischen Unfallversicherung auf die ländlichen Arbeiter, freilich vorläufig unter Beschränkung auf die Unfälle, die zum Tode oder zu dauernder Arbeitsunfähigkeit führen.

Die Frage der Schiffahrtsdienste, vor der erst Giolitti und dann Sonnino die Flucht ergriffen haben, wird von Luzzatti einfach vertagt. Da man inzwischen so viel Zeit verloren hat, daß es Schwierigkeiten bietet, bis zum 30. Juni einen neuen Gesetzentwurf durch Kammer und Senat zu schleppen, wird einfach eine provisorische Vergebung aller subventionierten Linien unter den heutigen Bedingungen und für die Maximaldauer von drei Jahren in Vorschlag gebracht, die die Regierung instand setzen soll, inzwischen in ihren eigenen Werften eine Handelsflotte zu bauen, und durch eine Regierungskommission von Fachleuten die Frage der Schiffahrtskonventionen neuen Studien zu unterwerfen. Das Merkwürdige an dieser Lösung ist, daß sie überhaupt keine Lösung darstellt und außerdem die beiden vorhergegangenen Ministerien in recht unangenehmer Weise bloßstellt. Denn wenn sich heute die Notwendigkeit herausstellt, die ganze Angelegenheit noch einmal zu studieren, so bedeutet das doch, daß die vorigen Kabinette ohne reifliche Prüfung an ein so wichtiges Problem herangegangen sind.

Die Erklärungen über die kirchliche Politik haben Luzzatti den meisten Beifall eingetragen, obwohl sie eigentlich vorwiegend dekorativ waren. Der Ministerpräsident hat sich mit Eifer gegen jeden Kompromiß verwahrt und von der Notwendigkeit gesprochen, für die Pflege der nationalen Idee in den Schulen einzutreten, welche Phrase in Italien eine offen antiklerikale Bedeutung hat. Von der Anwendung des Gesetzes über die religiösen Orden, die angeblich von den Radikalen zur Bedingung ihrer Teilnahme an der Regierung gemacht worden war, war nicht die Rede, ebensowenig von dem einst in einer Thronrede verheißenen Gesetz über die Ehescheidung.

An allgemeinen sozialpolitischen Reformen stellt das Programm die Entlastung der notwendigsten Lebensmittel von den Verzehrungssteuern in Aussicht, ebenso ein neues Gesetz für die Urbarmachung des Agro Romano und schließlich in sehr vagen Ausdrücken eine Revision des Abgabensystems. Alle diese Versprechungen sind alte Bekannte, denen man seit recht langer Zeit in jeder Programmrede begegnet.

Luzzatti hat auch ausdrücklich gesagt, daß er in seinen finanziellen und sozialpolitischen Vorschlägen nicht das charakteristische Merkmal seines Kabinetts sähe. Das Charakteristische sucht er in seinen politischen Reformen, die freilich recht kümmerlich sind, oder auf eine Verwirklichung in recht ferner Zukunft berechnet erscheinen. Kümmerlich bis zur Lächerlichkeit ist die sogenannte Reform des Senats. Heute schlägt der Ministerrat den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Senats dem König vor, nach der „Reform" werden die Senatoren selbst dieses hochwichtige Recht, ihre Präsidentschaft vorzuschlagen, genießen!

Die Wahlreform wäre an sich so übel nicht: jedem volljährigen Bürger, der lesen und schreiben kann, soll das parlamentarische und kommunale Stimmrecht gewährt werden, während heute die Absolvierung der vier Volksschulklassen für das parlamentarische, und die der drei unteren oder ein Zensus für das kommunale erforderlich sind. Aber die zögernde Form, mit der diese Wahlreform in Aussicht gestellt wird, nimmt ihr fast jeden Wert. Luzzatti sagte nur, daß er sie zu „geeigneter Zeit" vorlegen werde, und daß sie „reiflicher Erwägung" bedürfte. Das einzig Erfreuliche ist, daß Maßregeln zur Umgestaltung der Wahlhandlung, um die Wähler vor Pressionen aller Art sicher zu stellen, zu sofortiger Durchführung in Aussicht genommen werden. Der Einführung von Parlamentsdiäten wurde mit keinem Wort Erwähnung getan.

Unsre Parteifraktion hat in zwei langen Sitzungen zu dem Programm Stellung genommen. Es machten sich dabei zwei entgegengesetzte Strömungen geltend. Die einen, wie Graziadei und Sichel, waren für unbedingte und unzweideutige Opposition; andre, wie Chiesa und Cabrini, wollten für das Kabinett Stellung nehmen, weil sie an seine sozialpolitische Reformarbeit glauben. Den Sieg trug eine mittlere Richtung davon, die die Stellung zum Kabinett von dessen Haltung zur Wahlreform abhängig gemacht sehen wollte.

In der übergroßen Mehrheit, mit der Luzzatti siegt, liegt gleichzeitig die Existenzmöglichkeit für das Kabinett und die Gefahr für die Verwirklichung nützlicher Reformen. Gegen die Giolittianer kann man nicht regieren: wird man mit ihnen ein Reformprogramm verwirklichen können? Die Mehrheit unsrer Parteifraktion glaubt, diese Frage bejahen zu dürfen und stimmt daher für das Kabinett.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 30. April. Den Ausgang der zweitägigen lebhaften Debatte über die Ausgaben des Krieges in Südwestafrika kann Herr Dernburg formell als „Sieg" buchen. Der vielbesprochene Antrag Erzberger, der schon in der Budgetkommission gefallen war, ist im Plenum nicht wieder eingebracht worden; der Antrag Lattmann, eine erhebliche Abschwächung des Erzbergerschen Antrags, wurde abgelehnt, desgleichen der sozialdemokratische Antrag, der zur Deckung der Kriegskosten eine Wertzuwachssteuer in Südwest einführen wollte; dagegen wurde die Resolution der Kommission angenommen, die praktisch keine sonderliche Bedeutung hat. Annahme fand auch das vorgelegte Abrechnungsgesetz. Herr Dernburg hat also „gesiegt", aber froh wird er dieses Sieges sicher nicht werden. Der Kampf in der Budgetkommission hat klar gezeigt, daß das Zentrum systematisch auf den Sturz Dernburgs hinarbeitet, und heute wurde zur Gewißheit, daß die Konservativen und Antisemiten ihn nicht stützen. Nur die Liberalen scharen sich um den „Helden von 1906". Von den Bassermännern und Wiemerianern verteidigt zu werden, bedeutet aber totsicher die spätere Niederlage. Herr Dernburg scheint das auch bereits zu ahnen, darum ließ auch heute sein Auftreten das Draufgängertum und jede Frische vermissen. Diese Ueberzeugung brach sich gestern allgemein Bahn, als Herr Dernburg erklärte, die fragwürdigen Rechte einer Kolonialgesellschaft deshalb nicht antasten zu wollen, weil unter den Verträgen die Unterschrift Wilhelms I. und Bismarcks steht. Das heißt, militärisch gesprochen, hinter den letzten Schanzen Deckung suchen. Dernburg hat in seiner amtlichen Laufbahn, die trotz ihrer nur vierjährigen Dauer an parlamentarischen Kämpfen reich war, jetzt zum erstenmal nicht in der Offensive, sondern in der Defensive gekämpft und seinen Gegnern die schwachen Positionen verraten. Damit wird seine Stoßkraft gebrochen sein. Das aber ist der Anfang vom Ende. Und wenn auch heute Herr Wiemer mit Stentorstimme für den bedrohten Staatssekretär eintrat, Erzberger, Lattmann und v. Oertzen ließen keinen Zweifel mehr übrig, daß die Phalanx gegen Dernburg bereits geschlossen ist. Wir sind überzeugt, auch nicht eine der bürgerlichen Parteien will ernstlich einen Teil der Kriegskosten von den reichen Kolonialspekulanten zurückerhalten. Anders die Sozialdemokratie. Auch sie steht in schroffem Gegensatz zu Dernburg, aber nicht seiner Person gilt der von ihr geführte Kampf, sondern dem großkapitalistischen System, das in Dernburg einen besonders geeigneten Vertreter gefunden hat. Die Sozialdemokratie hat die Vernichtung der eingeborenen Stämme, den Vieh- und Landraub und die heillose und verwüstende Konzessionswirtschaft von Anfang an energisch bekämpft. Sie fordert heute noch die Zurückgabe des Eigentums an die Eingeborenen und weiter, daß die Nutznießer des Vernichtungskrieges in Südwestafrika die Kriegskosten bezahlen. Aber gerade Herr Dernburg bekämpfte bisher mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln diese Forderungen, er braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn auch er unsanft angefaßt wird. Und Genosse Ledebour ging recht schonungslos mit Herrn Dernburg um, so daß die Kolonial-Exzellenz offensichtlich nervös wurde. Während früher die Rechte sofort lärmte, wenn Dernburg angegriffen wurde, regte sich heute nicht ein Junker auf, als Dernburg Scheibe spielen mußte. Nur der Erbprinz Hohenlohe wagte einen kleinen Gang mit Ledebour und wurde wieder weidlich ausgelacht.

Des Königs Wort.

Die Kreuzzeitung bestätigt in ihrer Wochenschau unsre Auffassung, nach der die preußische Wahlrechtsvorlage, wenn sie Gesetz wird, mit dem bewußten Bruch des Königswortes gleichbedeutend wäre. Das Junkerblatt schreibt:

Selbst die gegenwärtige Wahlrechtsvorlage ist nur ein Zufallsprodukt, das Ergebnis des Blockirrtums im Reiche; sie ist nicht hervorgegangen aus einem inneren Bedürfnisse des preußischen Staates. Die konservative Partei hat in diesem Liquidationsverfahren die Aufgabe, das Uebel auf das Unvermeidliche zu beschränken, **und sie weiß sich in diesem Bestreben eins mit der preußischen Regierung und mit dem preußischen Herrenhause.**

Also: Der König von Preußen war in einem Irrtum befangen, als er sein Wort verpfändete. Die konservative Partei, die vorsichtigere Hüterin der „Staatsinteressen", hat den Irrtum erkannt und nun „liquidiert" sie das verpfändete Wort der Krone, indem sie es zerfetzt. Und die Regierung? Sie ist einig in diesem Bestreben mit den Junkern!

Wir nageln diese Feststellung der Kreuzzeitung an, nicht, um den von seinen Prätorianern so hart behandelten König und Kaiser gegen seine Verhöhner zu hetzen, wie es etwa die liberale Presse so oft und immer erfolglos tut. Wilhelm II. hatte sich einmal für ein Projekt persönlich ins Zeug gelegt, seine Person in die Front gerückt, um die Vorlage durchzudrücken. Das war die Kanalvorlage. Die Junker warfen sie zerrissen vor den Thron, sie rebellierten offen gegen des „Herrn" Willen; die Höhe der Lebensmittelpreise und so der Grundrente stand für sie über dem Königswort, das nach der festen Ueberzeugung Wilhelms II. das höchste Recht sein müßte. Der König von Preußen verschluckte damals die bittre Pille und die Rebellen im Landratsamte, die damals bestraft wurden, stehen jetzt in allerhöchster Gunst. Dabei war der Kanal ein Lieblingsgedanke des Kaisers. Was ist dem deutschen Kaiser und dem König von Preußen das preußische Landtagswahlrecht? Er fühlt sich so wohl auf der steilen Höh, von Reisigen umgeben! Der Ruf: Mehr Volk! zerstob mit dem schönen Traum der Hottentottenwahlnacht. Das Gelöbnis, das Wahlrecht organisch zu entwickeln, war kein persönlicher Irrtum Wilhelms II. Es war der Versuch Bülows, durch eine Stärkung der liberalen Parteien im Landtag einen Ausgleich zwischen Reichstag und Landtag zu schaffen. Er wollte auch im preußischen Landtag durch eine Aenderung des Wahlrechts einen konservativ-liberalen Block gestalten und so die Gefahr bei dem Balanzieren — das er Politik nannte — aus der Welt zu schaffen. Der Versuch scheiterte, indem die Junker, die merkten, wie der Hase läuft, den Kanzler mit dem Grübchen im Kinn bei der Reichsfinanzreform stürzten. Wilhelm II. wird das ihm so abgerungene Wort nicht ungern „liquidieren" lassen, hat doch dieser Bülow auch sonst den Zorn seines Herrn herausgefordert, als er sich in der Verfassungsdebatte mit der allerhöchsten Person zu decken wagte. Die Junker, die heute mit des Königs Wort auch Bülows Politik „liquidieren", handeln im Geiste der königlichen Regierung. So findet ein königliches Wort eine königliche Lösung.

Berlin, 2. Mai. Vom preußischen Ministerium ist ein Erlaß an die nachgeordneten Behörden ergangen, der den **Arbeiterschutz auf Bauten** betrifft.

Aus der Kalikommission. Die Kommission stellte Freitag die §§ 29 bis 29 c fertig. Im § 29, der von der Quotenübertragung handelt, wird festgesetzt, daß, wenn durch eine Uebertragung Arbeiter und Beamte eine Verminderung ihres Arbeitsverdienstes erfahren, sie den entstehenden Einnahmeausfall bis zur Dauer von 26 Wochen von den Kaliwerkbesitzern ersetzt erhalten. Die Genehmigung der Quotenübertragung darf durch die Landeszentralbehörden erst nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und nach ausreichender Sicherstellung für event. Entschädigungen erteilt werden. Diese Formulierung stellt ein Kompromiß der Parteien dar, dem sich die Sozialdemokraten anschlossen, da im Augenblick mehr nicht zu erreichen war.

Der § 29 b stellt eine Lex Schmidtmann dar, es soll dadurch verhindert werden, daß die bekannten Verträge mit dem amerikanischen Düngertrust zu den angesetzten billigen Preisen erfüllt werden können.

§ 29 c setzt eine Abgabe von 60 Pfg. für den Doppelzentner Kali fest, mit der die dem Reich entstehenden Kosten gedeckt und eine lebhafte Propaganda für die Hebung des Kaliabsatzes betrieben werden soll. Hierzu wird der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß diese Einnahme- und Ausgabeposten im Reichshaushaltsetat erscheinen sollen.

Gerechtigkeit. Vor dem Schöffengericht in Essen wurde am Freitag gegen 38 Wahlrechtsdemonstranten verhandelt. Ein Angeklagter erhielt 2 Wochen Gefängnis, 3 je eine Woche und zwar wegen Beleidigung von Schutzleuten, 2 andre bekamen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt je 2 Monate Gefängnis, die andern erhielten Geldstrafen von 5—60 Mark, 5 wurden freigesprochen.

Genosse Beyer, Redakteur der Dortmunder Arbeiterzeitung, der jüngst in den Dortmunder Wahlrechtsprozessen zu 2 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, hat bei der Staatsanwaltschaft **drei Meineidsanzeigen eingereicht.** Die erste Anzeige richtet sich gegen fünf berittene Schutzleute, die unter ihrem Eide bestritten hatten, blank gezogen zu haben. Die zweite Anzeige richtet sich gegen den Polizeikommissar Schrank, der ebenfalls auf seinen Eid nahm, daß nicht von der Waffe Gebrauch gemacht worden sei. Endlich ist Anzeige erstattet gegen den Polizeiinspektor Richard, der ebenfalls bestritt, daß Schutzleute gehauen und daß Kriminalschutzleute sich unter der Menge befunden hätten. Genosse Beyer stützt seine Anzeigen vorläufig mit 33 Zeugen.

Oesterreich-Ungarn.

Deutsch-tschechischer Gegensatz.

Wien, 28. April. Im Budgetausschuß erklärte heute Abgeordneter Wolf, ehe die Tschechen den Gedanken an die Verwirklichung des tschechischen Staatsrechtes nicht aufgäben, sei eine Herstellung des Friedens zwischen Deutschen und Tschechen auf gesetzlicher Basis unmöglich. Redner verlangte die sofortige Wiederbesetzung des Postens des deutschen Landsmannsministers ohne Rücksicht auf die eventuelle Ernennung eines tschechischen Landsmannsministers. Abg. Kramarcz erklärte, die Tschechen wichen keineswegs einer Erörterung der Nationalitätenfrage im Nationalitätenausschusse aus, wenn nur nicht die Nationalitätenvorlage der Regierung diesem Ausschuß überwiesen würde; denn in dieser Ueberweisung müßten sie einen Kriegsfall erblicken, weil sie nicht zulassen könnten, daß die Sprachenfrage, die Kreiseinteilung und die Nationalitätenabgrenzung ausschließlich für Böhmen im Reichsrate verhandelt würden. Die Nationalitätenfrage sei ein Problem aller Nationalitäten Oesterreichs und könne nur auf der Grundlage vollster Gleichberechtigung gelöst werden.

Italien.

Die Stichwahlen von Albano und Lugo.

Nach dem Rücktritt des Genossen Salvemini vom Wahlkampf in Albano haben sich die Sozialisten bei der Stichwahl der Abstimmung enthalten, so daß der Ministerielle Valenzani mit rund 4000 Stimmen gewählt wurde. Die Haltung Salveminis ist in Parteikreisen angegriffen worden. Der Parteikandidat begründet sie damit, daß er sagt, er hätte befürchten müssen, daß auch von seiten der Sozialisten und Radikalen anfechtbare Wahlmethoden gebraucht werden würden, um der Gewal und Bestechung der Gegner die Stirn zu bieten. Lieber als solchen Methoden seinen Sieg zu danken, wäre er zurückgetreten.

Der Wahlausgang von Lugo hat nicht den Erwartungen entsprochen, da die Republikaner trotz des Beschlusses ihres Parteivorstandes nicht für Genossen Brunelli gestimmt haben. Wenn die Republikaner ihre 1080 Stimmen dem Sozialisten zugeführt hätten, so wäre dieser mit 3100 Stimmen gewählt worden; statt dessen trug Genosse Brunelli in der Stichwahl nur 2557 Stimmen davon, während der klerikal-konservative Gegner 3027 Stimmen erhielt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Republikaner in der Romagna den Sozialisten einen solchen Streich spielen.

Türkei.

Kreta in Sicht.

Paris, 29. April. Wie die Blätter melden, haben die vier Kretaschutzmächte angesichts der Absicht der kretischen Deputierten, dem König von Griechenland den Huldigungseid zu leisten, beschlossen, durch ihre Konsuln bei der kretischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Um diesen Vorstellungen Nachdruck zu verleihen, sollen nach Kanea Kriegsschiffe entsandt werden. Ein dem Panzerkreuzer Jules Michelet in Toulon erteilter Auftrag, sich zur Abfahrt bereit zu halten, hängt zweifellos mit diesem Entschluß zusammen.

Paris, 29. April. Wie der Agence Havas aus Rom gemeldet wird, scheinen die aus Kanea eingetroffenen Nachrichten darauf hinzuweisen, daß die provisorische Regierung gegenwärtig nicht geneigt ist, den Wünschen der Schutzmächte darin nachzukommen, daß sie die Deputierten der Nationalversamm-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

lung veranlaßt, auf die Eidesleistung auf den Namen des Königs von Griechenland zu verzichten. Diese Haltung, die dem unter den Schutzmächten herrschenden Geiste der Versöhnung nicht entspricht, macht in politischen Kreisen schlechten Eindruck und man glaubt, daß es notwendig werden könnte, den Entschluß, keine Quelle neuer Schwierigkeiten in der Kretafrage zu bilden, deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Paris, 29. April. Wegen der Kretafrage erhielten der Panzerkreuzer Jules Michelet und das Kanonenboot Surprise den Befehl, nach der Suda-Bai in See zu gehen. Die Hafenverwaltung in Toulon ist angewiesen worden, die Indienststellung des Panzerkreuzers Admiral Charner zu beschleunigen.

Der Albanesenaufstand.

Konstantinopel, 30. April. Offiziellen türkischen Nachrichten zufolge sollen sich die zwischen Ipek und Djakova angesammelten Albaner zerstreut haben, indem sie gelobten, das Vaterland bis bis zum Tode zu verteidigen und keinen Zoll Erde dem Feinde preiszugeben. Die Albaner bitten, die Neuerungen nicht einzuführen und eine parlamentarische Kommission nach Albanien zu entsenden.

Konstantinopel, 30. April. Nach einer Depesche des Oberkommandierenden hat ein Kampf zwischen den Truppen und den Rebellen bei Katschanik begonnen. Diese fliehen in nordöstlicher Richtung gegen die Morava. Der Oberkommandant ist gegen die Stadt Orhaniji nördlich von Katschanik aufgebrochen. Die Rebellen haben Verschanzungen zwischen Katschanik und Eleschen errichtet.

Persien.

Zur Lage.

Teheran, 29. April. Der Medschlis hat den Gesetzentwurf betreffend die innere Anleihe in Form einer Emission sechsprozentiger Scheine im Werte von zehn Toman (nominell gleich 10 Frank, Kurs höher) genehmigt. Als Kaution dienen die Einkünfte der Krongüter. Die hierauf sich beziehenden Maßnahmen werden bis zur Hinzuziehung ausländischer Fachmänner der Schahinschahschen Bank übertragen.

Die Zwistigkeiten zwischen Sardar Assad und Sepahdar wachsen. Sepahdar hat im Medschlis einen Gesetzentwurf betr. Bildung eines gemäßigten Kabinetts eingebracht. In den nächsten Tagen muß die Regierung, da die Finanzoperationen mit dem englischen Syndikat nicht zum Abschluß gebracht worden sind, diesem 20 000 Frank Konventionalstrafe zahlen.

Sächsische Angelegenheiten.

Das Wahlgeheimnis vor den Gerichten.

In der Zweiten Kammer des Landtags kommt heute die Interpellation Günther über die Verletzung des Wahlgeheimnisses durch die Gerichte zur Verhandlung. In der Presse hat bereits eine eingehende Diskussion dieser Angelegenheit stattgefunden. Von juristischer Seite ist im Vogtländischen Anzeiger darauf hingewiesen worden, daß in der Kommission für die Reform des Strafgesetzes im Jahre 1905 das Recht zur Verweigerung der Aussage über eine Abstimmung verneint worden sei, weil das Interesse des Staates, an der Ermittelung begangener Straftaten höher zu schätzen sei, als das Interesse eines einzelnen Wählers an der Geheimhaltung seiner Abstimmung. Welche Straftat der Oelsnitzer Amtsgerichtsrat, dessen Handlungsweise zu der Interpellation den Anlaß gab, durch die Erkundung der Abstimmung ermitteln wollte und ob es überhaupt eine solche Straftat zu ermitteln gab, kommt für den Juristen des Vogtländischen Anzeigers gar nicht in Betracht. Mit Recht hat der Abg. Günther in einer Entgegnung im Vogtländischen Anzeiger ausgeführt, daß das geheime Wahlrecht eine verfassungsmäßige Einrichtung sei, deshalb weder durch richterliche Praxis, noch durch Reichsgerichtsentscheidungen in Frage gestellt werden dürfe. Darauf wird nun wiederum in dem vogtländischen Blatte auf eine Reichsgerichtsentscheidung vom 7. Juli 1884 Bezug genommen. Darin wird ausgeführt, daß aus der verfassungsmäßigen geheimen Wahl zwar die uneingeschränkte Tendenz einer Sicherung des Wählers vor allen möglichen Nachteilen, die aus dem Bekanntwerden der Abstimmung für ihn erwachsen könnten, gefolgert werden dürfe und deshalb das Recht der Zeugnisverweigerung aus dieser Folgerung abgeleitet werden könne, daß aber im Gesetze sich kein Anhalt für eine solche Auslegung finde, weil dieses sich nur mit der Anordnung eines Wahlverfahrens begnüge, das die Geheimhaltung der Wahl gewährleisten solle. Es könne auch aus dem Gesetz nicht gefolgert werden, daß den Behörden eine Nachforschung nach der Person des Gewählten selbst dann untersagt sei, wenn das dem Wähler vermeintlich eingeräumte Recht mit einer staatlichen Pflicht, besonders mit der Pflicht zur Zeugnisablegung zur Ermittelung eines begangenen Verbrechens in Widerstreit trete. Die Strafprozeßordnung spreche aus, daß nur die von ihr selbst vorgesehenen Ausnahmen von der allgemeinen, jedermann obliegenden Zeugnispflicht bestehen sollen. Die Strafprozeßordnung stehe also nicht in Widerspruch mit dem Reichstagswahlgesetze, weil das letztere nicht ausdrücklich das Recht der Zeugnisverweigerung festsetze und dieses Recht der Zeugnisverweigerung auch nicht in der Strafprozeßordnung vorgesehen sei. Das Reichsgerichtserkenntnis schließt mit folgendem Vergleich: „Mit möglichster Bestimmtheit ist reichsgesetzlich auch das Recht auf den Schutz des Briefgeheimnisses eingeräumt worden; aber es wird nicht behauptet werden können, daß der Absender des Briefs oder auch der Adressat, wenn er unter diesem Schutze einen Brief uneröffnet erhalten hat, nicht hinterdrein gezwungen werden dürfe, als Zeuge über dessen Inhalt Auskunft zu geben."

Zwischen dem Briefgeheimnis und dem Wahlgeheimnis dürfte doch ein kleiner Unterschied sein; denn das Briefgeheimnis kann gerade benutzt werden, um Straftaten zu begehen oder zu fördern, was bei dem Wahlgeheimnis doch sicher nicht gesagt werden kann. Die Frage nach der Abstimmung eines Wählers wird, wenn auch nicht immer, so doch sehr oft dahin führen, daß die wirtschaftliche Existenz des Befragten gefährdet wird. Man denke sich nur, wenn in einem politischen Prozeß in Sachsen ein Eisenbahner vor Gericht gefragt werden würde, wen er bei einer Wahl gewählt hat. Gibt er an, sozialdemokratisch gewählt zu haben, so dürfte seines Bleibens im Eisenbahndienst kaum mehr sein. Deshalb muß aber das Wahlgeheimnis in jeder Beziehung geschützt und darf auch nicht durch die Gerichte illusorisch gemacht werden. Da aber anzunehmen ist, daß sich auch die Justizverwaltung heute auf den Standpunkt der Juristen stellen werde, daß das Wahlgeheimnis durch die Strafprozeßordnung nicht geschützt sei, so muß eben dieser Mangel bei der Reform der Strafprozeßordnung beseitigt werden. In der Tat hat auch die Justizkommission des Reichstags am 23. April dieses Jahres zur Sicherung des Wahlgeheimnisses diesen Beschluß gefaßt: „Kein Zeuge darf über Tatsachen befragt werden, die darauf schließen lassen, für wen er bei einer auf Gesetz beruhenden geheimen Wahl gestimmt hat." Das Oelsnitzer Vorkommnis, das zur Interpellation Günther den Anlaß gegeben hat und die Besprechung der Interpellation in der Zweiten Kammer werden bei den Verhandlungen im Reichstage wertvolles Material bilden.

Streikunterstützung als steuerpflichtiges Einkommen.

Die sächsischen Steuerbehörden haben wiederholt den Versuch gemacht, die von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder gezahlten Streik- und andre Unterstützungen diesen als steuerpflichtiges Einkommen in Anrechnung zu bringen. Um über die Rechtslage Klarheit zu schaffen, wandte sich 1907 der Vorsitzende der Dresdner Filiale des Maurerverbandes an das Finanzministerium, das in seiner Antwort erklärte, diese Art Unterstützungen seien nicht steuerpflichtig, weil den Empfängern ein klagbares Anrecht auf ihren Bezug nicht zustehe. Gleichzeitig wurde betont, daß danach auch die an die Gewerkschaften gezahlten Beiträge nicht vom Einkommen in Abzug gebracht werden dürften. Die Steuerbehörden kehrten sich jedoch nicht an diese Meinung des Finanzministeriums, sondern hielten an ihrer früheren Praxis fest, und zwar auch dann noch, als die Betroffenen durch Vermittlung des Dresdner Arbeitersekretariats und unter Hinweis auf eine vom Oberverwaltungsgericht getroffene Entscheidung die Reklamationskommission auf das Unhaltbare dieser Praxis aufmerksam gemacht hatten. Es wurde nun ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts provoziert und dieses entschied entgegen der früheren Ansicht desselben Gerichts, daß von den Gewerkschaften gezahlte Unterstützungen steuerpflichtig seien, die zur Erlangung dieser Unterstützungen gezahlten Beiträge jedoch nicht vom Einkommen abgezogen werden dürften. Das Urteil läuft also darauf hinaus, daß Gewerkschaftsmitglieder unter Umständen einen Teil ihres Einkommens doppelt versteuern müssen. Auf diese dem Sinne des Einkommensteuergesetzes zuwiderlaufende Entscheidung nahmen unsre Genossen bei Gelegenheit der Etatberatung in der Finanzdeputation A des Landtags bezug; sie ersuchten die Regierung um Auskunft über ihre Stellung dazu. Diese wurde schriftlich gegeben. Sie lautet:

„Was die Krankenunterstützung anlange, so bestehe eine Verfügung des Finanzministeriums vom 17. August 1890, in der der Ansicht Ausdruck gegeben worden sei, daß die Bezüge aus Krankenkassen nicht als steuerpflichtiges Einkommen anzusehen seien. Dies gelte nicht nur für die Krankenunterstützungen, die auf Grund der reichsgesetzlich geordneten Krankenversicherung, insbesondere auch von den eingeschriebenen Hilfskassen gewährt werden, sondern auch von Krankenunterstützungen aus privatrechtlichen Versicherungskassen, falls sie die gleiche tatsächliche und rechtliche Gestalt haben, wie die öffentlich-rechtlichen Organisationen. Unter dieser Voraussetzung würden also nach der Rechtsauffassung, die in der angezogenen Verfügung vertreten wird, auch die von den Arbeitergewerkschaften statutengemäß an die Mitglieder gewährten Krankenunterstützungen dem steuerpflichtigen Einkommen nicht zuzurechnen sein. Diese Auffassung beherrsche zurzeit die Praxis. Abweichende Entscheidungen der Rechtsmittelinstanzen seien dem Finanzministerium nicht bekannt geworden. Anderseits seien gemäß ausdrücklicher Gesetzesvorschrift (Einkommensteuergesetz § 15 Nr. 3b) die von den Beitragspflichtigen gesetz- oder vertragsmäßig zu leistenden Beiträge zu Krankenkassen vom steuerpflichtigen Einkommen abzuziehen.

„Bezüglich der von den Arbeiterverbänden an die Mitglieder gewährten Ausstandsunterstützungen habe das Finanzministerium in einer am 28. März 1907 erteilten Bescheidung allerdings die Rechtsansicht vertreten, daß solche Unterstützungen nur dann dem steuerpflichtigen Einkommen zuzurechnen seien, wenn der Verband sich zur Gewährung dieser Unterstützungen rechtsgültig verbindlich gemacht habe, dem Empfänger also ein klagbares Recht darauf zustehe; dagegen seien freiwillig gewährte Unterstützungen dieser Art nicht als steuerpflichtiges Einkommen anzusehen. In zwei am 31. Januar 1910 verkündeten Urteilen habe das Oberverwaltungsgericht — in Uebereinstimmung mit seiner Rechtsprechung in verwandten Fällen — sich dahin ausgesprochen, daß bei Bezügen dieser Art kein ausschlaggebendes Gewicht darauf zu legen sei, ob das tatsächlich bezogene Einkommen auf einen klagbaren Rechtsanspruch beruht habe. Der genannte Gerichtshof entschied, daß die nach Maßgabe der Bestimmungen des Statuts des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewährten Ausstandsunterstützungen in der Hand der Empfänger steuerpflichtig seien. Anderseits seien aber die an den Verband gezahlten Mitgliedsbeiträge deshalb nicht abzugsfähig, weil sie nicht ausschließlich zur Erlangung jener Unterstützungen (Einkommensteuergesetz § 15 Nr. 1) aufgewendet, sondern in einheitlichen Beträgen zur Förderung der gesamten, statutengemäß in vieler Beziehung auf andern Gebieten liegenden Verbandszwecke gezahlt würden, also nicht als sogenannte Werbungskosten anerkannt werden könnten. Das Finanzministerium sei nicht in der Lage, die Steuerbehörden zu einem von jener oberstgerichtlichen Entscheidung abweichenden Verfahren anzuweisen. Tatsächlich seien aber bisher Ausstandsunterstützungen der Arbeiterverbände nur in ganz wenigen Fällen in der Hand der Empfänger besteuert worden. Im übrigen würde das Oberverwaltungsgericht nach den jenen Entscheidungen beigegebenen Gründen die Abzugsfähigkeit der Mitgliedsbeiträge dann voraussichtlich nicht versagen, wenn sie nachweislich zur Erlangung der für steuerpflichtig erachteten Bezüge aufgewendet worden seien, oder wenn sie nachweislich die Eigenschaft von Beiträgen für die in § 15 Nr. 3b des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Versicherungsarten (Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisen-, sowie Sterbekassenversicherung) hätten. Den Verbänden stehe es also frei, ihre Statuten so zu fassen, daß je bestimmt normierte Quoten der Mitgliedsbeiträge lediglich zur Dotierung derjenigen Vermögensbestände geleistet und verwendet werden, aus denen einerseits die für steuerpflichtig erklärten Unterstützungen, sowie anderseits die Versicherungsleistungen der erwähnten Art an die Mitglieder gewährt werden. Die Abzugsfähigkeit dieser Quoten der Mitgliedsbeiträge werde — soviel sich voraussehen lasse — im Rechtsmittelverfahren nicht beanstandet werden."

Durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist eine für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft höchst ungünstige Rechtslage geschaffen worden. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes zu erreichen, um die Steuerfreiheit der Gewerkschaftsunterstützungen auf diese Weise sicherzustellen. Und so wird den Arbeiterorganisationen nichts weiter übrig bleiben, als durch eine entsprechende Aenderung ihrer Statuten ausdrücklich festzulegen, welche Teile des Gesamtbeitrages für die einzelnen Unterstützungen in Betracht kommen. Geschieht dies, dann wird es ihren Mitgliedern in vielen Fällen möglich sein, die Herabsetzung in eine niederere Steuerklasse zu erreichen.

Das Gesetz über die Gemeindeverbände.

Nach dem Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über den Gesetzentwurf über Gemeindeverbände wurde in der Deputation die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehle, statt eines besonderen Gesetzes über Gemeindeverbände die Bestimmungen der Revidierten Landgemeindeordnung, die über die Bildung von Zweckverbänden handelten (§§ 89 flg.) in zweckentsprechender Weise zu erweitern. Man kam aber zur Ablehnung jener Anregung. Weiter wurde die Frage erwogen, ob es zweckmäßig sei, daß das Gesetz in Einzelheiten Bestimmungen treffe, namentlich den Inhalt der Verbandssatzungen speziell vorschreibe, so daß einer Individualisierung der Gestaltung der einzelnen Verbände nach ihrem Zweck und Umfang, die doch wünschenswert sei, Hemmnisse bereitet würden. Oder ob nicht wenige knappe Bestimmungen über Gründung, Wesen und Auflösung, Haftung gegenüber Dritten in vermögensrechtlicher Beziehung, Rechte und Pflichtenkreis der einzelnen Verbandsmitglieder zum Verbande und den Umfang der staatlichen Beaufsichtigung die Gründung von Zweckverbänden besser fördere und eine größere Bewegungsfreiheit in der Gestaltung und der Tätigkeit der Verbände gewährleiste? Zu einer Klärung dieser Fragen kam es jedoch nicht; man beschloß vielmehr, bei Beratung der einzelnen Gesetzesbestimmungen zu prüfen, inwieweit sie den soeben dargelegten Grundsätzen Rechnung trügen. Einige Deputationsmitglieder gaben die Ansicht kund, eine ersprießliche Tätigkeit der Verbände setze voraus, daß sowohl in den Gemeindevertretungen wie in den Organen der Bezirke nicht nur Vertreter privilegierter Stände Sitz und Stimme hätten, daß vielmehr darin auch die Vertreter der arbeitenden Volksklassen gebührende Vertretung besäßen. Doch war die Deputation der Ansicht, daß das Gesetz ungeeignet sei, abändernde Vorschriften über die innere und äußere Organisation der Gemeinden und sonstiger politischer Körperschaften zu erlassen, und daß eine Verquickung mit derartigen Fragen auf die Fertigstellung des Gesetzes nur hemmend wirke. Endlich waren sich die Mitglieder der Deputation darüber einig, daß das Aufsichtsrecht des Staates über die Verbände auf das allernotwendigste beschränkt werden müsse, um eine möglichst freie und nutzbringende Entwicklung der Verbände herbeizuführen, und daß der staatliche Zwang zur Gründung von Verbänden nur bei denjenigen Gemeindeaufgaben ausgeübt werden dürfe, die ihnen gesetzlich oblägen. Die Staatsregierung, die durch Kommissare aus den Ministerien des Innern und des Kultus an den Beratungen der Deputation teilnahm, stellte sich zu den einzelnen Wünschen und Vorschlägen entgegenkommend. Sämtliche Deputationsbeschlüsse fanden ihr Einverständnis. Die Deputation beantragt, den Entwurf mit den beschlossenen Abänderungen anzunehmen und die Petition der Allgemeinen Sächsischen Bürgermeistervereinigung, § 8 des gegenwärtigen Gesetzentwurfes betreffend, auf sich beruhen zu lassen.

Sonntagsruhe für Aerzte.

Die Aerzte in Reichenbach haben beschlossen, für ihren Stand die Sonntagsruhe einzuführen. Wenn man auch gegen diesen Beschluß im allgemeinen nichts einzuwenden hat, so müssen doch die weiteren Beschlüsse, die noch in dieser Sache gefaßt worden sind, Kopfschütteln erregen. So haben die Aerzte gleichzeitig mit beschlossen, daß an jedem Sonntag ein Arzt abwechselnd Dienst haben soll, an den dann, bei eventueller Konsultation das doppelte Honorar im voraus zu bezahlen sein soll. Ausgenommen von dieser vorherigen doppelten Honorarzahlung sollen nur Kassenmitglieder sein.

Da von den Reichenbacher Krankenkassen bisher noch keine einzige die freie ärztliche Behandlung für Familienmitglieder eingeführt hat, ist dieser Beschluß der Aerzte für die Einwohnerschaft von Reichenbach von tiefeinschneidender Bedeutung. Denn ganz abgesehen davon, daß ein diensthabender Arzt für eine Stadt wie Reichenbach, von etwa 25 000 Einwohnern, zu wenig ist, ist der weitere Beschluß der doppelten Honorarzahlung im voraus gleichbedeutend damit, daß die ärmere Bevölkerung bei schweren Erkrankungen ohne Arzt bleibt. In einer ganzen Reihe deutscher Städte ist die Sonntagsruhe für die Aerzte eingeführt, aber nirgends haben die Aerzte einen derartigen, für die ärmere Bevölkerung tiefeinschneidenden Beschluß gefaßt.

Zwei Militärgerichtsurteile.

m. Das Oberkriegsgericht zu Dresden verurteilte den Matrosen Röter wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu — — drei Jahren Gefängnis, indem es einen schweren Fall und eine fortgesetzte Handlung annahm. Der Angeklagte war zum Weihnachtsfeste zu seinen in Riesa wohnenden Eltern beurlaubt, wo er am zweiten Feiertag im angetrunkenen Zustande ein Tanzlokal besuchte. Hier hat er einem Sergeanten, den er als solchen nicht erkannte, auf die Füße getreten und einen leichten Stoß gegen den Arm versetzt. Das Kriegsgericht hatte auf drei Jahre zwei Monate Gefängnis erkannt. Das Oberkriegsgericht hat nun auf die Berufung des Angeklagten das Schreckensurteil unter Abrechnung von zwei Monaten bestätigt.

Ein Gegenstück!

Eine unglaublich gelinde Strafe für eine grenzenlose Rohheit warf das Kriegsgericht zu Dresden gegen den Fahrer Lippmann vom 12. Artillerieregiment aus. Lippmann, der ein „alter Mann" ist, schlich sich eines Abends in den Stall, wo der „mißliebige" Rekrut Gläser Dienst hatte. Gläser schlief gerade einen Augenblick. Lippmann löschte die Lampen aus, begoß den Rekruten mit Wasser und schlug dann mit einem Steigbügelgurt unbarmherzig auf diesen ein. Die Schnalle des Gurtes traf den Rekruten dermaßen ins linke Auge, daß dieser das Sehvermögen fast völlig einbüßte. Das Gericht verurteilte diesen Rohling zu nur — zwei Monaten Gefängnis!

So machen die Kriegsgerichte antimilitaristische Propaganda!

Herr Langhammer klagt weiter. Rechtsanwalt Dr. Zöphel in Leipzig, ein Gesinnungsgenosse und guter Freund Langhammers und als solcher ein Hauptmacher des „Leipziger Geheimbundes" nationalliberaler Männer zur politischen Abwurkslung Langhammers, hat nach seiner Rückkehr von einer längeren Reise einen Artikel im Leipziger Tageblatt veröffentlicht, worin unter anderem ausgeführt wird, daß Herr Langhammer, weil er sich in der Tiagaffäre bloßgestellt sehe, zur Märtyrerkrone des um seines politischen Bekenntnisses willen Verfolgten greife. Die Erklärung Zöphels schließt: „Herr Langhammer ist von den Leipziger Vertrauensmännern einzig und allein deswegen nicht gewählt worden, weil er den Vorwurf hat auf sich sitzen lassen, daß er käuflich sei, und daß er die ihm anvertrauten Interessen gegen einen guten Preis verraten habe."

Herr Tiag-Langhammer läßt jetzt erklären, daß er gegen Dr. Zöphel und gegen Zeitungen, die dessen Schreiben veröffentlichten, Klage auf Grund der §§ 186, 187 und 200 des Strafgesetzbuches eingeleitet habe. In der Presse werde er auf erwähntes Schreiben nicht antworten. Da also Herr Langhammer nicht, wie im Prozesse Barthels-Chemnitz, wegen einfacher Beleidigung nach § 185, sondern wegen Beleidigung und Verleumdung nach § 186 und 187 klagt, so wird wohl jetzt endlich einmal die Tiagaffäre klargestellt werden.

* * *

Zittau. Der Stadtrat bewilligte 1 238 536 Mark zur Erweiterung der Ueberlandleitung des städtischen Elektrizitätswerks. Es sollen die in der Amtshauptmannschaft Löbau gelegenen Orte Ruppersdorf, Neundorf, Dittersbach und Kiesdorf, Ober- und Niederrennersdorf, Berthelsdorf, Strahwalde, Herwigsdorf, Ottenhain, Bischdorf, Kemnitz, Sohland, Alt-Bernsdorf, Berzdorf, Wendisch-Kunnersdorf, Wendisch-Paulsdorf, Rosenhain, Dolgowitz, Walbitz, Georgewitz, Unwürde, Kittlitz, Karlsbrunn, Ohla und Breitendorf mit elektrischer Energie versehen werden.

Mittweida. Ueber das Vermögen des sozialdemokratischen Stadtverordneten Johannes Fischer, der auch bei den letzten Landtagswahlen als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt war, ist der Konkurs veröffentlicht worden. Fischer bewirtschaftete ein Obstgut. Nach bürgerlichen Preßmeldungen hat

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fischer an der Börse spekuliert und nicht nur sein eigenes Vermögen verloren, sondern auch ihm anvertraute Gelder Dritter verspekuliert hat. Fischer war früher einmal Bankbeamter. Die Erregung gegen ihn soll allgemein sein, was sich begreifen läßt, wenn die Preßangaben in vollem Umfange richtig sind. Fischer soll die Stadt verlassen haben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Ehe des Fabrikarbeiters Dreßler in Eibau war in Bautzen geschieden worden. Am Nachmittag des Scheidungstages begleitete der Mann seine geschiedene Frau von Neugersdorf nach Eibau. Unterwegs gerieten beide in Streit, der damit endigte, daß der Mann einen Revolver zog und die Frau durch sechs Schüsse tot niederstreckte. Als ihn einige Landleute verfolgten, lief er auf einen nahen Teich zu, sprang hinein und ertrank. Das Ehepaar stand in den 30er Jahren. — Auf der Hauboldstraße in Chemnitz wurde dadurch ein größerer Menschenauflauf verursacht, daß ein geisteskranker junger Mann, der auf ärztliche Anordnung mittels Krankenwagens nach der Nervenheilanstalt gebracht werden sollte, bei Ankunft des Wagens zu einem Fenster des dritten Obergeschosses heraus auf das Dach entfloh. Um des Unglücklichen habhaft zu werden, mußte die Feuerwehr gerufen werden, der es gelang, ihn auf dem Dache festzunehmen und durch ein Dachfenster nach unten zu bringen, worauf die Ueberführung nach genannter Anstalt erfolgte. — In Chemnitz fand ein Wohnungsinhaber bei seinem Nachhausekommen die Küche mit Gas angefüllt und seine 53jährige Wirtschafterin bewußtlos auf der Diele liegend vor. Durch die Rettungswache wurde die Bewußtlose mittels Anwendung des Sauerstoffapparats wieder ins Leben zurückgerufen. Wie sich ergab, war die Frau beim Weglegen des Kehrbesens unversehens mit dem Stiel dem Gashahn der Küchenlampe zu nahe gekommen. Der Hahn war dadurch aufgedreht worden, so daß das Gas ausströmen konnte. — Der 15jährige Fabrikarbeiter Vogel aus Bockau wurde in Aue, als er auf dem Rade den Brauhausberg hereinfuhr, plötzlich unwohl, noch ehe er das Rad zum Stehen bringen konnte, und stürzte so unglücklich herunter, daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde von Arbeitern zu einem Arzte gebracht, der eine Gehirnerschütterung konstatierte. — In Mügeln ist dem Wirt des Kellerhauses die Konzession entzogen worden, weil sowohl er, als auch seine Ehefrau, vor mehreren Wochen wegen Kuppelei zu Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Das Kellerhaus war das einzige Lokal, das der Arbeiterschaft zur Verfügung stand.

Aus den Nachbargebieten.

Zu den Altenburger Landtagswahlen.

Im Anhalter Volksblatt war am 28. April über die Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg u. a. zu lesen:

„In Sachsen-Altenburg werden 9 Abgeordnete von den Höchstbesteuerten gewählt. **Drei Abgeordnete gehen aus der Landwirtschaftskammer, Handelskammer und Handwerkskammer hervor. Ein Vertreter der Arbeitskammer soll später hinzukommen.** Die übrigen 21 werden in geheimer direkter Wahl in 7 Wahlbezirken in der Weise gewählt, daß die Wähler in drei Klassen wählen, jede Klasse, nach Steuerleistung gedrittelt, je einen Abgeordneten. Auf dem Lande gibt es vier, in den Städten drei solcher Wahlbezirke, oder also zwölf ländliche und neun städtische Abgeordnete."

An dieser Mitteilung ist so ziemlich alles falsch. Richtig ist die Angabe der Zahl der Abgeordneten der Höchstbesteuerten der Wahlbezirke und der Drittelung der Wählerklassen. Falsch ist die Angabe, daß die Handwerkskammer, die Handelskammer, die Landwirtschaftskammer und die Arbeitskammer je einen Abgeordneten wählen. Falsch ist auch die Angabe, die sich in dem gleichen Artikel befindet, daß der Landtag aus 33 Abgeordneten besteht. Er besteht nur aus 32. Eine Arbeitskammer besteht gar nicht. Falsch angegeben ist auch die Zahl der ländlichen und städtischen Abgeordneten. Das Land wählt 18 und die Städte 14 Abgeordnete.

Es wäre von Interesse, zu erfahren, wer das Anhalter Volksblatt in dieser Weise informiert hat. Was man in Anhalt über die Wahl von Abgeordneten durch die verschiedenen Kammern in Altenburg berichtet, war ein Wahlreformprojekt der altenburgischen Staatsregierung, das aber einmütig von allen Parteien abgelehnt wurde. Daraufhin stimmte der Landtag einem Antrag aus seiner Mitte zu, nach dem der zweiten und dritten Abteilung in der Stadt Altenburg je ein zweites Mandat zuerkannt wurde. Es ist daher auch nicht richtig, was im Anhalter Volksblatt über die Zahl der von den einzelnen Klassen zu wählenden Abgeordneten gesagt wird. Die Zusammensetzung des Altenburger Landtags ist folgende: 9 Vertreter der Höchstbesteuerten, 7 Vertreter der ersten Abteilung und je 8 Vertreter der zweiten und dritten Abteilung. Es ist also so ziemlich alles anders, als wie es im Anhalter Volksblatt zu lesen ist.

„Hetzer" und „Aufwiegler".

Am 6. März fand in Streckau-Luckenau eine Wahlrechtsversammlung statt, der sich ein Spaziergang anschloß. Der letztere soll nach behördlicher Weisheit ein Demonstrationszug gewesen sein. Die Genossen Oelßner-Weißenfels, Gabler und Hündt-Streckau wurden von dem Amtsgericht Zeitz unter Anklage gestellt. Oe. soll nach Aussage zweier Gendarmen in seiner Rede zur Teilnahme an dem „Zuge" aufgefordert haben. Der Amtsanwalt zog die Berliner Verurteilungen heran, dort seien die Hetzer (!) und Aufwiegler (!!) zu sechs Wochen verurteilt, er wolle sich jedoch mit 8 Wochen für jeden begnügen. (So ein Gemütsmensch!) Es sei festgestellt, daß die Führer die Gewalt über die Massen verlieren, sobald diese sich auf die Straße begeben.

Eine derartige Feststellung kann auch nur noch ein Zeitzer Amtsanwalt machen, der weder die Berliner Vorgänge am 10. April kennt, noch größere politische Blätter liest.

Die drei „Hetzer" wurden vom Schöffengericht zu je 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Richter haben es also noch billiger gemacht wie der Amtsanwalt, haben sich also wohl die Logik des Amtsanwalts nicht in allen Teilen zu eigen gemacht. Durch Einlegung von Berufung muß aber auch dem Gerichte gezeigt werden, daß es mit seinem Urteile zu weit gegangen ist, indem es einen harmlosen Spaziergang zu einem Demonstrationszuge machte.

Eisleben. Während des Bergarbeiterkampfes im Mansfeldischen wollte der Bergarbeiter Hering, der die weiße Binde des Ordnungsmannes am Arme trug, das Gebiet der Kupferkammerhütte durchschreiten. Ein Musketier, der mit seinen Kameraden in Hettstedt zur Unterstützung von Polizei und Gendarmen untergebracht war, untersagte ihm dies gemäß einer Weisung seines militärischen Vorgesetzten. Zum mindesten sollte H. die Binde abnehmen. Da er nicht Folge leistete, wurde er festgestellt. Die Strafkammer verurteilte ihn zu neun Mark Geldstrafe wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 24. April 1907, wonach den zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit des Volkes auf öffentlichen Wegen und Straßen ergehenden Anordnungen von Polizeibeamten und Gendarmen Folge zu leisten ist. Die Strafkammer erklärte die Soldaten für Polizeihilfsbeamte. Das Kammergericht hob am 28. April das Urteil auf und sprach den Angeklagten aus demselben Grunde frei, wie kürzlich einen Streikposten aus dem Mansfeldischen, der auch der Anordnung eines Soldaten zuwider gehandelt hatte. Der Senat geht davon aus, daß Soldaten überhaupt nicht geeignet sind, Anordnungen im Sinne von Polizeiverordnungen, wie hier eine vorliege, zu treffen, ganz abgesehen davon, daß sie weder Polizeibeamte noch Gendarmen seien, von denen nur die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten spreche. Deshalb brauchte auch im vorliegenden Falle die Anordnung des Musketiers nicht befolgt zu werden.

Jena. Der Gemeinderat hat den Antrag der Fleischerinnung auf Errichtung eines Innungsschlachthauses abgelehnt und die Erbauung eines städtischen Schlachthofes beschlossen. Hierfür sind in der neuen Viermillionenanleihe bereits 400 000 Mk. vorgesehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die englischen Eisenbahner und die Schiedsgerichte.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Amalgamated Society of Railway Servants (Vereinigte Gesellschaft der Eisenbahner) zeigt, daß im vergangenen Jahre die Zahl der Mitglieder um 6750 zurückgegangen ist und gegenwärtig 73 571 beträgt. Die Abnahme der Mitgliederzahl wird zum Teil auf die zahlreichen Entlassungen, die im Verlauf des Jahres stattgefunden haben, zurückgeführt. Sie betrafen hauptsächlich das untere Personal. Die Jahreseinnahmen betrugen insgesamt 1 875 280 Mk., gegenüber 2 041 540 Mk. im Jahre 1908, wovon 1 340 280 Mk., gegenüber 1 452 340 Mk. im Jahre 1908 aus Mitgliederbeiträgen. Demgegenüber waren die Ausgaben höher als im Jahre 1908, nämlich 1 769 140 Mark. Der größere Teil der Ausgaben wurde von den Organisationskosten und Parlamentsdiäten verschlungen. Dann folgten: Arbeitslosenunterstützung mit 180 340 Mk., gerichtliche und sonstige juristische Ausgaben mit 282 140 Mark, Streik, Aussperrung und hauptsächlich Schiedsgerichtskosten mit 324 100 Mk., Waisenunterstützung mit 188 120 Mk. und Krankenunterstützung mit 44 680 Mk. Der Wert der verschiedenen Kapitalien und Effekten betrug am Ende des Berichtsjahres 8 585 460 Mk., die der Gewerkschaft 246 820 Mk. an Zinsen einbrachte. Die Lage der Gewerkschaft ist eine wenig erfreuliche. Die Gesamtzahl der Eisenbahner im Vereinigten Königreich beträgt etwa 200 000, und nur ein Bruchteil davon ist organisiert. Außerdem hat die Gewerkschaft noch mit anderen kleineren Organisationen zu konkurrieren. In der Vergangenheit war ihr Führer Richard Bell, ein waschechter Liberaler, der vom Klassenkampf nichts wissen wollte und der, als die Arbeiterschaft vor einigen Jahren endlich einmal in Aufruhr gegen die Eisenbahngesellschaften geraten war, mit den letzteren ein Abkommen auf die Einrichtung von obligatorischen Schiedsgerichten schloß. Die Arbeiter haben jetzt dieses Abkommen schwer zu bereuen, da es seinerseits sie in die Hände der Gesellschaften ausgeliefert hat und anderseits den Gedanken von der Notwendigkeit der Organisation tief diskreditierte. Die Abnahme der Mitgliederzahl darf eben diesem Umstande zugeschrieben werden. Allerdings hat der gegenwärtige Vorsitzende der Gewerkschaft, der Generalsekretär J. E. Williams, jetzt energische Schritte unternommen, um mit Hilfe von zahlreichen Organisatoren neue Mitglieder zu werben.

Leipzig und Umgebung.

Die Ursachen der Stellenlosigkeit der Steinschleifer.

Nachdem schon am 16. Februar eine Schleiferversammlung zu der großen Arbeitslosigkeit im Berufe Stellung genommen hatte, in der Kollege Schulze an der Hand von drastischen Beispielen nachwies, daß man zu der Ansicht gelangen muß, es handle sich um eine systematische Aussperrung der Steinschleifer, vor allen Dingen durch die Schutzverbandsfirmen, befaßte sich auch die Schleiferversammlung am 20. April mit diesem leidigen Thema. Kollege Helbig als Referent wies auf die große Arbeitslosigkeit im Berufe hin, von der 20 Prozent der Mitglieder betroffen würden. Die Schuld daran trage die Ignorierung des paritätischen Arbeitsnachweises durch die Prinzipale. Von den verschiedensten Firmen, darunter Eschebach u. Schäfer, Pinkau, Ed. Gäbler, Merker u. Niklitzsch usw. seien Schleifer unter Umgehung des Arbeitsnachweises eingestellt worden. Einen großen Teil der Schuld an diesem unleidigen Zustand trage auch das Anlernen neuer Leute durch die Kollegen.

In der Firma Merker u. Niklitzsch mußten zwei Kollegen aus Dank dafür, daß sie neuen Leuten die „Kunstbegriffe" des Schleiferberufs beigebracht hatten, ihr Bündel schnüren. Ferner wurde die Handlungsweise der Firma Prescher einer Kritik unterzogen. Die dort beschäftigten Kollegen forderten tarifliche Entlohnung. Die Antwort war die Kündigung des Vertrauensmannes. Die Kollegen, die noch unter dem Tarif arbeiten, werden ersucht, dies der Verwaltung mitzuteilen, damit in dieser Sache Schritte unternommen werden können.

In der Diskussion verurteilten sämtliche Redner das Anlernen neuer Leute. Kollege Schulze wies auf das Verhalten der Kollegen in der Firma Eschebach u. Schäfer hin, die durch Leistung von je 9—400 Mark jährliche Ueberstunden einen vierten Mann ersetzen. Auch er verurteilt das Anlernen neuer Leute auf das entschiedenste, denn dies muß logischerweise eine immer größere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Er unterbreitet der Versammlung einen beim Tarifschiedsgericht einzureichenden Antrag, der da lautet: „Solange mehr als drei Schleifer arbeitslos sind, ist das Anlernen neuer Leute zu unterlassen." Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Kollege Schulze wünscht, daß die Steinschleifer infolge Ueberfüllung des Berufs auch andre tariflich bezahlte Stellungen annehmen; diesem Verlangen wird nicht widersprochen, nur zur Nachtarbeit konnten sich einige Kollegen nicht verstehen.

Verband der Buch- und Steindruck-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, Zahlstelle Leipzig.

Achtung, Fleischergesellen!

Der Unterelbische Bezirksverein im Deutschen Fleischer(Meister)-Verbande hat am Donnerstag, den 28. April, beschlossen, sämtliche im Zentralverbande organisierten Fleischergesellen im obengenannten Bezirk auszusperren. Es handelt sich um einen Konflikt der Ortsverwaltung Hamburg mit der dortigen Innung und zwar wieder nur wegen der Anerkennung der Organisation. Genannter Bezirksverein erklärte sich in einer Sitzung am 28. April mit der Hamburger Innung solidarisch, und deshalb obiger Beschluß. Die Kollegen sehen, wie die Unternehmer verstehen, Solidarität zu üben, und da es leicht möglich ist, daß dieser Konflikt zu einem ernsten Kampfe auswachsen kann, fordern wir die Kollegen auf: **Uebt auch Ihr Solidarität, zeigt den Unternehmern, daß Ihr nicht gewillt seid, für Judaslohn Raußreitherdienste zu leisten. Meidet Hamburg und haltet jeden Zuzug von Arbeitswilligen nach dort fern.**

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen
Ortsverwaltung Leipzig.

Deutsches Reich.

Differenzen im Hamburger Holzgewerbe.

Im Hamburger Holzgewerbe scheinen sich ernste Differenzen vorzubereiten und zwar wegen des Arbeitsnachweises. Bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1908 wünschten die Arbeiter des Hamburger Holzgewerbes die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die Unternehmer lehnten dieses strikte ab, erklärten sich jedoch bereit, den Innungsnachweis derartig zu reorganisieren, daß den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen sei. Die Arbeiter reichten hierauf ein Regulativ ein, über das auch in mehreren Sitzungen mit der Leitung der Unternehmer beraten wurde. Zu einer Verständigung kam es jedoch nicht, weil die Unternehmer die Verbesserungsvorschläge der Arbeiter rund ablehnten und vor allen Dingen darauf bestanden, daß Entlassungsscheine allgemein durchgeführt werden sollten. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes wies insbesondere diese Zumutung energisch zurück und erklärte, auf ihren Vorschlägen beharren zu müssen. Zu einer Einigung über das Regulativ kam es damals nicht und so führte jede Partei ihren eigenen Arbeitsnachweis weiter. Vor einiger Zeit wurden nun die Arbeitskräfte in Hamburg sehr rar und der Vorstand der Hamburger Tischlerinnung verlangte, daß der Holzarbeiterverband die nötigen Arbeitskräfte heranziehen soll, um den Bedarf auf dem Innungsnachweis zu decken. Man ging sogar soweit, zu verlangen, daß alle Arbeitskräfte, die sich auf dem Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes meldeten, dem Innungsnachweis überwiesen werden sollten. Dies wurde von der Leitung des Holzarbeiterverbandes abgelehnt und den Innungsmeistern erklärt, daß sie jeden Bedarf an Arbeitskräften auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes zu decken in der Lage seien. Die Innung lehnte es nun wiederum ab, dort Arbeitskräfte zu bestellen, worauf der Holzarbeiterverband beschloß, den Innungsarbeitsnachweis zu sperren. Die Hamburger Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes hat nun die Mitglieder verpflichtet, nur den Nachweis des Holzarbeiterverbandes zu besuchen, hat auch das Umschauen in Hamburg untersagt. Davon sind nun allerdings die Unternehmer in Hamburg nicht besonders erbaut und ist es nicht ausgeschlossen, daß die Differenzen mit dem Arbeitsnachweis sehr bald weitere Maßregeln nach sich ziehen werden, worauf die Holzarbeiter Deutschlands hierdurch verwiesen sind.

Zur Aussperrung der Dachdecker im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Bereits am 23. April verkündete die Kölnische Zeitung, daß laut Beschluß einer Vertreterversammlung der Dachdeckermeister im Industriegebiet 3000 Dachdecker ausgesperrt werden. Am 28. April berichtet die Gelsenkirchener Zeitung, daß 620 Dachdecker im genannten Gebiet ausgesperrt sind. Richtig ist, daß die Dachdeckermeister im Industriegebiet auf Drängen des Herrn Schmiedehaus vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe am 28. April mit der Aussperrung ihrer Arbeiter begonnen haben und daß ausgesperrt sind: in Essen 95, Dortmund 80, Bochum 38, Duisburg 40, Gelsenkirchen 18, Herne 13 und Witten 13 Mann vom Zentralverband der Dachdecker; außerdem noch 9 christlich Organisierte und 18 Unorganisierte, im ganzen 319 Mann. Es arbeiten noch in den genannten Orten 112 Dachdecker. Eine Anzahl Orte haben sich dem Aussperrungsbeschluß nicht gefügt. — Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem der rheinisch-westfälische Dachdeckermeisterverband als Mitglied angeschlossen ist, hätte das berüchtigte Vertragsmuster auch den Dachdeckern zugesandt und um dessen Anerkennung ersucht. In den Verhandlungen verlangten die Unternehmer, daß die Arbeitervertreter innerhalb 48 Stunden Bescheid geben sollten, welchen Standpunkt die Gehilfen einnehmen. In dieser kurzen Zeit war das den Arbeitervertretern nicht möglich, da sie erst in 20 Orten Versammlungen darüber befragen mußten; sie wollten in 14 Tagen Bescheid geben. Die Unternehmer warteten nicht so lange und sperrten einfach aus.

Ausland.

Chinesische Seeleute auf englischen Schiffen.

Eine Deputation des englischen Seemannsverbandes führte bei dem Handelsminister Sidney Buxton Klage über die stetig zunehmende Verdrängung englischer Seeleute durch billige chinesische Arbeitskraft. Der Sekretär des Verbandes, Cathery, stellte fest, daß noch im Jahre 1905 die Zahl der in London angeworbenen chinesischen Seeleute nur 448 war; im Jahre 1907 war sie auf 1211, im Jahre 1909 sogar auf 2051 gestiegen. Die Ursache dieser Entwicklung ist natürlich die größere Genügsamkeit und Servilität der chinesischen Arbeiter. Während die europäischen Seeleute 30 Speisearten erhalten, bekommen die Chinesen nur 15. Auch ist es beispielsweise noch niemals vor-

Mittwoch Nachmittag 3 Uhr
Eröffnung im Goldenen Arm Petersstrasse 28
Jordan & Co
Spezialhaus für Handschuhe und sämtliche Herrenartikel.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gekommen, daß ein Chinese bei Unfällen sein gesetzliches Recht auf Schadenersatz beansprucht hätte.

Der Handelsminister Burton erklärte in seiner Antwort, auch er wünsche die Beschäftigung von chinesischen Seeleuten auf englischen Schiffen einzuschränken. Die Klagen der Deputation sollen untersucht und die zur Aufnahme in den Seedienst erforderliche englische Sprachkenntnis strenger als bisher verlangt werden. Freilich liegt die Gefahr sehr nahe, daß die strengere englische Sprachprüfung nicht nur chinesischen, sondern auch den nichtenglischen europäischen Seeleuten die Aufnahme auf englischen Schiffen erschweren wird.

Aus der Umgebung.

Mölkau. Mißstände in der Gemeinde. In einer für die Gemeinden Mölkau und Zweinaundorf abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Näther aus Mölkau über die ständige Wohnungsnot. Zur Frage der Beschleusung führte der Referent aus, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, die Beschleusung von Zweinaundorf endlich vorzunehmen. Das ganze Abfall- und Regenwasser wird jetzt in Tagerinnen nach dem im Innern des Orts liegenden Teich geführt, der gleich als Kläranlage dienen muß. Die Schlammgräben und Tagerinnen verbreiten im Sommer einen Geruch, der nicht gerade angenehm zu nennen ist. Auch wäre es notwendig, daß der Teich einmal geschlämmt würde, denn seit 15 Jahren ist nichts daran getan worden. Zum Schluß macht der Referent den Vorschlag, der Gemeinderat möge das der Gemeinde gehörige Land an eine gemeinnützige Baugenossenschaft zu annehmbarem Preise in Erbpacht geben, damit das Land nicht einmal der Privatspekulation in die Hände falle. Aus der Debatte, an der sich auch einige anwesende Gemeinderatsmitglieder von Zweinaundorf beteiligten, ging hervor, daß die Beschleusung vor allem bisher an dem Widerstand des Rittergutsbesitzers Dr. Seeger-Kelbe, der die Schleuse nicht in das Rietschkenbett auf dem Rittergutsareal legen ließ, und an der Finanzlage der Gemeinde gescheitert ist. Es ist jetzt ein neues Projekt vom Rat der Stadt Leipzig ausgearbeitet worden. Hoffentlich wird die Beschleusungsfrage bald gelöst werden. Bezeichnend waren auch die Ausführungen eines früheren Gemeinderatsmitgliedes, das erklärte, daß anläßlich einer Besichtigung, zu der ein Vertreter der Amtshauptmannschaft zugegen war, die Schlammgräben und Tagerinnen auf einen Wink von gewisser Seite den Tag vorher geräumt worden wären.

Böhlitz-Ehrenberg. Aus dem Gemeinderat. Der Achtuhrladenschluß tritt am 1. Mai in Kraft. — Von verschiedenen Bekanntgaben in der Wasserwerkssache wurde Kenntnis genommen. — Zwei Gesuche um Erlaubnis zur Karussellaufstellung wurden genehmigt. — Als Ortsrichter wurde Herr Sens verpflichtet. — Zur Ausstellung von Reisepässen wurde dem Gemeindevorstand Meyer die Befugnis erteilt. — Ein Schankkonzessionsgesuch von Kriegenherdt für die neuhergerichtete Kolonade wurde befürwortet. — Bei den Nahrungsmitteluntersuchungen am 15. März wurde von 30 Proben keine beanstandet. — Der Beschluß vom 23. Februar 1909 wegen Anschaffung eines Polizeihundes wurde aufgehoben. — Eine Verfügung der Amtshauptmannschaft über die Versicherungspflicht der Fleisch- und Trichinenbeschauer wurde bekannt gegeben und beschlossen, den jetzigen Fleischbeschauer Richter, der auch Gasthofsbesitzer in der Großen Eiche ist, nicht als Gemeindebeamten anzuerkennen. — Von der Verpflichtung des neugewählten Kassierers Härtel und der Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 1500 Mark wurde Kenntnis genommen. — In der Wegebaubeitragssache Schkölzigers, der sich weigerte, den Betrag von 75 Mark zu zahlen, fand eine Einigung statt. Es soll jedoch später noch ein weiterer Vertrag abgeschlossen werden. — Die Anfechtungsklage der Gemeinde in einer Besitzwechselabgabensache gegen Kurt Schilling ist abgewiesen worden. — Die Steuersache Reinhard Goepel soll nochmals verhandelt werden. — Von der Armensache Haferkorn wurde Kenntnis genommen. — Zum Schluß wurde der Haushaltungsplan für 1910, nach Befürwortung durch den Finanzausschuß, einstimmig genehmigt. Der Gesamtbedarf beziffert sich auf 113 359.18 Mark. An Deckungsmitteln sind 32 466.86 Mark vorhanden. Davon sind die Mehrbeträge an Deckungsmitteln bei der Armen-, Feuerlösch-, Schul- und Kirchgemeindekasse von zusammen 6165 Mark abzusetzen, die lediglich bei diesen Kassen zu verwenden sind, so daß 26 301.86 Mark als Gesamtsumme der Deckungsmittel und 87 057.32 Mark als ungedeckter Bedarf verbleiben. Der Fehlbetrag ist aufzubringen 1. durch die Gemeindeeinkommensteuer mit einem Zuschlag von 25 Prozent des Normalsteuersatzes, 2. durch die Grundwertsteuer, und zwar nach 1½ vom Tausend des Grundstückszeitwertes.

Oetzsch. In der Gemeinderatssitzung vom 29. April wurde mitgeteilt, daß die Bezirkssteuer für 1910 2150 Mk. beträgt. Das Ministerium hat in einer Mitteilung an die Amtshauptmannschaften erklärt, **daß es in der Hand der Gemeinden selbst liege, die Oeffentlichkeit bei den Gemeinderatswahlen einzuführen,** da die Landgemeindeordnung in dieser Hinsicht freien Spielraum ließe. — Aus dem dritten Nachtrag zur Ortsbauordnung wäre als wichtigstes mitzuteilen: Die Sammelgruben und Schlammfänger fallen in Zukunft weg. An Stelle der eisernen Zäune sind nach Gehör des Gemeinderates auch Zäune aus Holz zulässig. Die Fassaden der Häuser sind genehmigungspflichtig. Für Innehaltung dieser Bestimmung ist eine Kaution zu stellen. Soweit Bremer Häuser zugelassen werden, ist eine Bebauung anstatt mit 25 Prozent bis 40 Prozent gestattet. Ist in der 2. Bauzone (Miethäuser offener Bauweise) Aussicht vorhanden, daß ein ganzer Block mit Bremer Häusern bebaut wird, so ist dies in geschlossener Bauweise zulässig. Hiergegen stimmte unser Vertreter. In der dritten Bauzone (Villen) sind Läden, Gast- und Schankwirtschaften nicht zulässig. Alle Abgaben bei einem Neubau sind vor der Genehmigung des Baues an die Gemeinde zu zahlen. Als neuester Nachtrag zur Ortsbauordnung sind die Vorschriften über die Anlegung von Gartenkolonien zu verzeichnen. Die Angelegenheit hat den Gemeinderat schon einigemal beschäftigt und ist jetzt gegen die Stimmen des Herrn Schleusing und des Genossen Großmann zum Abschluß gelangt. Es wird bei der Anlegung einer derartigen Kolonie verlangt, daß die Genehmigung des Gemeinderats eingeholt und die Kolonie mindestens 40 Meter vom Nachbargrundstück entfernt ist. Für gutes Trinkwasser und genügende Bedürfnisanstalten ist zu sorgen. Ein Kinderspielplatz darf nur an der entferntesten Stelle vom Nachbargrundstück angelegt werden. Durch Viehhaltungen darf niemand belästigt werden. Die Ställe sind sauber zu halten. Lauben, Ställe usw. unterliegen denselben Bestimmungen wie Wohngebäude, das heißt, es muß die Genehmigung eingeholt und eine Zeichnung eingereicht werden. Ein Verstoß gegen diese Bestimmungen kann bis mit 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft werden. Diese Bestimmungen sind wohl einzig in ihrer Art. Die Mehrheit im Gemeinderat scheint noch nichts über die große hygienische Bedeutung der Gartenkolonien gehört zu haben, denn die Beschlüsse machen die Gründung von Gartenkolonien unmöglich. Das zeigt ein Blick auf den § 35 der Oetzscher Ortsbauordnung. Da heißt es u. a.: „Die Lageplänе müssen wenigstens im Maßstab 1 : 1000 gezeichnet sein und Aufschluß geben über die angrenzenden Nachbargrundstücke, die darauf vorhandenen Gebäude (insbesondre deren Bestimmungen und bauliche Beschaffenheit), Brunnen, Entwässerungsschleusen und Gruben, ferner die Namen der Besitzer und die Flurbuchs- bezw. Brandkatasternummer der Grundstücke, sowie die Straßen, Wege, Flußläufe und Straßenbreiten." Wer kann dem nachkommen? Eine weitere Anregung, im inneren Ortsteil und neben bebauten Grundstücken auf Bauplätzen das Aufhängen von Wäsche zu verbieten, fiel unter den Tisch. — An Stelle der elektrischen Oberleitung soll im Orte Kabel gelegt werden. Die Mehrkosten betragen zirka 13 000 bis 15 000 Mark. — Der Urlaub der Gemeindebeamten wurde wie im Vorjahre festgelegt. Das jedes Jahr zu wiederholende Gesuch fällt in Zukunft weg; der Urlaub wird ständig gewährt. — Eine Anregung des Lehrerkollegiums, die öffentlichen Impfungen nicht in einem Klassenzimmer der Schule vorzunehmen, da eventuell eine Infektion der Schulkinder eintreten könnte, fand keine Zustimmung. Es wurde durch Beschluß nach der Impfung das betreffende Zimmer desinfizieren zu lassen.

Oetzsch. Selbstmord. Am Dölitzer Wehr stürzte sich ein junger Mann in die Pleiße und verschwand sofort in den Fluten. Ein den Vorgang von weitem beobachtender Bauarbeiter konnte keine Hilfe mehr bringen. Der Lebensmüde wurde später ans Ufer gebracht. In dem Toten erkannte man den 18jährigen Handlungslehrling Emil Holzhausen aus L.-Sellerhausen. Außer einer Schülerkarte fand man bei ihm einen kurzen Brief vor, der die traurigen Beweggründe zum Selbstmord enthüllt. Das Portemonnaie des Toten enthielt 3 Pfg. und die einzelnen Teile einer wertlosen Taschenuhr.

Gaschwitz. Die neueingeführten Satzungen über die Aufbringung der Gemeinde-, Armen-, Kirchen- und Schulanlagen in der Gemeinde Gaschwitz sind von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden und liegen zur Einsicht im Gemeindeamte aus. An die Interessenten werden Druckexemplare abgegeben. Zur Deckung der Gemeindebedürfnisse sind für das Jahr 1910 11 405 Mk. aufzubringen. Nach dem Beschluß des Gemeinderates sind zu erheben: a) Gemeindegrundsteuer: 17 Pfg. auf je 1 Steuer-Einheit, b) Gemeinde-Einkommensteuer: nach 60 Proz. des Einheitssatzes nach Maßgabe des im laufenden Jahre neu aufgestellten Gemeinde-Einkommensteuerkatasters.

Paunsdorf. Der 3. Nachtrag zu dem Regulativ über die Aufbringung der Gemeinde-, Armen-, Kirchen- und Schulanlagen in der Gemeinde Paunsdorf ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden und tritt mit der Besteuerung für das Jahr 1910 in Kraft. Die Bestimmungen können im Gemeindeamt eingesehen werden.

Schkeuditz. Leichenfund. In der Luppe im Schkeuditzer Forst wurde der Leichnam einer unbekannten Frau aufgefunden. Die Tote war etwa 25 Jahre alt, ungefähr 1,75 Meter groß, von übernormaler Statur; sie hatte volles, rundes Gesicht, Stumpfnase, dunkles Haar, gute Zähne. Sie trug u. a. blaues Kostüm, weiße, blaugestreifte Bluse mit Stickereien, dunkelgrünen Unterrock, graues, blaugestreiftes Korsett, weiße Leibwäsche, schwarze lange Strümpfe, neue schwarze Schnürstiefel. Bisher konnte ihre Persönlichkeit nicht festgestellt werden.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Bereits quittiert	422.48
Von den Junggesellen der Holzarbeiter in der Versammlung am 26. April	2.40
Gemischter Chor Leipzig-Süd, Friedrichshallen	5.—
Mitgliederversammlung des Ortsvereins L.-Gohlis	8.78
Markranstädt, Th. H., 2. Rate	10.—
Freie Turnerschaft Möckern	3.35
Ein Kartograph	1.75
G. K., Stünz	2.—
Gesellenvereinstand der Leipziger Maschinenbaugesellschaft	3.—
Arbeiterturner Leipzig-Ost	—.50
Vergnügen der Freien Sänger, Stünz	7.70
Stammgäste und Wirt Zur Grenze, Leutzsch	5.30
Maifeier Eythra	8.40
Angerschlößchen, Robert hat gesungen	1.10
Otto Böckler, Anger	3.—
Summa:	484.76

Leipzig, 2. Mai 1910. Die Expedition.

Briefkasten der Redaktion.

Thekla 100. R. Sch. Darüber werden Ihnen Fachleute besser Auskunft geben können. Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft.

O. W., Erdmannshain. Ihr Eingesandt eignet sich nicht zur Aufnahme.

H. B., Hohwald. Das Krankengeld ist kein steuerpflichtiges Einkommen. Sie können mit Erfolg reklamieren.

K. W. Kommen Sie in unsere Sprechstunde

Auskunft in Rechtsfragen.

H. E. C. Wenn Sie die Kündigungsfrist versäumt haben, müssen Sie mindestens ein Jahr weiter zahlen.

K. S. Die Bekanntmachung entbindet Sie nicht von der Zahlungspflicht.

Hierdurch zeige ergebenst an, daß ich die **altrenommierte, seit 60 Jahren** bestehende

Fleischerei u. Wurstfabrik

des Herrn Fleischermstr. **Herm. Koch** in L.-Reudnitz

Kreuzstraße 41

käuflich erworben und am heutigen Tage übernommen habe.

Durch prompte Lieferung **nur bester Fleisch- und Wurstwaren** werde ich versuchen, das langjährig meinem Herrn Vorgänger geschenkte Wohlwollen der verehrten Kundschaft zu erwerben und bitte ich um freundlichen Zuspruch. [8967

Hochachtungsvoll

Franz Schöttner
Fleischermeister.

Ich lasse auf Wunsch **allabendlich** nach den Wünschen fragen, auch bitte ich sich meines Fernsprech-Anschlusses Nr. **5798** zu bedienen.

Jeden Posten Ware liefere ich **jeder Zeit schnellstens** ins Haus.

L.-Kleinzschocher Kreuz-Drogerie Dieskaustrasse 44
empfiehlt sämtliche ins Fach einschlagende Artikel zu den üblichen Tagespreisen. **Spezialität** in allen **Oel-** sowie trockenen **Farben,** auch **streichfertig** in jeder gew. Nüance. Alle Arten **Pinsel** usw. Bei vorkommendem Bedarf um gütige Berücksichtigung bittend, zeichnet ergebenst [8984*
M. Ehlers, Dieskaustraße 44.

Mareks Wanzenrotter
vernichtet **radikal alle Wanzen samt Brut.**
Paket 75 Pfg.
Pfund 2.— Mk.
Derselbe kann auch in die Schlemmkreide und den Roggenkleister vermengt werden.

Mareks Farben
sind bekannt als gut trocknend und nicht nachklebend
Fussboden-Oelfarbe streichfert. Pfd. **40** u. **50** ₰
Lackfarbe streichfert. Pfd. v. **60** ₰ an
Gartengrün Pfd. **25** u. **35** ₰
do. streichfert. Pfd. **35** u. **45** ₰

I. Geschäft: Eisenbahnstrasse 144. **Adolf Marek** II. Geschäft: Eisenstr. 67b, Ecke Körnerstr.

Kind.-u.Sportwag.,auchvorjähr. Akauf.Sieg.bill.i.AuerbachsHof.*

Aufpolstern u. Tapez. v. Zimm. Neusch., Konradstr.20, Schmidt.*

Täuschende Buttergleichheit

feines Aroma und milder, nußartiger Geschmack zeichnen die beliebten van den Bergh'schen Marken

«Palmkrone» und «Palmstolz»

— anerkannt feinste Pflanzenbutter-Margarine — aus. Größte Ersparnis gegen Naturbutter bei gleicher Verwendbarkeit. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Mai.

Geschichtskalender. 2. Mai 1519: Der italienische Künstler Leonardo da Vinci auf Schloß Clos-Lucé bei Amboise in Frankreich gestorben (* 1452). 1772: Der Dichter Friedrich von Hardenberg (Novalis) in Oberwiederstedt (Mansfeld) geb. († 1801). 1857: Der französische Dichter Alfred de Musset in Paris gestorben (* 1810). 1864: Der Komponist Giacomo Meyerbeer in Paris gestorben (* 1791). 1896: Der Dichter Julius Sturm in Leipzig gestorben (* 1816). 1899: Der Politiker und erste Präsident des Reichsgerichts Eduard von Simson in Berlin gestorben (* 1810).

•

Sonnenaufgang: 4,30, Sonnenuntergang: 7,25.
Mondaufgang: 2,21 vorm., Monduntergang: 9,56 vorm.

•

Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. Mai.
Nordwestliche Winde, wolkig, kühl, zeitweise Regen.

An die organisierte Arbeiterschaft Leipzigs

Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß zu Berlin hat den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien zugesichert und beschlossen: Die organisierten Arbeiter Deutschlands haben den Ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.

Im Anschluß an den ergangenen Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fordern auch wir die organisierte Arbeiterschaft Leipzigs auf, sich nach Kräften an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Die Vorstände der Gewerkschaften werden ersucht, in ihren Mitgliederkreisen diese Sammlungen umgehend in die Wege zu leiten. Sammellisten können von den Gewerkschaften entnommen werden.

Die Entnahme und Abrechnung der Listen kann an jedem Wochentage in der Zeit von 4 bis 8 Uhr im Warteraum des Arbeitersekretariats erfolgen. Besondere Zuwendungen der Gewerkschaften für die Ausgesperrten werden jedoch auch während der sonstigen Bureaustunden im Arbeitersekretariat, Zimmer 7, entgegengenommen.

Der Ausschuß des Gewerkschaftskartells Leipzig.

Der Bauarbeiterschutz in Leipzig und der Rat und die Stadtverordneten.

I.

Im Januar des Jahres 1905 richtete die Bauarbeiterschutzkommission eine Eingabe an Rat und Stadtverordnete zu Leipzig, in der gefordert wurde: den städtischen Baurevisoren zu den Baukontrollen praktisch erfahrene Bauarbeiter zur Seite zu stellen. So zahm nun diese Eingabe gehalten, und so minimal die gestellten Forderungen auch waren, die bürgerliche Mehrheit der Leipziger Stadtverordneten konnte sich doch nicht dazu aufschwingen, den Forderungen der Bauarbeiterschaft durch eine entschiedene Stellungnahme beim Rate den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Am 8. März 1905 fand die Eingabe in der Plenarversammlung der Stadtverordneten dadurch ihre Erledigung, daß sie durch Beschluß der bürgerlichen Mehrheit, dem Rate zur Kenntnisnahme überwiesen wurde. Ein solcher Beschluß bedeutet aber nicht mehr und auch nicht weniger, als daß die Eingabe der Bauarbeiterschutzkommission sang- und klanglos im Papierkorbe des Rates der Stadt Leipzig begraben wurde. Auf eine solche nicht mehr ungewöhnliche Art wurden die Forderungen von Tausenden von Leipziger Bauarbeitern nach einem wirksamen Schutz auf Bauten aus der Welt geschafft. Man kehrte sich auch vor nunmehr fünf Jahren schon den Teufel um den Schutz von Gesundheit und Leben von Tausenden von Leipziger Bürgern und Steuerzahlern.

Die bürgerliche Mehrheit im Leipziger Stadtverordnetensaale besaß schon damals nicht den Mut, dem Unternehmertum im Baugewerbe abzufordern, daß das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter unbedingt geschützt werden müsse. Der Rat der Großstadt sah sich aber auch nicht veranlaßt, nach der, ihm durch die Stadtverordneten zugemuteten Kenntnisnahme aus eigener Initiative heraus, im Verordnungswege einen wirksamen Bauarbeiterschutz herbeizuführen. Alles dies geschah lediglich im wohlverstandenen und wohlvertretenen Interesse des heiligen Unternehmerprofits. Wenn die Interessen des Geldsackes in Mitleidenschaft gezogen werden, so müssen die wirtschaftlich Schwachen unter der Profitgier des Unternehmertums ihre Haut und Knochen zu Markte tragen. Die Tausende von kärglichen Arbeiterexistenzen, die alljährlich auf dem Schlachtfelde der Arbeit hingemordert werden, im Interesse eines hohen Unternehmergewinns, fallen bei unseren verknöcherten Unternehmerprotzen nicht im geringsten ins Gewicht. Die Hauptsache ist und bleibt die Jagd nach Gewinn, und wenn der Weg dahin auch über ungezählte Arbeiterexistenzen geht.

Man komme uns aber ja nicht etwa mit dem Einwurf, daß wir im Reiche der Sozialreformen, eine Unfallversicherung haben, und daß deshalb im vorliegenden Falle kein öffentliches Interesse vorliege, einen wirksamen Bauarbeiterschutz durchzuführen.

Fast in all den Fällen, in denen die Ernährer der Familien durch Unfall ihre Erwerbsfähigkeit verlieren, fällt die Familie fast ausnahmslos der städtischen Armenfürsorge anheim. Das geschieht aus dem Grunde, weil die Unfallrenten immer ungenügend ausfallen, und deshalb zur Ernährung der Familien nicht ausreichen. Außerdem werden aber in vielen Fällen noch die Unfallrenten durch die Berufsgenossenschaften gekürzt oder doch zu kürzen versucht. In diesem Zusammenhange ist doch wohl ein öffentliches Interesse nicht abzuleugnen. Die Verwaltungsbehörden haben demnach eine unabweisbare Verpflichtung, einen wirksamen Bauarbeiterschutz durchzuführen.

Nach dem sang- und klanglosen Begräbnis der Eingabe von 1905 sah sich die Leipziger Bauarbeiterschaft veranlaßt, eine neue Eingabe an Rat und Stadtverordnete gelangen zu lassen. Darin wurden die Forderungen nach Bauarbeiterkontrolleuren von neuem in der eingehendsten Weise begründet. Ebenso wurde auf das, der Eingabe von 1905 beigegebene Begründungsmaterial hingewiesen. Trotz alledem konnten sich auch diesmal unsere bürgerlichen Stadtväter nicht dazu verstehen, wirksam in die Misere des Bauarbeiterschutzes einzugreifen. Ein günstiger Umstand führte in der Ausschußberatung dazu, einen Beschluß herbeizuführen, wonach die neuere Eingabe der Bauarbeiterschutzkommission dem Rate zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Dieser Beschluß bedeutet aber nach den Gepflogenheiten im Leipziger Stadtverordnetensaale die beste Zensur, die eine Eingabe überhaupt erhalten kann. Nach einem solchen Beschlusse der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten war dann der Rat der Stadt Leipzig in die Lage versetzt, nach dieser oder jener Seite hin Farbe zu bekennen. Eine Ablehnung des Beschlusses der Stadtverordneten war dann nicht so leicht zu begründen. Der Beschluß der Ausschüsse, die Eingabe dem Rate zur Berücksichtigung zu überweisen, war aber ganz und gar nicht nach dem Geschmack der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit. Man setzte deshalb Himmel und Hölle in Bewegung, diesen Beschluß zu Falle zu bringen. Das menschenmöglichste wurde hierbei von den sogenannten Mittelständlern geleistet. Daß man aber einen Beschluß von zwei Ausschüssen so mir nichts dir nichts über den Haufen werfen konnte, ging nicht so ohne weiteres. Es mußte deshalb ein diplomatischer Schachzug verübt werden, wozu sich ihn mit auszuführen ein sonst sehr vernünftiger Stadtverordneter bereit fand. Es war dies das damalige Stadtverordnetenmitglied Baumeister Rost. Dieser Herr war als Vorsitzender des Hochbauausschusses zugleich Berichterstatter für beide Ausschüsse in der Plenarsitzung vom 3. Juni 1908. Durch die Ausführungen verschiedener Redner der bürgerlichen Parteien sah sich Herr Rost veranlaßt, zu bemerken, daß dem Rate anheimgegeben werde, über die vorliegende Eingabe in jahrelange Erwägungen einzutreten. Dieser Antrag war eine weit mildere Form als die Ausschüsse beschlossen hatten, und legte dem Rate keinerlei Verpflichtungen auf. Für den Antrag des Herrn Rost fand sich denn auch bei der Abstimmung eine Mehrheit. Durch diesen Beschluß wurde die Eingabe der Bauarbeiterschutzkommission ein etwas ehrenvolleres Begräbnis zu teil als ihrer Vorgängerin vom Jahre 1905.

Der Rat war nun in der Lage, zu erwägen, was wohl mit der Eingabe anzufangen sei. Die Erwägungen des Rates dauerten nun, wie vorauszusehen war, volle 1½ Jahre. Vom 3. Juni 1908 bis zum 27. Dezember 1909, an welchem Tage die Rückäußerung des Rates auf den Beschluß der Stadtverordneten, beim Bureau desselben einging, hörte man nichts über den Lauf der Dinge und welche Behandlung die Eingabe im Ratskollegium erfahren habe. Diese Rückäußerung des Rates lag von dem genannten Zeitpunkte bis zum Anfang April 1910 in beschaulicher Ruhe im Schoße der Stadtverordneten. An der Behandlung der Rückäußerung konte man schon die Eile und das Interesse erkennen, mit welchen die bürgerlichen Stadtverordneten an die Beratung dieser Materie heranzutreten gesonnen waren. Es handelte sich ja auch bei dieser Angelegenheit nicht um Hilferufe aus den besitzenden Klassen, sondern es handelte sich hierbei um den Schutz der Arbeitskraft, um den Schutz von Gesundheit und Leben von Tausenden von Arbeitern, die im Leipziger Baugewerbe tätig sind. Diese Tausende von Arbeitern sind allerdings in dieser Beziehung schon etwas gewöhnt und deshalb kam es wohl auch den bürgerlichen Stadtvätern auf einige Wochen mehr oder weniger Wartenlassens durchaus nicht an.

Wie stellte sich nun der Rat in seiner Rückäußerung zur Eingabe der Bauarbeiterschutzkommission? Der Rat hat sich die Begründung seines ablehnenden Bescheides ziemlich leicht gemacht. Man erklärt einfach: „Die auf die neuerliche Eingabe (der Bauarbeiterschutzkommission. D. V.) angestellten Erörterungen haben zu demselben Ergebnis geführt! (Wie diejenigen, die auf die Eingabe vom 10. Juni 1905 der genannten Kommission angestellt worden sind. D. V.) Auch sie (die Erörterungen. D. V.) haben uns nicht von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Anstellung von Arbeiterbaukontrolleuren überzeugen können. Weiter wird in der Rückäußerung des Rates ausgeführt: „Es ist daher als vollkommen ausreichend und zweckmäßig anzusehen, daß die Kontrolle über das Vorhandensein der Schutzvorrichtungen neben den städtischen Baurevisoren von den Beamten der Wohlfahrtspolizei ausgeübt wird, wie wir es angeordnet haben." Gemeint sind damit die vom Rate unter dem 25. Juli 1908 erlassenen Bauarbeiterschutzbestimmungen. Diese Bestimmungen enthalten zwar kleine Verbesserungen gegenüber den früheren unhaltbaren Zuständen auf den Bauten, treffen aber keineswegs das, was von der Bauarbeiterschaft zum Schutze von Gesundheit und Leben als unbedingt erforderlich bezeichnet wurde. Bevor der Rat die Behauptung aufstellte, daß die gegenwärtige Baukontrolle durch die städtischen Baurevisoren und Wohlfahrtspolizeibeamten als genügend anzuerkennen sei, hätte er sich die Vorkommnisse, wie sie in den verschiedensten Anzeigen an das Baupolizeiamt geschildert worden sind, etwas näher ansehen müssen. Wenn nach der Behauptung des Rates die Baukontrolle gut sein soll, so hätte es unter keinen Umständen vorkommen dürfen, daß bei der Aufführung eines Neubaues in der Pariser Straße im Jahre 1907, für die Erkervorbauten „eine baupolizeilich nicht konzessionierte Eisenkonstruktion" verwendet werden konnte.

Beiläufig bemerkt, war die zur Verwendung gekommene Eisenkonstruktion nicht den statischen Berechnungen entsprechend. Diese Konstruktion war für die auf derselben aufzubauende Belastung viel zu schwach. Bezeichnend für das städtische Institut der Baurevision ist, daß Laien im Baufach auf die zu schwache Eisenkonstruktion aufmerksam wurden und Anzeige erstatteten, während die praktisch und technisch vorgebildeten städtischen Baurevisoren, die vorhandenen Mängel dieser Konstruktion nicht bemerkt hatten. Es kann demnach in allewege nicht von einer genügenden städtischen Baukontrolle gesprochen werden.

Wenn es unter den obwaltenden Umständen vorkommen kann, daß in einer solchen Art mit der Gesundheit und dem Leben der auf solchen Neubauten beschäftigten Arbeiter gespielt wird, so ist eben die von den städtischen Baurevisoren ausgeübte Baukontrolle keineswegs ausreichend. Durch eine derartige leichtfertige Handlungsweise der in Betracht kommenden Bauunternehmer wird aber nicht nur das Leben und die Gesundheit der auf dem Baue tätigen Arbeiter gefährdet, sondern das Leben und die Gesundheit der späteren Bewohner solcher Häuser befindet sich in einer ständigen Gefahr. Folglich liegt unbedingt ein öffentliches Interesse vor, und es muß unter allen Umständen von den Verwaltungsbehörden gefordert werden, rücksichtslos bessernd einzugreifen.

Das lukrative Milchgeschäft.

Es vergehen nicht viel Tage, an denen nicht irgendein Milchpantscher vor seinen Richtern erscheinen muß. Der Milchhändler Robert Gerhard Lochmann aus Podelwitz war verdächtig geworden, weil er einen schwunghaften Handel mit Sahne getrieben hatte. Am 29. Dezember wurde er daher durch zwei Ratsdiener scharf observiert. Sie stellten fest, daß L. 27 Liter Vollmilch und 98 Liter Magermilch nach der Stadt gebracht hatte. Sie gingen dem L. nach und nahmen bei dessen Kunden einige Proben, um sie zu untersuchen. Es stellte sich heraus, daß die von L. als „Vollmilch" verkaufte Ware in drei Fällen nur 2,75, 2,40 und 1,75 Prozent Fett enthielt, also weit hinter dem vorgeschriebenen Fett-Prozentsatz für Vollmilch zurückblieb. Die Ratsdiener faßten L. gegen Mittag bei seiner Heimkehr an der Stadtgrenze nochmals ab, wo der Sohn des Lochmann schließlich auch eingestand, Vollmilch mit Magermilch verschnitten als Vollmilch verkauft zu haben. Lochmann der Vater meinte zu seinem Sohn: Wenn du so etwas sagst, mußt du es auch verantworten. Als die Ratsdiener L. fragten, was ihm lieber sei: ob sie bei seinen sämtlichen Kunden nachfragen sollten, oder ob er gleich eingestehen wolle, bequemte sich L. dazu, zu beteuern, wenn solche Pantschereien vorgekommen seien, so wären seine Kinder daran schuld und es könne nur ein Versehen vorliegen. Er gab auch den Ratsdienern zu, daß die Milch, die er wieder mit heimbringt, am nächsten Tage mit der frischen Milch zusammengegossen wird; das machten alle Milchhändler so!

Vor Gericht, des Betrugs angeklagt, bestritt L. alles. Der Sachverständige, Direktor Dr. Röhrig, stellte fest, daß bei dem Umfange des Geschäfts des Angeklagten bei reellem Geschäftsgebaren ein jährlicher Nutzen von 3100 Mk. herauskomme. Bei der unreellen Handhabung des Angeklagten jedoch ziehe dieser noch jährlich mindestens 3000 Mk. widerrechtlichen Gewinn aus seinem Geschäft, nämlich 1800 Mk. aus der Magermilch, die er für den doppelten Preis als Vollmilch verkauft, und 1200 Mk. Gewinn aus der Sahne.

Der Angeklagte wurde zu 300 Mk. Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah noch einmal von Gefängnisstrafe ab, indem es hoffte, daß der Angeklagte in Zukunft reell sein und bleiben werde.

Die Maifahne und die Polizei. Die sächsische Regierung zeigte in diesen Tagen vernünftige Anwandlungen, indem sie durch eine Verordnung bekannt gab, daß künftighin das Tragen von roten Abzeichen gänzlich ignoriert werden solle. Die Polizei aber scheint das dringende Bedürfnis zu fühlen, den Nachweis zu liefern, daß sie klüger ist als die sächsische Regierung. Denn als gestern früh an verschiedenen Stellen der Stadt, auch am Volkshaus, Fahnen ausgehängt wurden, die vorwiegend rot gehalten waren, stürzten Polizeibeamte wie die Besessenen darauf zu, um sie zu entfernen. Auf dem Elektrizitätswerk in Dölitz flatterte ebenfalls eine Fahne lustig im Winde. Hier mußte die Polizei sogar die Feuerwehr zu Hilfe rufen, um das Wahrzeichen revolutionärer Gesinnung zu beseitigen. Stolz nahm der Gemeindepolizist die Fahne aus den Händen eines Feuerwehrmanns entgegen, wickelte sie fein säuberlich zusammen und trug sie auf das Gemeindeamt, beseelt von dem hohen Gefühl, mit dieser heroischen Tat den Staat gerettet zu haben. Denn Leipzig würde nach dem 1. Mai nicht mehr auf dem alten Flecke stehen, wenn — die Polizei nicht wäre.

Gefundene Gegenstände, die gestern beim Maikomitee abgegeben wurden, sind an der im Inseratenteile angegebenen Stelle abzuholen.

Freiwilliger Samariterverein. Der freiwillige Samariterverein hatte, wie alljährlich, so auch gestern, den Dienst auf dem Festplatz in Stötteritz versehen lassen. Seine Hilfe wurde in 15 Fällen notwendig.

Der Ballon Leipzig unternahm gestern bei günstigem Wetter abermals einen Aufstieg. In der Gondel hatten vier Personen Platz genommen. Der Ballon flog in der Richtung nach Südost und blieb infolge Windstille längere Zeit über Stötteritz stehen. Nachmittags 5 Uhr landete der Ballon glatt bei Dobra in der Amtshauptmannschaft Großenhain.

Der Halleysche Komet ist gestern wiederum von der Universitätssternwarte beobachtet worden. Er war von ¼4 bis ¼5 Uhr sichtbar. Dann machten aufsteigende Wolken die fernere Beobachtung unmöglich.

Die Impftermine und Impflokale werden vom Rat der Stadt Leipzig bekannt gegeben. Es müssen im Laufe dieses Jahres der Impfung unterzogen werden: 1. diejenigen Kinder, a) die im Jahre 1909 geboren sind, b) die in früheren Jahren geboren sind und nach dem Impfgesetze schon vor dem laufenden Jahre impfpflichtig waren, jedoch bis zum Jahre 1909 der Impfpflicht noch nicht vollständig genügt haben, erfolglos geimpft worden sind oder wegen Krankheit nicht geimpft werden konnten; 2. diejenigen Zöglinge von öffentlichen Lehranstalten und Privatschulen, a) die im Jahre 1898 geboren sind, b) die in früheren Jahren geboren sind und nach dem Impfgesetze schon vor dem laufenden Jahre wiederimpfpflichtig waren, jedoch bis zum Jahre 1909 der Wiederimpfpflicht noch nicht vollständig genügt haben, erfolglos wiedergeimpft worden sind oder wegen Krankheit nicht wiedergeimpft werden konnten. 3. Alle Einwohner des Impfbezirks sind berechtigt, ihre impfpflichtigen Kinder in dem Impflokale ihres Wohnortes unentgeltlich impfen zu lassen.

In der nächsten Nummer werden wir die Impflokale veröffentlichen. Für Lindenau, Plagwitz, Kleinzschocher und Schleußig beginnt die Impfung bereits am 2. Mai im Deutschen Haus in Lindenau.

Im Leipziger Krematorium wurden im Monat April 40 Leichen eingeäschert, und zwar 27 männliche und 19 weibliche. Seit der Inbetriebnahme der Verbrennungsanstalt sind insgesamt 134 Einäscherungen vorgenommen.

Selbstmord- und Unfall-Statistik für den Monat April 1910. Im Monat April 1910 sind im Stadtgebiet 20 Selbstmorde, 12 Selbstmordversuche und 13 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgange zu verzeichnen gewesen. Von denjenigen, die freiwillig aus dem Leben schieden — 16 männliche und 4 weibliche Personen — haben sich 7 erhängt, 7 erschossen, 4 ertränkt, 2 vergiftet. 5 Personen versuchten sich zu ertränken, 3 sich zu vergiften, 2 sich zu erschießen, 1 sich zu erhängen, 1 sich durch Oeffnen der Pulsadern zu töten. — Eine 34 Jahre alte Chemigraphensehefrau starb an Brandwunden, die sie beim Explodieren einer Petroleumlampe erlitt, ein Arbeiter stürzte bei einem Gerüsteinsturz mit in die Tiefe und erlag den erlittenen Verletzungen, ein fünfjähriges Mädchen fiel in einen Asch mit kochendem Wasser und trug tödliche Verbrühungen davon, ein dreijähriges Mädchen fiel beim Blumensuchen in den Pleißenmühlgraben und ertrank, ein 1½ Jahre alter Knabe, der an Krämpfen litt, erstickte bei einem derartigen Anfall, eine Krankenschwester nahm, um Schlaf zu finden, ein Schlafpulver zu sich, wobei sie sich eine Vergiftung zuzog, die den Tod herbeiführte, eine 15 Jahre alte Arbeiterin starb an Vergiftung durch Kohlenoxydgas, ein im vierten Lebensjahre stehendes Mädchen kam auf der Straße zu Fall und erlitt tödliche Verletzungen, ein 32 Jahre alter Straßenbahnschaffner stürzte von einem Straßenbahnwagen ab und büßte durch die erlittenen Verletzungen sein Leben ein; durch Herabstürzen fanden den Tod ein 19jähriges Mädchen beim Fensterputzen, ein zweijähriges Mädchen beim Spielen, ein Arbeiter bei Ausführung von Arbeiten auf einem Malergerüst, ein 59 Jahre alter Markthelfer wurde beim Aufziehen von Ballen von einem solchen, der herabfiel, erschlagen. Im Monat März 1910 waren 20 Selbstmorde, 10 Selbstmordversuche und 8 Unglücksfälle mit tödlichem Verlaufe zu registrieren.

Der Markthelfer Lindner ist nicht, wie uns am Sonnabend gemeldet wurde, durch einen Sturz aus dem vierten Stock getötet worden. Das Unglück entstand vielmehr dadurch, daß beim Heraufziehen von Fellballen das Seil riß und der Ballen mit solcher Wucht auf Lindner fiel, daß dieser einen Genickbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Unfälle auf der Straße. Auf dem Täubchenweg kam am Sonnabend ein 14jähriger Buchhandlungslehrling aus der Mölkauer Straße mit seinem Fahrrade schwer zu Falle. Der junge Mensch hat bei dem Sturz eine äußerliche Verletzung des Kopfes und eine Gehirnerschütterung davongetragen. Er mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

In der Blücherstraße wurde ein Arbeiter beim Abspringen von der Straßenbahn von einem Kraftwagen erfaßt und umgerissen, wobei er einen Knöchelbruch erlitten hat. Der Verunglückte wurde in die Sanitätswache getragen.

Gestern nachmittag glitt in der Tauchaer Straße ein 14jähriger Drechslerlehrling beim Aufspringen auf die Straßen-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

rah.. ab, wobei er schwer zu Falle kam und einen Schädelbruch davontrug. Der junge Mensch wurde sofort in das Krankenhaus gefahren.

Auf der Kreuzung Wächterstraße-Königsplatz wurde ein 18jähriger Markthelfer mit seinem Fahrrade von der Straßenbahn umgerissen. Der junge Mensch hat eine Gehirnerschütterung erlitten. Es erfolgte seine Ueberführung in das Krankenhaus.

Drei Selbstmorde und zwei Selbstmordversuche. Im Bette tot aufgefunden wurde am Sonnabend eine in der Brüderstraße wohnende 26 Jahre alte Aufwärterin aus Blankenhain. Die Todesursache war eine Vergiftung.

Durch Erhängen hat sich im Schillerhain zu L.-Gohlis ein 65 Jahre alter Arbeiter aus Möckern selbst entleibt.

Ferner wurde gestern in dem Gehölz Bauernwiesen im Südviertel ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Der Tote ist ungefähr 30 Jahre alt, mittelgroß, schmächtig, hat blondes, kurzgeschnittenes Haar und rötlichen Schnurrbart. Seine Kleidung besteht aus grünlichem Sommerüberzieher, graukariertem Jackett und ebensolcher Weste, dunkelbrauner, gestreifter Hose und schwarzem weichem Filzhut. Der Leichnam befindet sich in der Anatomie.

Gestern früh sprang eine 23 Jahre alte, in Radeberg wohnende Schneiderin an der Tauchnitzbrücke aus nicht bekannter Veranlassung in die Pleiße. Die Lebensmüde ist von dem Studenten der Mathematik Karl Mohr, der ihr sofort nachsprang, gerettet worden. Es erfolgte sodann ihre Ueberführung in das Krankenhaus.

In L.-Schleußig machte gestern die Ehefrau eines Malers den Versuch, sich mit Lysol, das sie einnahm, zu vergiften. Die Frau wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht.

Vermißt wird seit dem 29. April der in der Bornaischen Straße wohnende 20 Jahre alte Versicherungsbeamte Paul Menschner. Der Verschwundene ist seit einiger Zeit schwer nervenleidend. Er ist mittelgroß, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart, blaue Augen und starke, etwas schiefe Nase. Seine Kleidung besteht aus dunkelbraunem Jackett, graugrüner, gestreifter Hose, blaugrauer Krawatte und P M gezeichneter Leibwäsche.

Ein Schwindler ging in den letzten Tagen mit einer anscheinend von einem hiesigen Geistlichen unterzeichneten, aber gefälschten Liste herum und sammelte Unterstützungen zugunsten einer Anstalt für Schwachsinnige bei Chemnitz, wie der Unbekannte sagte. In einem Falle wurden ihm 5 Mk. übergeben, von denen 3 Mk. als Beitrag dienen sollten. Er hat das Fünfmarkstück wechseln wollen, ist aber damit unter Zurücklassung der Liste verschwunden.

Diebstähle. Eingebrochen wurde in eine Wohnung der Windmühlenstraße, als die Bewohner ausgegangen waren. Die Diebe erbeuteten 240 Mark in Fünf-, Drei-, Zwei- und Einmarkstücken sowie einer Rolle Zehn- und 6 Rollen Fünfpfennigstücken.

Aus einer Wohnung der Johannisgasse entwendeten Einbrecher ein schwarzes Etui mit je 6 silbernen Messern, Gabeln und Löffeln, eine doppelte Korallenkette, einen schwarzseidenen Regenschirm und verschiedene andere Sachen.

Verhaftungen. Aufgegriffen wurden hier ein 21jähriger Kesselschmied und ein 27 Jahre alter Arbeiter. Diese Personen wurden wegen Diebstahl und Unterschlagung von auswärtigen und hiesigen Gerichten steckbrieflich verfolgt.

Ein 21jähriger Fabrikarbeiter beging in der Eisenbahnstraße einen Zechbetrug, weshalb er der Polizei übergeben wurde.

Die Maifeier.

Deutsches Reich.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Torgau. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die diesjährige Maifeier. Schon früh morgens wurden die Spießer in Atem gehalten, als etwa 500 Mühlberger Genossen zu Schiff mit Musik eintrafen und im geschlossenen Zuge durch die Stadt zogen. Am Festzuge beteiligten sich 1500 Personen. Um den Staat zu retten, verlangte die Polizei Entfernung der roten Fahne und Festzeichen. Das Referat hielt Parteisekretär Karl Schröder-Leipzig. Eine solche Feier hat Torgau noch nicht zu verzeichnen gehabt, sie berechtigt zu den besten Hoffnungen für die nächste Reichstagswahl.

Aus Sachsen-Weimar. Mit einem imposanten Festzuge, dem ersten, der bisher „erlaubt" war, wurde die Maifeier in Weimar eingeleitet. Weit über 1000 Teilnehmer nahmen in der Honoratioren- und Beamtenstadt am Festzuge teil. Noch größer war die Teilnahme an den übrigen Veranstaltungen. Daß die Gesetze gegenüber den Arbeiterorganisationen schärfere Anwendung finden, als wie gegenüber bürgerlichen Korporationen, wurde praktisch vor Augen geführt, indem ein Schutzmann die vom Gen. Baudert im Freien gehaltene Festrede unterbrach, weil — Teilnehmer unter 18 Jahren anwesend waren. Weitere Störungen kamen nicht vor.

Görlitz. Trotz polizeilichen Verbots fand ein Umzug statt, an dem sich mehrere tausend Personen beteiligten. Die Polizei begleitete den Zug. Im Anschluß an den Umzug Versammlung unter freiem Himmel. In zahlreichen Orten Niederschlesiens fanden gleichfalls Umzüge statt.

Weißwasser. Für Weißwasser und Umgebung fand eine Maifeierversammlung unter freiem Himmel in Keulahütte bei Muskau statt, Besucherzahl ca. 2000. Kleine Reibereien mit der Gendarmerie, sonst alles ruhig verlaufen.

Breslau. Die Vormittagsversammlung fand im Gewerkschaftshaus statt. Um einen Umzug in der Stadt zu verhindern, sperrte die Polizei nach Schluß der Versammlung die benachbarten Straßen nach dem Innern der Stadt ab, nachmittags zogen die Maifeiernden in Trupps nach Morgenau, wo nach zirka 15 000 Personen zusammenfanden. Die Polizei ließ diesen Aufmarsch gewähren. Im Landbezirk Breslau fanden 5 starkbesuchte Feste statt.

Königsberg. Es fanden 2 Versammlungen unter freiem Himmel statt, im Anschluß daran ein Volksfest, an dem 12 000 Personen teilnahmen. In Tilsit, Memel, Gumbinnen, Rastenburg, Osterode, Insterburg und Braunsberg fanden gutbesuchte Versammlungen statt.

Stettin. Aus 13 Versammlungen strömten nach Schluß zirka 13—15 000 Menschen nach einer Waldlichtung im Stettiner Hof und demonstrierten dort.

Lübeck. An der Morgenveranstaltung beteiligten sich 3000, am Nachmittagsfestzug 11 000 Personen. Im benachbarten Stockelsdorf und in Eutin fanden Versammlungen statt, die gut besucht waren.

Kiel. Demonstration auf der Waldwiese. Besucherzahl zirka 15 000.

Harburg (Elbe). Die Morgenversammlung unter freiem Himmel war trotz schlechten Wetters von über 2000 Personen besucht.

Wilhelmshaven. In Rüstingen bei Wilhelmshaven versammelten sich früh zirka 3000 Personen zu einer Versammlung. Sie gingen dann gemeinsam durch Wilhelmshaven nach Bant und hielten auf dem Marktplatz eine öffentliche Demonstrationsversammlung ab. Die Oldenburger Polizei verhielt sich passiv, **dagegen verwehrte die preußische Polizei in Wilhelmshaven den Teilnehmern den Durchgang durch die Hauptstraßen.**

Köln a. Rh. Nachmittags fanden unter freiem Himmel Versammlungen statt, an denen 15 000 Personen teilnahmen. Ein ungeheures Schutzmannsaufgebot verhinderte den Spaziergang. Abends fanden 10 massenhaft besuchte Feiern statt.

Düsseldorf. Hierselbst fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, an der 15 000 Personen teilnahmen, trotz strömenden Regens.

Dortmund. Trotz des Verbots des Festzuges fand eine Demonstration statt, wie sie Dortmund noch nicht gesehen. Um ½3 Uhr sammelten sich in den Hauptstraßen der Stadt 40 bis 50 000 Menschen. Die Polizei hatte sich ebenfalls in Mengen eingefunden, namentlich an den Zugangsstraßen zur Stadt, verhielt sich aber in der Hauptsache zurückhaltend. Der Vorbeimarsch dauerte etwa 1 Stunde. An der Hubertsburg an der Festwiese fand eine große Versammlung unter freiem Himmel statt, es wurde von mehreren Tribünen gesprochen.

Duisburg. In der Mittagsstunde fanden 7 Versammlungen statt, die überall stark besucht waren. Etwa 5000 Personen versammelten sich am Nachmittag zu einem Ausflug in die Umgebung. Etwa 5000 Personen waren anwesend.

Bochum. Die Maifeier für den Bezirk Witten wurde um 8 Uhr morgens mit einem Frühkonzert eingeleitet, nach dem Konzert fand ein Ausflug nach den städtischen Anlagen statt. Um 3½ Uhr Festrede, daran schloß sich Konzert und Ball. Etwa 3000 Personen nahmen an der Versammlung teil, die Polizei verhielt sich reserviert. In Bochum fand eine Versammlung auf dem Schützenhof statt. Beteiligung 3000 Personen.

Hagen. In Hagen, wo der freisinnige Oberbürgermeister Cuno jede Straßendemonstration am 1. Mai verboten hatte, nahm der Protest der Arbeiterschaft besondere Formen an. **12 rote Fahnen mit Inschriften wehten am frühen Morgen von den Höhen herab. Von 9 Uhr morgens ab war der Belagerungszustand verhängt. Die Polizei hatte von auswärts Beamte zur Verstärkung zugezogen.** Jeder uniformierte Schutzmann hatte einen Beamten in Zivil als Begleiter. Die Maifeierversammlung gestaltete sich zu einem **Protest gegen den Freisinn** und gegen das Verbot des Spaziergangs. Den Teilnehmern, die wegen Ueberfüllung die Versammlungen nicht besuchen konnten, wurde der Rückzug durch die Polizei abgesperrt. Es kam zu einer großen Straßendemonstration. Die Polizei sperrte die Straßen und den Marktplatz ab. **Viele Verhaftungen erfolgten,** u. a. wurde der Redakteur Genosse Liebig von der Elberfelder freien Presse verhaftet.

Gelsenkirchen. In Gelsenkirchen und den umliegenden Orten fanden Morgenausflüge statt, die sich reger Teilnahme erfreuten. Die Mittagsversammlungen und die Nachmittagsfeste waren überfüllt.

Recklinghausen. Am Morgen ein Ausflug unter Beteiligung aus dem ganzen Kreise Essen, zirka 8000 Personen. Die Polizei verhielt sich ruhig, obwohl sie massenhaft zur Stelle war und die innere Stadt Essen absperrte.

Haltingen. Maifeier unter freiem Himmel, Beteiligung zirka 4000 Personen.

Bielefeld. Der genehmigte Morgenfestzug fand unter Musikbegleitung und Beteiligung von zirka 9—10 000 Personen nach Brackwede statt. Nachmittag fanden in 9 Lokalen der Stadt und Umgegend entsprechende Feiern statt. In Herford fanden vormittags 4 überfüllte Versammlungen statt und nachmittags eine Festveranstaltung. Gleiche Feiern fanden unter starker Beteiligung in 18 Orten und Städten des östlichen Westfalens und der beiden Lippe statt.

Hanau. Versammlung unter freiem Himmel, Besuch 12 000 Personen. Nachmittags beteiligten sich an einem Festzuge 5 bis 6000 Personen. Im Wahlkreise Hanau fanden 22 große Versammlungen statt. In Gelnhausen fand ebenfalls ein Festzug statt, auch in Fechenhein.

Hof. Ein Festzug in Hof unter Beteiligung von 4—5000 Personen.

Ludwigshafen. Am Festzug beteiligten sich 10 000 Personen, auf dem Festplatz waren 15 000 Personen versammelt. Der 2. pfälzische Kreis veranstaltete eine Feier: auf dem historischen Hambacher Schloß, Beteiligung 5000. Auch in Kaiserslautern und andern Pfälzer Städten große Beteiligung.

Bayreuth. Erste Versammlung unter freiem Himmel, 6000 Personen, anschließend ein Umzug.

Heilbronn. 8000 Menschen an der Demonstration auf dem Festplatz beteiligt, 3000 an der Versammlung. In vielen württembergischen Orten viele Demonstrationen.

Karlsruhe. Demonstration unter freiem Himmel, 8000 Personen waren anwesend, von 2 Tribünen wurde gesprochen. Anschließend ein Umzug unter Mitführung der Fahnen der Arbeiterorganisationen. Die Nachmittagsfeiern waren in ganz Baden auch in den ländlichen Ortschaften sehr gut besucht.

Mülhausen (Els.). In der Vormittagsversammlung waren 5—6000 Personen. Nachmittags fanden Straßenumzüge statt mit anschließendem Waldfest. Die Beteiligung betrug hier zirka 10 000 Personen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 30. April. Eine Abordnung der Veranstalter der für den 1. Mai geplanten Kundgebung ersuchte heute den Ministerpräsidenten Briand, sie zu empfangen, um ihm das Gesuch zu unterbreiten, einen Demonstrationszug bilden zu dürfen. Ministerpräsident Briand lehnte es ab, die Deputation zu empfangen und ließ ihr mitteilen, ihr Gesuch komme zu spät. Alle Maßregeln, die gegen die mit Drohungen und Herausforderungen angekündigte Kundgebung getroffen seien, würden voll und ganz zur Ausführung gelangen.

Paris, 1. Mai. Auf der Arbeitsbörse fand heute vormittag eine zahlreich besuchte Versammlung der Union des Syndicats statt, bei der die Entscheidung der Regierung, keinen Umzug dulden zu wollen, sowie die Zahl der aufgebotenen Polizeimannschaften und der Truppen bekannt gegeben und daraufhin beschlossen wurde, die geplante Kundgebung im Bois de Boulogne aufzugeben und nur die Syndikatsmitglieder aufzufordern, auf den Boulevards spazieren zu gehen.

Paris, 2. Mai. Wie in der Hauptstadt selbst, so verlief die Maifeier auch in den einzelnen Provinzen im großen und ganzen ohne besondere Störung. In Paris selbst verkündeten am frühen Morgen bereits Extrablätter des Blattes Humanité den einzelnen Arbeiterverbänden, daß der Polizeipräfekt die umfassendsten Maßregeln getroffen habe. Es ist denn auch in Paris zu keinen ernsten Ruhestörungen gekommen. Hier und da werden kleinere Zwischenfälle aus anderen Städten Frankreichs gemeldet, die aber auch unwesentlich sind. So wurde z. B. in Toulon der Straßenbahnverkehr durch einen Arbeiterzug unterbrochen. In Marseille wurden einige Kundgeber vor der Arbeitsbörse verhaftet, darunter der Sekretär des allgemeinen Arbeiterverbandes. Dieser wurde jedoch auf das ausdrückliche Versprechen der Delegierten der Arbeitsbörse, daß es zu keinen Ruhestörungen kommen werde, wieder in Freiheit gesetzt. In Arle explodierte früh vor dem Bureau des Polizeidirektors eine Bombe. Wie verlautet, soll dies mit der Maifeier nichts zu tun haben. Das Attentat, das ausschließlich Materialschaden verursachte, wird vielmehr auf einen Bubenstreich zurückgeführt.

Paris, 2. Mai. Auch der gestrige Abend ist hier ruhig verlaufen. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen mit Ausnahme einer einzigen Verhaftung, welche abends 11 Uhr stattfand, deren äußere Ursache aber nicht mit der Maifeier zusammenhängt. Im Stadtteil Ville de Temple wurde ein Antimilitarist verhaftet, der Rufe: „Nieder mit der Armee!" ausstieß.

Paris, 2. Mai. Trotz der Absage des Sekretariats der Arbeitsbörse kam es hier bei der gestrigen Maifeier zu einem Zusammenstoß mit den Truppen. Auf dem Taubenschießplatze des Boulogner Gehölzes vertrieb Kavallerie eine Gruppe Demonstranten.

Großbritannien.

London, 2. Mai. Nachmittags durchzogen etwa 20000 Kundgeber die Straßen der Stadt und begaben sich nach dem Hydepark. Die Kundgebung vollzog sich in größter Ordnung. Im Hydepark hielten verschiedene bekannte Redner Ansprachen.

Schweiz.

Paris, 2. Mai. Matin meldet aus Genf: Infolge der Maifeier hatten sich zahlreiche Manifestanten angesammelt, die vor das Gendarmeriegebäude zogen, wo die Anarchisten mit Steinen sämtliche Fenster einwarfen. Mehrere Personen wurden durch die Steinwürfe verletzt. Drei Verhaftungen konnten vorgenommen werden, die übrigen Manifestanten wurden zerstreut.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 30. April. Bei der hiesigen türkischen Botschaft ist folgende Depesche eingetroffen:

Konstantinopel, 30. April. Scheffet Torgut Pascha ist in Katschanik angelangt und hat den dortigen Paß befreit. Die Aufständischen sind gänzlich zerstreut.

London, 30. April. Der Gesetzentwurf bezüglich des Vetorechts der Lords ist veröffentlicht worden. Die Grundlage für ihn bilden die Veto-Resolutionen, welche bereits im Unterhause angenommen worden sind. Die Einleitung nimmt Bezug auf die Absicht, an Stelle des jetzigen Oberhauses eine Zweite Kammer zu setzen, welche auf volkstümlicher, anstatt auf erblicher Basis gebildet werden soll. Da aber eine solche Veränderung nicht sofort durchgeführt werden kann, so sei es zweckmäßig, die bestehenden Rechte der Lords einzuschränken. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß eine vom Unterhause angenommene Finanzbill, wenn sie nicht spätestens einen Monat nach der Vorlage von den Lords angenommen sein sollte, dem Könige zur Erteilung der Zustimmung überreicht und nach Erteilung der königlichen Zustimmung Gesetz werden soll.

Friedberg, 2. Mai. Die nationalliberale Vertreterversammlung wählte gestern eine Kommission, welche einen nationalliberalen Kandidaten vorschlagen soll, der nach der Wahl sich der nationalliberalen Reichstagsfraktion anzuschließen hat. Um die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zu der nationalliberalen Kandidatur herbeizuführen, soll die Kommission Verhandlungen mit den übrigen politischen Organisationen pflegen.

Saloniki, 1. Mai. Im Paß von Katschanik herrscht Ruhe. Die Truppen des linken Flügels unter Osman Pascha streifen das Gebiet der oberen Morawa ab und brennen die Häuser der abwesenden Besitzer nieder, über deren Verbleib kein Nachweis vorhanden ist. Blutvergießen wird möglichst vermieden. In Binca, Bilink und Strazza dauern die Zusammenstöße mit den Rebellen fort.

Konstantinopel, 1. Mai. Nach hier eingegangenen amtlichen Depeschen haben die Aufständischen zwischen Ghilan und Katschanik begonnen, sich zu zerstreuen. In Prischtina, Prizrend und Kalkandalen herrscht Ruhe.

Die türkischen Sieger sollen sich nur nicht zu schnell freuen. Morgen kann's anders werden. Die Eigenart der albanesischen Kriegsführung ist der Guerillakrieg.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Mittwoch Nachmittag 3 Uhr
Eröffnung im Goldenen Arm Petersstrasse 28
Jordan & Co
Spezialhaus für Handschuhe und sämtliche Herrenartikel.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reichstag.

76. Sitzung. Sonnabend, 30. April, 1 Uhr nachmittags.

Am Bundesratstisch: Dernburg.

Südwestafrika.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Aufstandsausgaben für Südwestafrika wird fortgesetzt.

Abg. **Dr. Wiemer** (Vp.): Der Antrag Erzberger aus der Kommission ist nicht wieder eingebracht. Seine Behandlung wäre also eigentlich überflüssig und erklärt sich nur daraus, daß er keine erste Lesung im Plenum gehabt hat. (Sehr richtig! bei der Vp.) Mit Recht ist der Antrag als ein Feuerbrand bezeichnet worden. Und es ist anerkennenswert, daß der kalte Wasserstrahl der Kommissionsbehandlung auch von einem Teil der Zentrumspresse gebilligt wurde. (Zustimmung bei der Vp.) Das Gesetz findet unsre Zustimmung; aber Streitfragen, wie der Antrag Erzberger und auch der Antrag Lattmann sie aufwerfen, dürfen nicht hineingebracht werden. Bei der günstigen Entwicklung der Kolonie ist allerdings der Gedanke nicht abzuweisen, daß sie zu den Kriegskosten beitragen soll. Der Antrag Erzberger aber ist nicht hinlänglich durchdacht. (Sehr richtig! bei der Vp.) Meine Freunde werden gegen die Resolution der Kommission stimmen, welche einen Entwurf verlangt, durch den die vor dem Aufstand in Südwestafrika domizilierten leistungsfähigen Personen und Gesellschaften zu Beiträgen herangezogen werden. Denn diese Frage soll erst durch die von uns angeregte Denkschrift geklärt werden. Aus demselben Grunde lehnen wir den Antrag Lattmann ab, und die gleichen Bedenken haben wir auch gegen den sozialdemokratischen Antrag, der eine Wertzuwachssteuer für Südwestafrika verlangt.

Die Stellungnahme unsrer Landsleute in Südwestafrika scheint nicht hervorgegangen aus Interesse für den Reichsfiskus, sondern aus Rücksicht auf die eignen Interessen. (Sehr richtig! bei der Vp.) Das gilt auch von den Vorwürfen gegen die Diamantenpolitik des Staatssekretärs. Sie soll das Großkapital begünstigen. Als ob eine Kolonialpolitik ohne Heranziehung von Kapital möglich wäre. (Sehr richtig! bei der Vp.) Die Beseitigung bestehender Hoheitsrechte läßt sich nicht durch einen Federstrich erreichen, sondern nur auf dem Wege der Verhandlungen. So ist auch England stets vorgegangen. (Zustimmung bei der Vp.) Wenn Herr Erzberger den Staatssekretär nicht stürzen wollte, so mußte es doch jedenfalls die Wirkung seines Antrags sein, die Politik des Staatssekretärs zu durchkreuzen, die wir im Interesse des deutschen Volkes unterstützen. (Lebh. Bravo! bei der Vp.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Durch die Kommission sind zwar einige Verbesserungen in den Entwurf bezüglich der Rechnungslegung hineingekommen, aber der Stein des Anstoßes für uns besteht darin, daß

dem deutschen Volke von neuem 23 Millionen aufgebürdet

werden sollen. Wir würden dem nur zustimmen können, wenn damit die Bedingung verknüpft würde, daß diese Lasten auf die Interessenten in Südwestafrika übergewälzt werden. Das ist der Grund unsres Antrags, und unsre Endabstimmung wird von der Stellung des Hauses zu unserm Antrag abhängig sein.

Die konstitutionellen Bedenken gegenüber dem ursprünglichen Antrag Erzberger und den übrigen Anträgen teile ich nicht. Der Kommission ist die Möglichkeit gegeben, Bestimmungen für die Beschaffung der Mittel in einen Entwurf hineinzuarbeiten. Ausschlaggebend kommt hinzu, daß dieses die einzige Gelegenheit ist, die der Reichstag hat, seinen Willen durchzusetzen, daß ein Teil der südwestafrikanischen Kriegskosten auf die dortigen Interessenten übergewälzt wird. Wird die Gelegenheit verpaßt, dann ist der Reichstag ein für alle mal von dem Belieben des Herrn Dernburg vollständig abhängig. Und darauf verlassen wir uns unter keinen Umständen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In dieser Zwangslage des Reichstags, daß nur jetzt die Interessenten herangezogen werden können, ist es durchaus anerkennenswert, daß Herr Erzberger einen Weg dazu vorgeschlagen hat.

Wir schlagen einen andern Weg vor. Aber dennoch legen wir Verwahrung dagegen ein, daß Herr Erzberger jetzt nichts als Vorwürfe erntet, zu meinem Erstaunen sogar, wie ich höre, von Mitgliedern seiner eignen Partei. Zu diesen wichtigen, aber schwer verständlichen Auseinandersetzungen sind wir ja nur gekommen, weil der Reichstag die Gelegenheit früher die Angelegenheit zu behandeln versäumt hat. Im Jahre 1906 ist eine Kommission zur Untersuchung der Rechtsverhältnisse der südwestafrikanischen Landgesellschaften eingesetzt worden. Es sollte dem Unheil vorgebeugt werden, das daraus entsteht, daß

eine kleine Zahl internationaler Kapitalisten Bodenwucher in Südwestafrika treibt.

Dieser Versuch, die Rechtstitel zu untersuchen und die fraudulösen Verträge und Landerwerbungen von den Eingeborenen ans Licht zu bringen, ist aber gerade durch Herrn Dernburg zunichte gemacht worden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herr Erzberger hat sich für seinen Antrag auf den Herzog Albrecht von Mecklenburg, den jetzigen Regenten von Braunschweig berufen. Meinem Geschmack würde das nicht entsprechen, weil gerade der Herzog Albrecht, als er in die Kommission eintrat, kein Verständnis für ihre Aufgaben hatte. Der wesentliche Unterschied zwischen unserm Antrag und den Anträgen Erzberger-Lattmann ist, daß diese eine Vermögenssteuer vorsehen, mittels deren innerhalb 6 Jahren 36 Millionen, also ein Zehntel der wirklichen Kosten aufgebracht werden soll, während wir prinzipiell die

Ueberwälzung der Kriegskosten auf die Kolonie

verlangen, und ferner die Verzinsung und Amortisation dieser Summe durch eine Wertzuwachssteuer in der Kolonie aufbringen wollen. Bei der Forderung der prinzipiellen Ueberwälzung der Kriegskosten haben wir geglaubt, die Unterstützung der Freisinnigen zu finden, die ja schon früher in einer Resolution dasselbe verlangt haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat eingewendet, das sei eine Konfiskation. Und als Herr Wiemer das zitierte, sagte ich, wir geben uns nicht mit solchen Kleinigkeiten ab. Wenn wir einmal an den Gedanken der Konfiskation herantreten, werden wir selbstverständlich das Gesamte nehmen. (Heiterkeit.) Das sollte den Versuch des Herrn Dernburg zurückweisen, mit diesem in Philisterkreisen außerordentlich beliebten Argumente zu operieren. Solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, haben wir immer nur solche Anträge auf wirtschaftlichem Gebiete eingebracht, die innerhalb dieser Wirtschaftsordnung realisierbar sind.

Von Konfiskation kann gar keine Rede

sein. Diesen Vorwurf könnte man sonst einer jeden Steuer machen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Eine Vermögenssteuer halten wir nicht für zweckmäßig. Sie würde nicht den unverdienten Wertzuwachs der kapitalistischen Gesellschaften, der ihnen durch die Okkupation zugeflossen ist, treffen. Wir haben unsern Antrag absichtlich so formuliert, daß es späterer Vereinbarung zwischen Regierung und Reichstag vorbehalten bleibt, in welcher Weise die Wertzuwachssteuer gestaltet werden soll. Auf das Prinzip, daß die Kriegskosten auf die Kolonie abgewälzt werden, kommt es uns vor allem an.

Herr Dernburg meinte, es sei überhaupt unzulässig, diese Kosten der Kolonie aufzubürden. Aber weshalb sollten denn die Profitinteressenten in Südwestafrika nicht herangezogen werden? Einer der Herren Kollegen führte ja einen ganz merkwürdigen Grund an. Er sagte, in Ostafrika habe er einen Mann kennen gelernt, der nur ein Maultier besaß, und nach 3 Jahren bereits eine Plantage, die er nicht für 100 000 Mark verkaufen wollte. Gerade das ist aber ein Argument, daß man diese Leute zu den Kosten heranziehen soll. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir haben dort ein großes Land, das tatsächlich den Eingeborenen abgenommen wurde. Die Eingeborenen sind zu wehr- und willenlosen Proletariern gemacht, worin ja Herr Dernburg eine Hauptaufgabe der Verwaltung sieht. Ich erinnere nur an das Verbot für die Eingeborenen, Großvieh zu besitzen. Die Kosten für diese Verwaltung aber trägt der deutsche Steuerzahler.

Mindestens 2000 Menschenleben und Hunderte von Millionen hat diese Politik dem deutschen Volke gekostet. (Hört, hört! bei den Soz.) Und niemals kann davon die Rede sein, daß Südwestafrika ein Siedlungsgebiet wird wie gewisse englische Kolonien, etwa Australien oder Kanada. Es ist und bleibt lediglich ein kapitalistisches Ausbeutungsobjekt, für das das deutsche Reich die Kosten tragen soll. Das ist ein Zustand, den nicht nur wir Sozialdemokraten nicht verantworten können, sondern den der ganze Reichstag nicht verantworten kann. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Um wenigstens etwas diesen unheilvollen Verhältnissen entgegenzuarbeiten, haben wir unsern Vorschlag gemacht.

Nun wendet der Staatssekretär noch ein, daß der Antrag in das kaiserliche Verordnungsrecht eingreift. Diese Begeisterung des Herrn Dernburg für das kaiserliche Verordnungsrecht mag die liberalen Freunde des Staatssekretärs überraschen, uns nicht. Wir wissen längst, daß Herr Dernburg

der ausgepichteste aller Bureaukraten

ist. (Große Heiterkeit.) Die Liberalen aber jubelten ihm zu, weil er aus Börsenkreisen kam. (Widerspruch des Abg. Hausmann.) Nun, Herr Kollege Hausmann, Sie haben vielleicht nicht so gejubelt, Ihre Freunde dafür aber um so mehr. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Mich erinnert der liberale Jubel an die Aeußerung eines mir bekannten Armeniers, daß Persien der demokratischste Staat sei, weil dort der Schah seinen Pfeifenträger oder Stiefelputzer zum Großwesier machen könne. (Stürmische minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.) Herr Dernburg ist ja weder vom Reichstage, noch von der Börse oder einer andern Volksversammlung in sein Amt berufen worden, sondern durch das hohe Belieben S. M. (Große Heiterkeit.) Gewisse demokratische Allüren, z. B. eine gewisse ungezwungene Ausdrucksweise (Große Heiterkeit) hat Herr Dernburg ja beibehalten. Sonst aber hat er sich trefflich in das höfische Milieu eingelebt. (Heiterkeit.)

Im Falle der Ablehnung unseres Antrags werden wir dem Antrage Lattmann zustimmen. Wir erkennen gern an, daß sich mehrere bürgerliche Mitglieder der Budgetkommission um die Aufhellung der Sachlage und Formulierung geeigneter Resolutionen sehr bemüht haben. (Abg. Kreth: Gott, wie gnädig!) Ach wir erkennen gern das Gute an, das von andrer Seite geschieht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben auch trotz unsrer prinzipiell ablehnenden Haltung stets die Verdienste des Staatssekretärs anerkannt. Um Mißdeutungen zu vermeiden, will ich ausdrücklich erklären, daß wir ihm selbstverständlich nicht vorwerfen, an seiner großkapitalistischen Kolonialpolitik persönlich interessiert zu sein.

Der Kampf zwischen den großen und kleinen Kapitalisten ist ein

Kampf um die Beute.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Wir wünschen, daß die Regierung in diesem Kampfe sich möglichst neutral verhält. Auch ohne Regierungshilfe werden ja die kleinen Hechte von den großen Haien gefressen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Obwohl wir mit diesen Leuten nichts zu schaffen haben, mißbilligen wir entschieden die versteckten, eines großzügigen Staatsmanns unwürdigen Drohungen, die Dernburg gestern gegen die Lüderitzbuchter ausstieß.

Der Reichstag hat in einer Resolution beschlossen, die Eingeborenen mit Land und Vieh auszustatten. Der Staatssekretär aber macht sich die Ablehnung recht leicht. Er sagte, man könne von ihm keine besondere Liebe für die Resolution erwarten, da er auch recht wenig liberal hier behandelt werde. Wir verlangen gewiß keine liebevolle Behandlung (Heiterkeit), aber mit solchen Witzen soll man doch nicht über eine tiefernste Sache hinwegzukommen suchen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichstag muß darauf bestehen, daß seine Absichten ausgeführt werden. Er darf sich

eine derartige Verhöhnung nicht gefallen lassen.

(Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe faßt nach der Glocke, wirft hilfesuchende Blicke auf die Schriftführer, beratschlagt mit dem Schriftführer Heckscher, und zieht die Hand von der Glocke wieder zurück.) Wir bitten um Annahme unseres Antrags, und werden, wie gesagt, im Falle der Ablehnung dem Antrage Lattmann zustimmen. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Lattmann** (wirtschaftl. Vg.) bittet dringend um Annahme seines Antrags. — Die Konservativen und das Zentrum, die wirtschaftliche Vereinigung und die Sozialdemokraten sind sich einig über den Grundgedanken der Heranziehung der Interessenten. Ich glaube auch nicht, daß die ganze Reichspartei sich ablehnend gegen meinen Antrag verhält, der die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gefunden hat. Redner protestiert gegen die Darstellung der liberalen Presse, als ob er aus antisemitischen Motiven gegen den Staatssekretär Stellung genommen habe.

Die südwestafrikanischen Kapitalisten sollten sich schämen, daß sie sich der Zuziehung zu den Kosten entziehen wollen. Glücklicherweise sind Leute darunter, die diese Ehrenpflicht anerkennen. Die vorgeschlagene Belastung ist wahrlich nicht so hoch, daß man von einer Konfiskation reden kann. (Zustimmung.) Gegen den sozialdemokratischen Antrag, der Kolonie die gesamten Kosten aufzuladen, stimmen wir, obwohl wir den darin enthaltenen Gedanken der Wertzuwachssteuer prinzipiell akzeptieren.

Der Parteien, die nicht auf dem Boden des wirtschaftlichen Liberalismus stehen, beginnt sich ein gewisses Mißtrauen gegen die Kolonialpolitik des Staatssekretärs zu bemächtigen. Wir verlangen eine nationale Kolonialpolitik. Eine solche hat auf einem guten Verhältnis zu den Weißen zu beruhen. Hier hat der Staatssekretär schwere Fehler begangen; auch gegenüber den Lüderitzbuchtern, so wenig wir das Benehmen dieser Leute billigen. Es war ein schwarzer Tag für die Kolonie, als der Gouverneur von Schuckmann sie verließ. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Möge der Antrag Lattmann angenommen werden oder nicht, ich bin mit dem Verlauf der Debatte zufrieden. Der Grundgedanke meines Antrags wird sich Bahn brechen, trotz der reklamehaften Uebertreibungen des Staatssekretärs. (Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe rügt den Ausdruck.) Nun, der Staatssekretär sagte, ich hätte den Ausdruck Bureaukratie 8mal 80mal gebraucht. (Staatssekretär Dernburg: Das ist ein biblischer Ausdruck.) In der Bibel heißt es 7mal 70, aber der Staatssekretär hat ja mildernde Umstände, wenn er in der Bibel nicht so bewandert ist. (Große Heiterkeit.)

Redner polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Semler und des Staatssekretärs. Der Reichstag habe durch sein Budgetrecht das unbezweifelbare Recht, jede Steuer zu beseitigen. Auf zwei kaiserliche Verordnungen kämen 375 der Verwaltung. Es würde sich also um eine Einschränkung des Rechts der Verwaltung handeln. Der Staatssekretär hat von einer Konfiskation gesprochen und dabei das Vermögen der Kolonialgesellschaften nach dem Kurswert der Aktien berechnet. Das ist ganz falsch. Aber außerdem war die Berechnung zu niedrig. (Hört! hört! im Zentr.) Von Enteignung kann also keine Rede sein.

Das Großkapital soll verdienen. Selbst Herr Bebel hat vor einigen Jahren gesagt, ohne Profit raucht kein Schornstein. Aber der gesunde Gedanke, die großen Gesellschaften zu den Kosten heranzuziehen, wird schließlich siegen.

Redner geht auf die Frage der Hoheitsrechte ein, die er nicht enteignet, sondern abgelöst wissen will, und erhebt gegen den neuen Vertrag mit der Kolonialgesellschaft den Vorwurf, daß damit ein Privileg erteilt wird. Der Landbesitz der deutschen Kolonialgesellschaft beruht auf ihren Rechten als Nachfolgerin von Lüderitz. Die Grundlage dieser Rechte besteht in dem Schuldbrief einer Gemeinde, ausgestellt von dem Kapitän der roten Nation, Manasse, (Heiterkeit) über 4000 Mk. Daraus wird in einem Urteil der Bergbehörde die Berghoheit der Gesellschaft abgeleitet. Diese Grundlage muß von einem ordentlichen Gericht geprüft werden. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär **Dernburg**: Der von Herrn Erzberger verlesene Schuldbrief ist eine falsche Uebersetzung des holländischen Originals, in dem ausdrücklich steht: „Wir verpflichten uns, dieses Geld durch Ueberlassung von Minen zurückzuzahlen.“

Den Aktienwert hat Herr Erzberger zu hoch berechnet, denn wir haben uns hier nicht über alle möglichen Gesellschaften unterhalten, z. B. nicht über die Otavibahn. Herr Erzberger sagt jetzt, er habe seinen Antrag zurückgezogen. Das ist so, wie wenn ein Kind eine Schenne anzündet und sagt nachher, ich habe das Streichholz zurückgebracht. (Heiterkeit.) Würde eine solche Steuer, wie die Herren Erzberger und Lattmann sie vorschlagen, Gesetz, so würden eben die Aktien nicht in Südwestafrika bleiben, sondern nach Berlin geschickt werden, wo sie keine Steuer zu zahlen haben. (Sehr richtig! b. d. Nationalliberalen.)

Auf die Liebenswürdigkeit des Herrn Ledebour gehe ich nicht ein, seine Persönlichkeit ist mir dadurch aber verständlicher geworden. Vor dem von ihm vorgeschlagenen Weg, eine Wertzuwachssteuer einzuführen, um eine Anleihe darauf zu gründen, warne ich dringend. (Zustimmung b. d. Nat.-Lib. u. d. Vpt.) Die Ausführungen des Abgeordneten Erzberger über das Budgetrecht kommen auf eine Stärkung der parlamentarischen Gewalt, auf eine Verminderung des Verordnungsrechts hinaus. Gerade derartiges hat 1862 den Fürsten Bismarck zum Konflikt geführt.

Eines der schlimmsten Schlagwörter ist das von der kapitalistischen Kolonialpolitik. Für große Minenunternehmungen ist das assoziierte Kapital unentbehrlich, und es ist ein Trugschluß, daß dieses nur reichen Leuten gehört. (Sehr richtig! bei den Nat.-Lib. und der Vpt.) Diese Auseinanderhetzung der Gesellschaftsklassen ist Demagogie. Die Debatte erweckt den Anschein, als gäbe es nur Diamanten in Südwestafrika. Unsere Sorge muß aber sein, daß Bauern hinkommen und Viehwirtschaft entwickelt wird. Ich weise mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß ich mich vom Großkapital habe einfangen lassen. Die Kolonialgesellschaft ist 1884 auf persönliches Eintreten des Fürsten Bismarck gegründet, der das Land dem Reiche erhalten wollte. Der Vertrag der Gesellschaft ist unterzeichnet von Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck. Dagegen vorzugehen, halte ich mit meinen Begriffen von Anstand nicht für vereinbar. (Lebh. Zustimmung b. d. Nat.-Lib. u. d. Liberalen.)

Die gewünschte Denkschrift werde ich dem Reichstag zugehen lassen. Eine Kriegssteuer halte ich für sehr bedenklich, aber mit dem Grundgedanken, leistungsfähige Personen und Gesellschaften heranzuziehen, bin ich einverstanden. (Bravo! b. d. Nat.-Lib. u. d. Vpt.)

Abg. **v. Oertzen** (Rpt.) führt aus, daß Kolonien, in deren Interesse ein Krieg geführt wird, auch zu einem großen Teil der Kosten heranzuziehen seien. Wie und in welcher Höhe, sei noch nicht geklärt. Die Unternehmungslust des Kapitals dürfe nicht gelähmt werden, daher stimmten seine Freunde gegen den Antrag Lattmann und für die Resolution der Kommission.

Abg. **Dr. Mugdan**: Der Antrag Lattmann ist nur ein veränderter Antrag Erzberger, hinter dem offenbar die Herren vom Zentrum stehen. Das Interessanteste an der heutigen Debatte war, daß es sich gezeigt hat, daß der Herr Staatssekretär nicht mehr im Amte bleiben zu können glaubt, wenn das Gesetz würde, was der Antrag Lattmann verlangt. Ich glaube, das deutsche Volk und der Reichstag werden es sich noch sehr überlegen, wem mehr zu glauben ist, den Herren Erzberger-Lattmann oder dem Herrn Staatssekretär des Kolonialamts. (Bravo! links.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Nur einige Worte: Herr Dernburg beschwert sich darüber, daß wir seine Kolonialpolitik großkapitalistisch genannt haben. Nach unserer Anschauung kann es überhaupt keine andere als eine großkapitalistische Kolonialpolitik geben. Jede Politik des heutigen Staates ist großkapitalistisch, und die Kolonialpolitik mehr als alle anderen Zweige. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daran ändert es nichts, daß die Aktien einer Kolonialgesellschaft zum Teil in kleinen Händen sind. Dadurch wird die Betriebsform nicht modifiziert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dieser Einwurf des Staatssekretärs zeugt nicht von kapitalistischer Schulung. Zum Schluß stelle ich fest, daß der Staatssekretär auf meine dreimalige Frage in der Kommission und im Plenum über die Versorgung der Eingeborenen mit Land nicht geantwortet hat. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden die Anträge Lattmann (wirtsch. Vgg.) und Albrecht (Soz.) (Einführung der Wertzuwachssteuer in Südwestafrika) abgelehnt. Der Entwurf und die Resolution der Budgetkommission werden angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation Bassermann (betr. Einführung von Zollerhöhungen angesichts des französischen Zolltarifs). Nach einer Erklärung des Staatssekretärs Delbrück, der Reichskanzler werde über den Tag der Beantwortung sich mit dem Präsidenten des Hauses ins Vernehmen setzen, vertagt sich das Haus auf Montag 2 Uhr. (Posttaxengesetz, Stellenvermittlergesetz, Berner Konvention, Zuständigkeit des Reichsgerichts.)

Zur gefälligen Beachtung!

Unsern verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben.

Die Expedition.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weiße Bohnen mit Schwarzfleisch.
Speiseanstalt II (Töpfergäßchen 1): Mischgemüse mit Pökelfleisch.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Spinat mit Pökelfleisch.
Speiseanstalt IV (Riegelstraße): Saure Kartoffelstückchen mit Kalbsnieren.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Linsen mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt VI (Neuh. Hallische Str.): Kartoffelstückchen mit Rindfleisch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

„Das gute Riebeck-Bier."

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 2. Mai: 114. Abonnements-Vorstellung (2. Serie, rot):

Wenn der junge Wein blüht.

Lustspiel in 3 Akten von Björnstjerne Björnson.

Regie: Regisseur Windt.

Wilhelm Arvik	Hr. Walter	Propst Hall, Frau Arvids Schwager	Hr. Decarli
Frau Arvik	* * *	Mathilde, seine Tochter	Fr. Monnard
Marna } ihre Töchter	Frl. Tolln	Josepha	Frl. Plüschkow
Alberta	Frl. Fuchs	Anna	Frl. Böhmig
Helene	Frl. Braungardt	Maria	Frl. Schwerdt
Karl Tonning	Hr. Schnell	Ein Diener	Hr. Dirks
Gunda	Frl. Storm		

. Frau Arvik — Frl. M. Berger-Wilewska vom Residenztheater in Hannover, als Gast.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen ¼10 Uhr. **Schauspiel-Preise**

Spielplan: Dienstag: Fidelio. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag, den 2. Mai, abends ½8 Uhr:

Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akten von Victor Léon. Musik von Leo Fall.

Regie: Oberregisseur Karl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Rindelsen.

Karel van Lysewegbe, Hofsekretär	Hr. Sturmfels	Amtersplatz Gerichts-Pender / beisitzer	Hr. Probst / Hr. Tietzmann
Dana, seine Frau	Frl. Seubert	Scrop, Schlafwagen-Kondukteur	Hr. Wehle
Pieter le Valkenskijt, ihr Vater, Generaldirektor der Schlafwagen-Gesellschaft in Brüssel	Hr. Haas	Adeline, seine Braut	Frl. Marbach
Gloria van der Loo	Fr. Unluckt	Willem Krauwelliet, Fischer	Hr. Plöhn
Rechtsanwalt de Leije	Hr. Wedlich	Marite, seine Frau	Frl. Fournell
Lucas v. Deelieldonck, Gerichtspräsident	Hr. Curt Köhler	Professor Tjonger	Hr. Cornel
Ein Amtsdiener	Hr. Renner	Professor Wiesum	Hr. Bärwinkel
		Ein Diener	Hr. Schmidt
		Erster Gerichtsdiener	Hr. Lambrecht
		Zweiter Gerichtsdiener	Hr. Schröder

Journalisten, Publikum, Gerichtsdiener usw.

Spielt heutzutage und zwar der 1. Akt im Gerichtssaal zu Amsterdam, der 2. Akt drei Monate später in der Villa Lysewegbe in Amsterdam, der 3. Akt einen Tag später auf der Kirmes in Walkum.

Tänze und **Evolutionen** arrangiert von Oberregisseur Karl.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen ¼11 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**

Spielplan: Dienstag: Der Feldherrnhügel. Anfang ½8 Uhr.

Reichshallen-Theater L.-Volkmarsdorf

Elisabethstraße 3-7.

8020] **Heute Montag, abends 8 Uhr**

Humoristische Soiree

der beliebten Bennewitz-Sänger.

Hochoriginelles Programm. Neueste Schlager der Saison.

Hierauf: **BALL.**

Donnerstag, 5. Mai (Himmelfahrt): **Stiftungsfest** des Jünglings-Vereins L.-Volkmarsdorf und **BALL.** — Gäste will.

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten

Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.

Großes Lager in **Inlette.**

Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstr. 2 Ecke Wurzner Strasse.

Mai 1910 Battenberg. Mai 1910

Heinrich Prang

in

„Lebemann für einen Tag"

der denkbar größte Lacherfolg.

Hedy Brand Equilibristischer Melange-Akt.	**Geschwister Wilson** Drahtseil-Akt.

Paul Batty

mit seinen dressierten Bären.

The 5 Musical Lunds Instrumental-Virtuosen.	**Gottlieb Reeck** Humorist.

American Biograph neue Serie.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8¼ Uhr: **Der Grosskaufmann.** Volksstück in 3 Akten von Oskar Walter und Leo Stein.

Morgen: Abends 8¼ Uhr: **Das Bild des Signorelli.** Schauspiel in 4 Akten von Richard Jaffé.

Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein,** Markt 16, und **Paul Püttgner,** neben Battenberg.

Zur Schmiede Sidonienstr. 33.

Guter Mittagstisch, kalte Speisen, fl. Biere, Freitags Schlachtfest, Sonnabends Schweinsknochen u. Speckkuchen. Hochachtungsv. A. Herold.

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstraße 19.

Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr:

Vorstellung für den Neuen Verein Städtischer Beamten.

Der Kaufmann von Venedig.

Lustspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.

Einlaß 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

— Ein Billettverkauf findet nicht statt. —

Spielplan: Dienstag: O diese Leutnants! (Vorstellung zu halben Preisen). Anfang 7½ Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.

Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr:

Miß Dudelsack.

Operette in 3 Akten von F. Grünbaum u. H. Reichert. Musik von R. Nelson.

Regie: August Kretschmer. Dirigent: Kapellmeister Willi Wolf.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)

— Dutzendkarten haben Gültigkeit. —

Spielplan: Dienstag: Das Modell. Anfang 8 Uhr.

Krystall-Palast-Theater.

Gänzlich neuer Spielplan.

Macara & Rossi

in ihren fantastischen und exotischen Tänzen.

Les Maxwell Instrumentalisten.	**Olly Marietta** Soubrette.

Burley and Burley

komische Akrobaten.

4 Kirsten in ihrem Sport-Akt.	**Max Crass-Walden** Humorist.

8 Holländer 8

Holländisches Männer-Doppel-Quartett.

Dröses Velograph mit neuen Aufnahmen.

4 Harvey 4

Die besten Drahtseilkünstler der Welt.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Kulmbacher Ratskeller

Hainstrasse 25. Inh.: Ferdinand Dunker. Telephon 3771.

Tägl. angen. Unterhaltungsmusik. Tag u. Nacht geöffnet.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Westen.

Lindenau, Spittastr. 27,

Ecke Merseburg. Str. sind 3 Wohn. je 3 Zimm., Kü., Korrid., Keller, Boden, zum Preise von 340, 370 und 400 Mk. zu vermieten.

Schleuss., Seumestr. 25,

2 Wohn. z. verm. z. Pr. v. 450 bez. 500 Mk., je 3 bez. 4 Zimm., Küch., Korridor, Kell., Bod. ev. Garten, Bad i. H. Näh. beim Hausm.

Stube und Küche an einzelne Leute sofort zu vermieten. Zu erfr. Kleinzsch., Dieskaustr. 5.

Verkäufe und Käufe.

Hübsches kleines Haus mit 1 Morgen Garten für Arbeiter oder Gärtner passend, in der Nähe von Lützen belegen, billigst zu verkaufen. Anfragen unter **F. 6** an die Expedition dieses Blattes. [8930

Schuhwaren

erstkl. Gelegenheitskäufe, billig. **Vo., Mariannenst. 92** (kein Laden).*

Sie staunen

von Studenten, Kavalieren, Doktoren und nur von besseren Herrschaften wenig getragene Anzüge, englische Stoffe, Maßarbeit, reinwollene Sachen, welche neu bis 100 M gekostet haben, 8 12 15 18 22 M. Sommer-Paletots spottbillig. Eleg. Frack- u. Gehrockanzüge spottbillig. [7024

Kanner, nur Plauensche Str. 11, I.

Nähe Brühl.

Halt! Tadell., nur wen. getr. Maßanzüge v. 6.50 M a., Palet. v. 5 M a., Hos. v. 1.50 M a., kauf. Sie i. Kummers Monatsgard.-Gesch., Konst. Steinw. 10, I.*

Reelle neue Betten

Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., b. **Selmar Kraft,** Lindenau, Markt.

Jeder staunt!

Monats-Garderobe

v. feinst. Herrschaft., Doktor., Millionär., wen. getrag. Sach.

Anzüge d. 70-100 gekost., f. **8, 12, 16, 20, 24**

Sommer-Paletots

Hosen, Jacketts spottbillig.

Mandel

Tauchaer Str. 22, I. [*

Beacht. Sie bitte m. Schaufenster!

Nur Glasers Monatsgard.-Gesch.

Hanstädter Steinweg 39, i kl. Lad.

empf. sich für die Frühjahrssaison

Herren-Anzüge v. 5.25-19.50 M 2c.
H.-Ueberzieher v. 4.50-15.00 M 2c.
Herren-Ulster v. 6.50-16.50 M 2c.
Herren-Hosen v. 0.90-6.25 M 2c.
Bursch.-Anzüge v. 4.75-16.00 M 2c.
Knaben-Anzüge v. 1.25-6.50 M 2c.

Fracks und Gesellschafts-Anzüge auch leihweise. [1367*

Fahrgeld f. Elektrische w. vergütet.

Kostüm-Röcke

von einfachster bis elegantester Ausführung (von M 3.— bis M 50.—) ebenso schicke **Blusen, Kostüme und Paletots.** Gut verarbeitet und **passend.** (Seidene, woll. Spitzen-, Haus- u. Batist-Blus., z. T. Reisemust.)

Riesenlager: Spezialhaus: Grimmaischer Steinweg 8, I.

[6478*

---

2 schicke Sommerhüte bill. zu vk. Kaiserin-Augusta-Straße 31, I.

Theodor Schulze

Elisenstr. 34, an der Sophienstr.

Barchenthemden, weisse Hemden Unterbeinkleider, Strümpfe

Normalwäsche *

Schürzen, Kragen, Schlipse in gut. Auswahl zu bill. Preisen.

Einige Plüschsofas ganz bill. zu verkauf. Weststraße 8, pt. r. [8841*

Beste Strümpfe billig!

Strümpflager Kein Laden

Haltb. Strümpfe, Socken, Handsch. Nur beste Trikotagen. Reformhosen f. Kind. u. Erw. Bill. Bezug. **Walt. Schmidt,** Dorotheenstr. 6, I. [*

+ Hygien. Frauenartikel +

sowie Prosch. Kindersegen u. kein Ende 30 ₰, bei Warenkauf umsonst. Auf Bestellung komme ins Haus. K. G. Otto, Schl., Seumestr. 88, pt.*

Die besten Strickgarne

empf. z. billigsten Engros-Preisen

Strickmaschinen-Lager *

v. **Hugo Günther,** Zeitzer Str. 9.

Teppiche

mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen.

Salzgässchen 7, Hof I. *

Küchen-Handtücher

grau, gesäumt, à Stück **30** Pfg. **Elisab. Heldorn,** Dorotheenstr. 2.

Selt. Gelegenheit!

1 groß. Post. **Möbel,** teils verlieh. gewes., teils zurückges., sof. bill. z. v. Gekauft. k. u. steh. bleib. Burgstr. 9, I.*

Möbel verk. bill. Teilz. gest. Li., Merseb. Str. 62.*

Sofa, Bttst. m. M., Kndrbtt., T., Sp., Wscht., N.-Einr., Schr. U., Holtzist. 15b, p.

Plüschsofa, Trumeau, Schrk., Spg. sehr bill. Gutsmuthsstr. 35, H. pt.

Chaiselongue, neu, gebr. Sofa bill. zu verk. Petersteinw. 18, H. I. II. r.

Schrk., 2 Bettstell. m. Matr., Sofa bill. z. vk. Gohl., Briestr. 11, pt. l.

Mod. Plüschsofa u. Chaiselongue b. z. vk. Schleußig, Seumestr. 61, I. l.

Neue Wirtschaft verkauft billig Kleinzsch., Klarastraße 6, pt. l. [*

Guterh. Kind.-Bettstelle m. M. z. vk. Lindenau, Leutzscher Str. 35, II. r.

Bettstellen m. M. 8, 12, 15 M, Sof., Schränke, Tische, Stühle, Spieg. b. N.-Muck., Grunertst. 10, Mehnert.

Gartenmöbel, Triumph-Stühle, Chaiselongue, Reisekörbe s. billig. Auerbachs Hof. [*

Orchestrions

in Miete und Verkauf.

25423*] **Klostergasse 3, I. Etage.**

Hochf. H.- u. D.-Rad, kpl. m. Lat. a. Proh. sptb. Seb.-Bach-Str. 38, I.*

El. H.- u. D. Rad b. z. v. Rathausstr. 14, III. l. [*

Pr. Gebirgsdecken Stck. M 4.50 sol. Vorrat reicht, alte Mänt. werd. t. Zahlung genomm., Rad grlndl. reinig. M 2.50, Ersatzteile spottbill. Neue Räder von 50 M an. **Fahrradhaus Büsche,** Körnerstr. 1.

Guterh. Sitz- u. Liegewag. preiswert z. vk. Schönef., Plößstr. 8, II. l.

Guterh. Sitz- u. Liegewag. bill. z. vk. Volkmarsdorf, Idastr. 24, II. l.

Sportw. 3 M Mücken, Thielest. 6, pt.

H.- u. Gesch.-Wg. Nabet 50. Tel. 6974.

Gute Waschgefässe kauft man R., Gemeindestr. 42, F. Merkel.*

Feinste Thüringer Speise-Kartoffeln

Zentner **2.25 Mk.** [*

offeriert **O. Winkler**

Brüderstr. 6. — Telephon 10377.

Achtung! Liebertwolkwitz u. Umgegend. **Brennholz** empfiehlt in Met. und Säcken, ofenrecht gespalten, à Sack 40 Pfg., frei ins Haus größ. Posten billiger. **Briketts** à Zentner 75 Pfg. **E. Schneiderheinze,** Tauchaer Str. 53. [8928

Aquarien

u. alt. Zubeh., Fische, Pflanzen etc. lief. zu bekannt billigst. Preis.* **A. Glaschker,** Tauch. Str. 26, Tel. 13390.

Hohl- u. Tafelglas en gros, en detail.

E. Käferstein

Neuschönefeld, Kirchstr. 77

In süßer Sommerrübsen sowie alle Futterarten in feinster Mischung. Kanarienzüchter erhalten bei Abnahme von 5 Pfund Grosspreise. Fußringe mit Nr., 100 Stück 1 M. Chinesische Nachtigallen und Ziervögel in großer Auswahl. Aquarien und Terrarien, Tiere, Pflanzen, Sand, Erde. *

Fensterglas aller Art

Glashandlung, Eisenbahnstr. 143.*

Gr. Auswahl präm. Kanarienvögel, Heckbauer, Nistkästen, Nester, Charpie, Eierbrot, hochf. Sommerrübs., sow. alle Sort. pa. Vogelfutterempf. Max Kraft, Querstr. 17.

Ausgek. Haare kauft Paul Thiele Neumarkt 31. *

Unterricht.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit

H. Papst, Dufourstr. 22. *

Spez. f. ältere Damen u. Herren.

Privat-Tanz-Unterricht

erstklassig, perfekt u. billigst sowie gründlich ungenirt. [*

Kurt Welz u. Frau

im **Café Bahnschlösschen,** Bahnhofstr. **Kleinzschocher.**

Arbeitsmarkt.

Dreher, der auch perfekt hobeln kann, sofort gesucht.

Paul Engelmann, L.-Eutr.

Delitzscher Straße 15.

Perfekter Messerschleifer

für Papierschneidemesser auf Schleifmaschine erhält dauernde Beschäftigung bei [8968

E. R. Ackermann, Chemnitz.

Schleifer

für **Wagenfedern** auf großen Sandstein-Schleifsteinen sofort in dauernde und lohnende Stellung gesucht. Zu melden mit Zeugnissen bei **Paul Engelmann,** Eutr., Delitzscher Str. 15.

Zuschneider

für **Pelzwaren-Konfektion,** sehr gewandt, für Buenos Aires gesucht. Offerten mit Lebenslauf, Photographie, Zeugnisabschriften an **G. Orlandini,** Via Assarotti 15—5, Genua (Italien).

Wir suchen, sofort einige tüchtige **Rauchwarenzurichter.** Offerten sind zu richten an Herrn J. Jacob, Brühl 55. [8936*

Spulerin, Hasplerin

verl. Kunstfärberei, Seumestr. 84.

25 Mk. tägl. Verd. d. Verkauf m. Patent-Artikel f. Herren **Neuheiten-Fabrik** Mittweida-Markersbach Nr. 30 b.

Vermischte Anzeigen.

Gefunden

wurden auf dem Festplatze in Stötteritz **1 Stock, 2 Haarkämme, 1 Damen-Täschchen, 1 Damen-Portemonnaie** mit Geld u. Taschenkalender (Klinge, Thonberg). Abzuholen Tauchaer Straße 19/21, Hof, b. Nüchtern.

Uhr mit Kette im Stötteritzer Brauereigart. **verloren.** G. hohe Bel. abzug. Li., Aureliensstr. 29, pt.

Ihre Anzüge

w. wie „neu" gereinigt u. gebügelt, Anzug **2.50** Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkarte genügt an **Wäscherei „Undine" Dölitz-Leipzig.**

Möbeltransporte auch mit Rollwagen. Auswärtige Transporte. Lagerung. **Hans Eitner** Rosenstr. 6 Reichsstr. 4-8 Telephon Nr. 2.

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt Leipzig, Antonstr. 14

1 od. 2 Kind., welche laufen können, werd. tagsüb. in g. Pflege genom. Off. u. B. 36a. d. Fil. Vo., Elisabethst.

Ein dreifach donnerndes Hoch, daß das ganze Schweizerhäuschen wackelt, send. ihrem Kollegen **Karl Schmidt u. Frau. Die Blankmacher.**

Extrabeilage dieser Nummer: Von der Firma **Schusters Warenhaus, L.-Neustadt,** ein Prospekt für die Abonnenten in Leipzig-Ost. [8966

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100502/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG